

Verhandlungen

über den

Antrag Liebknecht und Genossen

betreffend die

Aufhebung sämtlicher im deutschen Reiche existirenden Ausnahmegeetze

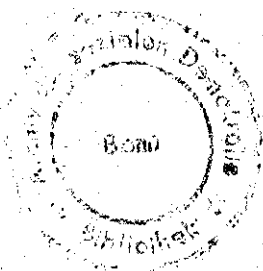
in der Reichstagsitzung

vom 11. Januar 1883.

Wörtlicher Abdruck des amtlichen stenographischen Berichts.

M ü n c h e n .

Druckerei von Wörlein & Comp.



A78 550

Präsident: Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist:

erste und event. zweite Berathung des von den Abgeordneten Liebknecht und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs. betr. die Aufhebung sämmtlicher im deutschen Reich bestehenden Ausnahmegeetze (Nr. 16 der Drucksachen).

Abgeordneter Liebknecht: Meine Herren, nicht bloß Bürger, sondern auch Anträge haben ihr Schicksal. Der Antrag, den ich jetzt in diesem Hause vertreten werde, ist bereits zum zweitenmal eingebracht worden. Er war schon eingebracht in der vorigen Session des Reichstages; er wurde gleich bei Beginn dieser sehr lange dauernden Session eingebracht, und erst über ein Jahr nach der ursprünglichen Einbringung kommt er zur Verhandlung. Die Thatsache, daß wir die Abschaffung sämmtlicher Ausnahmegeetze beantragen, beweist Ihnen, daß wir in dieser Frage uns auf den rein prinzipiellen Boden stellen. Es ist von verschiedenen Seiten angeregt worden, wir sollten bloß einen Antrag auf Abschaffung des Sozialistengesetzes einbringen. Das können wir nicht; hätten wir den Rath befolgt, so würden wir nicht bloß den Boden des Prinzips verlassen, sondern auch der irrgen Vorstellung Raum gegeben haben, als hätten wir ein ganz besonderes Bedürfniß, dieses Gesetz los zu werden. Es hätte uns als ein Akt der Schwäche ausgelegt werden können. Indem wir aber rein prinzipiell vorgehen und, unserem Programm gemäß, gleiches Recht für Alle verlangen, haben wir diesem Vorwurf von vornherein die Spitze abgebrochen.

Ich werde zunächst über die verhängnisvollen Wirkungen der verschiedenen Ausnahmegeetze zu reden haben, die den gesetzlichen Zustand durchbrochen und einen Zustand geschaffen haben, der eine reformatorisch gedehliche und friedliche Entwicklung unmöglich macht.

Ich beginne mit dem Sozialistengesetz. Unmittelbar vor den Wethnachtsferien haben Sie bei Besprechung der Denkschrift über die Verhängung des Belagerungszustandes Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen, daß die Regierungen außer Stand gewesen sind, für die gegen uns getroffenen Maßregeln irgend zureichende Gründe anzubringen. Nicht einer der Herren Abgeordneten hat ausgesprochen, daß er durch das befriedigt sei, was in jener Denkschrift zur Motivierung dieser Maßregeln angeführt worden ist, und ich behaupte ferner, daß dasjenige, was von Seiten der Herren Minister, insbesondere von Seiten der Herren von Puttkamer und von Mostk-Wallwitz mündlich erklärt worden ist, ebensowenig eine ernsthafte Motivierung bildet als die gedruckte Denkschrift. Es ist sehr traurig, daß die Information, auf Grund deren die Regierungen und die Behörden bei Verhängung des Belagerungszustandes gehandelt haben, von durch und durch unzuverlässigen Menschen geliefert worden ist. Würde man statt sich auf Spitzel, d. h. auf Menschen, die jeder, sei es auf welcher Seite des Hauses er stehe, nicht als ehrenwerthe Persönlichkeiten und vertrauenswürdiges Zeugnis betrachten kann, — würde man statt sich auf die Berichte solcher Subjekte zu verlassen, die Schriften unserer Partei kundirt, sich über das Wesen unserer Bestrebungen aufgeklärt haben, dann würde man so thörichte Beschuldigungen, wie man es gethan hat, nie und nimmermehr gegen uns haben erheben können. Es ist

in der Denkschrift gesagt worden, daß es gelungen sei, unsere Bewegung durch das Sozialistengesetz einzuschränken, und ihr einen Damm zu setzen; man habe nicht die Absicht gehabt, unsere Partei zu zerstören; aber es sei wenigstens „prophylaktisch“ für die Zukunft gewirkt worden; wir hätten nicht in weitere Kreise bringen können; wenn man das Sozialistengesetz nicht erlassen hätte, wäre unsere Partei weit stärker geworden, als sie jetzt ist. Meine Herren, das ist eine durch und durch unbegründete Behauptung. Hätten Sie die Resultate der letzten Wahlen geprüft, hätten Sie die Thatsache in's Auge gefaßt, daß wenige Tage nach Verhängung des Belagerungszustandes über Leipzig und Umgegend Bebel im belagerten Leipziger Landkreise mit großer Majorität zum Landtagsabgeordneten gewählt worden ist, und daß gerade da, wo „die schneidigste Masse des Sozialistengesetzes“ in schneidigster Weise gegen uns gehandhabt wird, in Hamburg, in Berlin, in Leipzig, entweder kein Rückgang oder gar, wie in Leipzig, ein entschieden numerischer Fortschritt unserer Partei zu konstatiren ist, dann würden Sie zu dem Schlusse gekommen sein, daß die von einigen Theilen des Hauses und von der Regierung erwartete und erhoffte Wirkung des Sozialistengesetzes vollständig ausgeblieben ist. Es fällt mir hier nicht ein, einen Appell an das Mitleid machen zu wollen; es ist aber nöthig, daß ich Ihnen nach einigen Richtungen hin zeige, wie dieses Sozialistengesetz gewirkt, zu welcher empörenden Handlungen und Praktiken es geführt hat. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Regierungen und Behörden gar nicht mehr daran denken, unsere Partei direkt unterdrücken zu können; wir glauben, man will bloß einschüchtern, man will Existenzen zerstören, man will gewissen Persönlichkeiten, von denen man thörichterweise glaubt, daß sie die Partei repräsentiren, den Aufenthalt in Deutschland verleiden, sie würde machen. Nun, meine Herren, dieser Versuch ist nicht gelungen und er wird Ihnen niemals gelingen. Was Sie erreicht haben, ist, daß Sie Tausende in's Unglück gestürzt haben, daß Sie in Hunderttausenden und Millionen das Bewußtsein der absoluten Rechtlosigkeit erweckt und eine Erbitterung erzeugt haben, wie sie in früherer Zeit, vor Proklamirung des Sozialistengesetzes, in Deutschland auch nicht annähernd vorhanden gewesen ist.

Man hat gesagt: das Sozialistengesetz soll der revolutionären Entwicklung der Partei einen Nagel vorschleiben. Das Gegenteil ist erzielt worden; Sie haben durch dieses Ausnahmegesetz unsere Partei weit mehr nach links gedrängt, als es vorher der Fall gewesen ist. Sie selbst haben durch Ihr Ausnahmegesetz die Partei von dem Boden des Gesetzes und der Geseßlichkeit abgedrängt, und ich begreife in der That nicht, wie man uns den in Wyden von uns gefaßten Beschluß, das Wort „gesetzlich“ aus unserm Programm zu streichen, ernstlich zum Vorwurf machen kann. Hier in diesem Hause hat man uns mit großer Majorität außerhalb des Gesetzes gestellt, und wir haben einfach die Position acceptirt, die man uns aufzuzwingen hat. Man will nicht, daß wir gesetzlich existiren; — gut! darauf antworten wir: wir werden existiren, sei es gesetzlich oder sei es nicht gesetzlich. Ein Gesetz, welches in unser Menschenrecht eingreift, uns das Recht der Existenz rauben will, erkennen wir nicht an; keine Partei in diesem Hause würde unter ähnlichen Umständen anders handeln. Erkennten wir ein solches Gesetz an, so wären wir eunde Feiglinge; die Herren von der äußersten Rechten erinnere ich daran, wie die royalistische Partei sich in Frankreich verhalten hat, als Ende des vorigen Jahrhunderts die Revolution ausbrach. Haben die Royalisten etwa abgedankt? Trat nicht im Gegentheil ihre Presse mit größter Festigkeit gegen die neuen Einrichtungen auf? Haben die Royalisten nicht, als sie geküchelt waren, mit allen Kräften und Mitteln gekämpft gegen die Revolution, gegen die revolutionären Gesetze? War es nicht ihr Recht, welches sie für sich in Anspruch genommen, und welches sie Recht zu existiren. Wenn Sie uns nicht in gesetzlicher Weise existiren lassen, dann existiren wir ungesetzlich, und an dieser, der nichtgesetzlichen Fortexistenz

der Partei sind Sie schuld, auf Ihnen ruht die Verantwortlichkeit. Wir bestehen fort und wir werden fortbestehen!

Was hat das Sozialistengesetz geleistet? Es hat die Existenz der Partei nicht zerstört. Man redet jetzt viel von „positiven Maßregeln“, die im Interesse der Arbeiter notwendig seien. Wohlja, unter dem befruchtenden Einflusse der sozialdemokratischen Lehren begann die deutsche Arbeiterwelt sich zu organisieren; alles, was Sie mit Ihren versprochenen „positiven Maßregeln“ zu erstreben behaupten, wurde von den deutschen Arbeitern praktisch in Angriff genommen. Es wurden Kranken- und Unterstützungskassen gegründet; Genossenschaften aller Art, Gewerkschaften, gewerkschaftliche Verbände wurden eingerichtet, die Unterstützung der Arbeiter, Wanderunterstützung, Krankenunterstützung u. s. w., alles wurde von den Arbeitern in die Hand genommen und mit bewundernswertem Geschick geregelt. Es ist wahr, es waren bloße Anfänge; aber hätte man gewähren lassen, so würde aus diesen Anfängen sicher eine großartige, segensreiche Schöpfung entstanden sein. Sie haben Alles zerstört. Freilich, als Sie das Geschaffene zerstörten, erklärten Sie: jetzt wollen wir schaffen, besseres schaffen! Was haben Sie aber fertig gebracht? Bis heute nichts von Belang. Das, was die Arbeiter geleistet hatten, war tausendmal mehr als das, was Sie geschaffen haben, und war tausendmal mehr, als das, was sie jetzt zu schaffen beabsichtigen. Man hat uns Sozialdemokraten den Mangel an schöpferischer Kraft vorgeworfen, gesagt, wir wollten und könnten bloß negieren, bloß zerstören. Diesen Vorwurf werfen wir auf die Urheber des Sozialistengesetzes zurück; die Sozialdemokratie ist nicht eine Partei der mechanischen Zerstörung, sie glaubt an die organische Fortentwicklung der Menschheit nach notwendigen Naturgesetzen, und dieser Anschauung gemäß bahnte unsere Partei die Organisation der Arbeiter, die organische Lösung der Arbeiterfrage nach allen Richtungen hin an. Sie war mit bestem Erfolg schöpferisch thätig, und Sie, meine Herren, die Urheber des Sozialistengesetzes, Sie sind die Partei der Negation. Sie haben bloß zerstört, und jetzt auf den Trümmern der Arbeiterorganisation suchen Sie vergebens etwas zu schaffen. Wenn aus den Arbeitergesetzen, die gegenwärtig dem Hause vorliegen, etwas werden soll, dann, meine Herren, werden Sie auf das zurückgreifen müssen, was wir gethan haben, dann werden Sie das als richtig anerkennen müssen, was unsere Partei von Anfang an erstrebt hat. Wenn die Organisation der Arbeitsverhältnisse nicht auf den Schultern der Arbeiter selbst ruht, wird sie in der Luft schweben, werden Sie nur eine polizeilich-bureaokratische Maschine zu Stande bringen, die gänzlich lebensunfähig ist. Soll die Arbeitergesetzgebung ihren Zweck erfüllen, so muß sie sich auf freie autonome Arbeiterorganisationen stützen, die, von den Arbeitern geschaffen, ähnlich wie die englischen Trades Unions durch die Arbeiter selbst, die ihre Interessen am besten kennen, die Arbeiterangelegenheiten und die Arbeitsverhältnisse regeln.

Meine Herren, Sie haben zerstört und bloß zerstört und bis jetzt durch aus nicht die Befähigung gezeigt, irgend etwas schaffen zu können. Ich glaube nicht, daß einer in diesem Hause ist, der, angesichts der flagranten Thatfachen, dieser Anklage wird widersprechen können.

Man hat sich nicht begnügt, unsere Organisation zu zerstören, unsere Presse zu zerstören, man hat, was ich vorhin in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl meiner Parteigenossen als den eigentlichen Zweck des Sozialistengesetzes hinstellte: die Zerstörung der Existenzen in der systematischsten und rücksichtslosesten Weise betrieben. Ich komme hier auf einen Punkt, der im Hause schon mehrfach zur Sprache gebracht worden ist, und den ich deshalb hier nur kurz behandeln will. Wie Sie wissen, schreibt das Strafgesetzbuch bei gewissen Verbrechen vor, daß der Verurtheilte nach seiner Freilassung auf eine bestimmte Zeit unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden kann; diese Beaufsichtigung hat aber so stattzufinden, daß der Beaufsichtigte dadurch nicht in seiner Existenz geschädigt, nicht in den Bemühungen, sich Arbeit und Erwerb zu verschaffen,

geführt wird. Unserer Partei gegenüber wird, ohne daß Verurtheilungen statt gefunden haben, von dieser durch die Gerechtigkeit und Humanität gebotenen Bestimmung vollkommen Abstand genommen. Diejenigen von uns, welche man als gefährliche Personen betrachtet, die Ausgewiesenen und andere, gegen welche die Polizei ihre Verfolgungen richtet, sie sind — ich wiederhole: ohne daß sie verurtheilt sind — in den meisten Fällen einer polizeilichen Ueberwachung ausgesetzt, welche darauf berechnet ist, sie daran zu hindern, sich eine Existenz zu gründen. Ich werde Ihnen hier nicht ausführlich die einschlägigen Fälle aufzählen; wenn die Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes vor das Haus kommt, dann wird es am Platze sein, bei den einzelnen Paragraphen Ihnen das nöthige Material vorzuführen; ich habe hier, falls etwas von meinen Behauptungen bestritten werden sollte, die Briefe zahlreicher Parteigenossen bei mir. Daß die Polizei bis zu einem gewissen Punkte überwacht, das mag ja dem einen oder andern von Ihnen für berechtigt erscheinen; aber, meine Herren, wenn die Ueberwachung so weit geht, daß die Polizei in die Arbeitsstätten sich begibt, und dem Meister oder Prinzipal sagt: „hier haben Sie einen gemeingefährlichen Mann, einen Ausgewiesenen, entlassen Sie ihn; wenn Sie ihn nicht entlassen, werden Sie Schwierigkeiten mit Ihren Arbeitern haben“, — wenn man, was in vielen Fällen Thatsache ist, förmlich einen Cordou um uns zieht, so daß jeder Furcht empfindet, privatim oder geschäftlich mit uns zu verkehren, — so wird niemand von Ihnen das zu rechtfertigen wagen. Ich will Ihnen hier aus meiner eigenen Praxis einiges erzählen, und seien Sie versichert: was mir passiert ist, das ist Hunderten passiert, und denjenigen, die weniger als unsereins die Fähigkeit haben, sich zu wehren, ist das in noch viel schlimmerem Maße passiert; denjenigen, die keine Waffe der Polizei gegenüber haben, die nicht über einen gewissen Einfluß in der Presse u. s. w. verfügen, die nicht gleich uns ihrer Stellung im Reichstage oder Landtage immerhin noch einige Rücksicht verdanken, wird noch zehnmal schlimmer mitgespielt. Man hat in der Denkschrift, welche den Belagerungszustand für Leipzig begründet, ohne Bebel und meinen Namen zu nennen, gegen uns beide den Vorwurf ausgesprochen, daß wir uns nicht weit genug von Leipzig entfernt hätten, sondern in der unmittelbaren Nähe des Belagerungszustandsgebietes geblieben seien. Dieser Vorwurf ist ein ganz eigenthümlicher. Wenn man mich aus Leipzig ausweist, muß ich selbstverständlich, der Gewalt weichernd, aus Leipzig herausgehen; aber weiter, als ich gehen muß, zu gehen, bloß um der Polizei und dem Minister von Kottitz-Wallwitz einen Gefallen zu thun, dazu fühle ich in mir nicht den geringsten Verus. Ich bin beiläufig, wie ich hier erklären will, ähnlich wie mein Freund Bebel, durch Familienverhältnisse genöthigt worden, in der Nähe von Leipzig zu bleiben. Ich bin der Erziehung der Kinder halber nicht in der Lage, meine Familie auf ein Dorf nehmen zu können; ich kann auch nicht in eine andere Stadt überstehen, weil ich erwarten muß, jeden Augenblick aus meinem neuen Wohnort ausgewiesen zu werden. Ich kann nicht alle paar Wochen mit meiner Familie, die ziemlich zahlreich ist, — mit Kindern, die in der Schule sind und zum Theil den höheren Schulunterricht genießen, — da kann ich nicht alle Werkestahre einer

Angang bewerkstelligen. Gelegenheitlich wird die Frage des Ausweisungsrechtes, wie es in Sachsen aufgefakt und gehandhabt wird, hier im Reichstag zur Besprechung gelangen; ich will daher jetzt bloß erwähnen, daß ich in der eigenthümlichen Lage bin, daß ich in ganz Sachsen als Bestrafter ausgewiesen werden kann. In Leipzig, wo allein ich nach sächsischem Recht durch die Polizei nicht ausgewiesen werden kann, habe ich das Ausenthaltsrecht durch Reichsgesetz verloren, und aus jeder anderen Stadt, aus jedem Dorfe von Sachsen kann ich kraft des sächsischen Ausweisungsrechtes als Bestrafter ausgewiesen werden. Dieses sächsische Recht ist bereits in Chemnitz gegen mich ausgesüßt worden, und ich habe Grund anzunehmen, daß, wenn ich mich mit meiner Familie nach Dresden oder irgend einem anderen Orte ginge, ebenfalls auch von diesem

Recht gegen mich Gebrauch gemacht würde. Ich bin also gezwungen, meine Familie vorläufig in Leipzig zu lassen, und da ich die Erziehung meiner Kinder überwachen muß, so muß ich mich so nahe der Stadt aufhalten wie möglich. In ähnlicher Lage aus geschäftlichen Gründen ist Weber.

Ich habe es für nöthig gehalten, gegenüber der wirklich sonderbaren Anschuldigung in der Denkschrift dies hier zu konstatiren.

Ich bin vom Anfang meines Aufenthaltes in Borsdorf an das Objekt einer ganz besonderen und plump auffälligen Ueberwachung gewesen. Daran liegt mir nun für meine Person außerordentlich wenig, ich bin daran gewöhnt. Was die Polizei mir gegenüber macht, ist mir ganz gleichgültig; ich werde mit den Herren schon fertig. Aber diese Ueberwachung erstreckt sich auch auf jeden, der zu mir kommt und bringt ihn mitunter in die übelste Lage. Ich erhalte Besuche; die Freunde, die bei mir waren, werden, wenn sie nach Leipzig kommen, auf Grund eines ihnen nachgeschickten Telegrammes von der Polizei überfallen, sie werden sistirt und zum öffentlichen Standal auf dem Bahnhof vor dem Publikum durchsucht! Bedenken Sie, meine Herren, wenn das Ihnen passirte! Es ist weiter vorgekommen, daß Leuten, die man im Verdacht hatte, daß sie mich besucht hätten oder mich besuchen wollten, durch die Polizei gesagt wurde: „wenn Sie nach Borsdorf gehen, müssen Sie gewärtig sein, ausgewiesen zu werden; nehmen Sie sich in Acht!“

Sie sehen, ich hatte Recht: man zieht einen förmlichen Gordon um uns herum, und um dies zu ermöglichen einen genügenden Apparat zur Ueberwachung von Tausenden und Wertausenenden von Sozialdemokraten herzustellen, hat man ein System der Spionage eingerichtet, wie es ähnlich bisher nirgend, — und ich habe Erfahrungen in solchen Dingen, — wie es weder in Frankreich noch in irgend einem anderen Lande je ähnlich bestanden hat. Ich wurde im Laufe des vorigen Sommers von einem Russen besucht; als er die Ueberwachung, deren Gegenstand ich war, bemerkte, und von mir einige Polizeierlebnisse erfuhr, meinte er: so schlimm, wie es mit der Spionage in Deutschland ist, ist es ja nicht einmal bei uns in Rußland. Ich bemerkte darauf: es wird vielleicht in Rußland ebenso schlimm sein, aber wahrheitsgemäß ist Ihre Polizei ein Klein wenig geschickter; denn unsere Polizei geht bei der Ueberwachung mit einer Plumpheit zu Werke, die geradezu skandalös ist.

Noch einen Zug zur Bervollständigung des Bildes — ich will Namen nicht nennen; aber den Herren Ministern oder jedem sonst, der die Namen wissen sollte, stehen sie zur Verfügung. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter hat nahe Verwandte hier in Berlin, Verwandte, die der Sozialdemokratie ganz fern stehen, die sogar Beamtenkreisen angehören. Der Sozialdemokrat besucht seine Verwandten. Sofort werden diese der Gegenstand einer polizeilichen Ueberwachung, der sich in wahrhaft schamloser und skandalöser Weise äußert, so daß der sozialdemokratische Abgeordnete, um nicht seinen Verwandten noch größere Unannehmlichkeiten zu bereiten, genöthigt ist, sich von ihnen fern zu halten. Dieses Beispiel könnte ich verzehnfachen und verwanzigfachen. Ich kann mich hier nicht auf nähere Details einlassen; aber denken Sie sich die Sache aus, nehmen Sie an: Jemand, den Sie besuchen, findet plötzlich, daß von Leuten mit konfisizirten Gesichtern an der Thüre gescheltt wird, daß da an der Thüre gefragt wird: „hören Sie, hat hier ein Herr gewohnt des Namens?“ daß man unter fingirtem Auftrag mit fingirten Bottschaften hinkommt, daß man fragt: „ist in diesem Zimmer der und der gewesen?“ daß man die Bedienten zu bestechen, die Unterbeamten des Beamten zur Spionage gegen ihn zu benutzen sucht, ihnen Geld bietet, damit sie erklären sollen, ob denn auch der Beamte mit seinen sozialdemokratischen Verwandten in häufigen und intimen Verkehr ist! Was sagen Sie dazu? Ist das nicht eine geradezu niederträchtige Wirktsache? Und diese niederträchtige Wirktsache ist die nothwendige Folge des Sozialistengesetzes, des Ausnahmegesetzes. Wenn man einmal auf die schiefe Ebene des Ausnahmegesetzes gerathen ist, dann gibt es keinen Einhalt mehr. Von allen

Sprechern der Oppositionsparteien wurde, ehe das Sozialistengesetz von dem Reichstage angenommen wurde, in den Debatten betont: „Wenn einmal die Krüge aus dem Laufe ist, dann gibt es keine Kontrolle mehr, und die Unterbeamten werden, mag die Absicht eben auch wirklich die sein, das Gesetz „loyal“ und „human“ zu handhaben, — von den unteren Organen wird dies unmöglich zu erwarten sein, da ihnen die moralische und intellektuelle Fähigkeit fehlt, die Dinge richtig aufzufassen, der nöthige Takt, um in den einzelnen Fällen richtig zu urtheilen, — das Gesetz wird in brutalkster Weise mißbraucht werden.“ Das ist eingetroffen.

Sie werden sich erinnern, daß bei der letzten Debatte über den Belagerungs- zustand eines gewissen Spions namens Schmidt hier Erwähnung geschehen ist. Es wurde bei jener Gelegenheit vom Vertreter der sächsischen Regierung der Versuch gemacht, diesen Spion Schmidt, der fraudulöser Bankrotteur, gegen den ein Steckbrief erlassen worden war, von seinen Hochhohen und von den Hochhohen der sächsischen Regierung, überhaupt der Urheber des Sozialistengesetzes, abzuschnüdeln. Dieser Versuch ist nicht gelungen. Ich will Sie hier noch auf einen Umstand aufmerksam machen, der von meinen Freunden damals nicht hervorgehoben worden ist. Kraft der bestehenden Auslieferungsverträge hätte die schweizerische Regierung diesen fraudulösen Bankrotteur, diesen Betrüger, diesen gemeinen Verbrecher ausliefern müssen, wenn die sächsische Regierung es verlangt hätte; statt es zu verlangen, hat die sächsische Regierung und haben die sächsischen Behörden, welche den Aufenthalt des Menschen gekannt haben, sich mit ihm in Verbindung gesetzt und ihn aufgefordert, ihnen Spionenberichte einzuschicken, und da komme ich denn auf einen ganz merkwürdigen Punkt, den der Herr Minister von Noftitz-Wallwitz nicht zu verkennen für gut befunden hat. Der Spion Schmidt ist in Zürich für einen „Attentatsfond“ thätig gewesen, und in den Briefen, welche von den sächsischen Polizeibeamten an diesen Betrüger und Spion gerichtet worden sind, ist davon die Rede, daß der Versuch des deutschen Kaisers in Dresden bevorstehe. Ist hier nicht ein Wink mit dem Scheuerthor gegeben, daß man für diesen Fall ein Attentat wünscht? Bedenken Sie diese Thatsache, meine Herren, bedenken Sie, daß das Sozialistengesetz angeblich erlassen worden ist, weil die Sozialdemokratie an den Attentaten des Jahres 1878 schuld gewesen sei! Von jenen Attentaten hat sich erwiesen, daß die Sozialdemokratie absolut nichts mit ihnen zu thun hatte, und von keiner Seite ist die Behauptung aufrecht erhalten worden, daß jene Attentate von Sozialdemokraten verübt oder veranlaßt seien. Aber wenn wir fragen: cui bono? wem haben die Attentate genützt? dann kommen wir zu eigenthümlichen Schlussfolgerungen. Einer der Herren der Secessionsfraktion hat in einem Vortrage über die politische Lage und den Stand der parlamentarischen Angelegenheiten im vorigen Winter erklärt, — was vollständig übereinstimmt mit dem, was meine Parteigenossen und ich immer erklärt haben, — daß die Attentate nur der Vorwand für die Ausnahmegeetze und für die reaktionären Maßregeln waren, die seitdem auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet in Deutschland getroffen worden sind. Wir hätten die Ausnahmegeetze unter allen Umständen bekommen, und mochten die Attentäter den uns feindlichsten Parteien angehören! Man mußte das rothe Gespenst entfesseln, weil man es für die Zwecke der Reaktion gebrauchte. Die Herren Liberalen haben dies damals nicht begriffen; indem sie für das Sozialistengesetz stimmten, haben sie sich selbst die Schlinge um den Hals geworfen.

Nun, meine Herren, geht aus dem in unseren Händen befindlichen attentatigen Material hervor, daß bezahlte Polizeienten meinen, es sei jetzt, da der Wind nicht mehr reaktionär genug bläst, da die alten Attentate ihre Schuldigkeit nicht mehr thun, sehr hübsch, wenn neue Attentate kämen. Daraus, meine Herren, ersehen Sie, wer ein Interesse daran hat, Attentate zu machen. Wir wahrlich nicht! Wir haben die Attentate von 1878 nicht gemacht, und vorläufig können Sie auch überzeugt sein, daß in

Deutschland aus der Mitte des Volkes heraus Attentate nicht stattfinden werden. Vor denjenigen, die Attentate brauchen, mögen Sie sich aber hüten! Wenn man für Attentatsfonds Gelder bereit hat, dann müssen Sie sich auch darauf gefaßt machen, daß der Attentatsfond schließlich einmal seine Wirkung thut.

Ich komme hier auf den Vorwurf, den man uns zu machen pflegt, daß unsere Bewegung in Deutschland identisch sei mit dem Nihilismus. Meine Parteigenossen haben sich in dieser Hinsicht klar genug ausgesprochen. Also nur kurz: Die deutschen Verhältnisse und die russischen Verhältnisse sind vollständig verschieden. Der Nihilismus ist ein notwendiges Produkt der russischen Verhältnisse und die notwendige Folge des auf die Spitze getriebenen Polizeisystems, welches dem freiheitlichen Gedanken absolut keinen Spielraum gewährt. Der Nihilismus ist die Frucht und zugleich die reductio ad absurdum des Polizeistaats, den die Herren von der Rechten anstreben, und angesichts dieser nihilistischen Vorkommen sollten Sie (nach rechts), die Sie an die allmächtige Gewalt der Polizei glauben, denn doch in Ihrem Glauben erschüttert worden sein! Die Sozialdemokratie in Deutschland hat trotz der Ausnahmegeetze, trotz der Polizei und trotz aller Verfolgungen noch immer die Fähigkeit, sich geltend zu machen. Gegen jeden Schachzug, den unsere Feinde machen können, haben wir auch noch immer unseren Gegenzug. Thun Sie was Sie wollen: wir werden im Stande sein, Ihnen zu antworten, und seien Sie überzeugt: wir werden unsere Gegner und unsere Feinde schließlich noch matt zu setzen wissen!

Aber eins steht fest: so weit sind unsere Kulturzustände in Deutschland, ist unsere ganze politische Entwicklung noch nicht herabgedrückt, daß hier der Nihilismus zur Nothwendigkeit geworden wäre. Sie aber durch Ihre Ausnahmegeetze, meine Herren, Sie thun, wie ich Ihnen vor mehreren Jahren schon gesagt habe, Ihr möglichstes, um den Nihilismus zu erzeugen, den Sie als Schreckbild auszuspielen lieben. Wenn in Deutschland nihilistische Attentate vorkommen sollten, dann sind Sie (nach rechts) die Urheber, meine Herren! Die Väter des Sozialistengesetzes sind dann die Urheber des deutschen Nihilismus!

Ich schloß im vorigen Reichstag meine Rede gegen den Gesetzesvorschlag der Regierung auf Verlängerung des Sozialistengesetzes mit den Worten: „Dieser Kampf gegen uns wird pro nihilo sein, und sollte er nicht pro nihilo sein, dann wird er pro Nihilismo sein.“ Wenn Sie wirklich Ihren Zweck erreichen, wenn es Ihnen gelänge, unsere Partei zu erdrücken und unsere Organisation zu zerstören, — was Ihnen bisher nicht gelungen ist und meiner Ueberzeugung nach nie gelingen wird, — wenn Ihnen das aber gelänge, wenn die Sozialdemokratie aufhörte zu existiren, gut! dann hätten Sie in Deutschland einfach den Nihilismus, dann waschen wir unsere Hände in Unschuld, dann haben Sie, was Sie gewollt haben. Wer den Wind säet, erntet den Sturm und hat sich nicht zu beklagen.

Es ist uns hier entgegengehalten worden, wir wollten die Revolution. Meine Herren, wer hat das gesagt, daß wir die Revolution wollen? Der Herr Hofprediger Stöcker hat neulich noch in einer Volksversammlung behauptet: die Herren Bollmar, Debel u. s. w. hätten im Reichstag direkt erklärt: wir wollen die Revolution. Was der Herr Hofprediger da gesagt hat, ist nicht wahr. Ja, meine Herren, wenn wir Ihnen sagten, wir wollen die Revolution in dem Sinne, wie Sie es meinen, dann hätten Sie von Ihrem Standpunkte aus, das Recht, mit aller Macht gegen uns vorzugehen. Wenn ich jemand gegenüberstehe, der mir verkündigt: ich will Barrikaden gegen dich bauen, sobald ich kann, ich will dir den rothen Hahn auf's Dach setzen, ich will morben, rauben u. s. w., dann habe ich ein Recht, mich gegen ihn zu wehren. Wo ist das aber je von uns erklärt worden? nie und nimmermehr! Diese Behauptung beruht, wie ich nicht anders annehmen kann, auf der unabsichtlichen oder geflüsterten Verwechslung des Begriffes „Revolution“ in dem Sinne, wie die Polizei das Wort auffaßt, mit der Auffassung, wie

sie stets von unserer Seite betont worden ist. Wir haben gesagt: „durch das Sozialistengesetz haben Sie uns außerhalb des Gesetzes gestellt, wir werden aber fortexistieren; dieses Ausnahmegesetz respektieren wir einfach nicht, es besteht für uns bloß soweit, als die Gewalt der Polizei reicht; wir erkennen das Gesetz nach keiner Richtung hin an, wir fügen uns der Gewalt; weiter nichts, wir verlegen und umgehen dieses Gesetz, so gut wir können.“ Einer unserer Abgeordneten erklärte bei der ersten Verathung des Sozialistengesetzes drastisch — es war ein etwas unparlamentarischer Ausdruck —: die Sozialdemokratie pfeift auf das Gesetz. Nun, meine Herren, Sie haben gesehen: das haben wir auch gethan, und das thun wir. Die Sozialdemokratie ist trotz der schweren Opfer, die einzelnen Personen, die Tausenden aufgelegt worden sind, spielend Herr dieses Gesetzes geworden. Deshalb ist die Sozialdemokratie jetzt noch nicht soweit gekommen, daß sie sagen muß: wir wollen die Revolution, das heißt den gewaltsamen Umsturz; Herr Stöder hat sich wiederholt auf mich bezogen und hat gesagt, ich hätte mich im Gegensaß zu anderen sozialdemokratischen Abgeordneten für die Reform erklärt. Da irrt sich Herr Stöder vollständig. Ich glaube mich in vollständiger Uebereinstimmung mit meinen Parteigenossen und habe dies erklärt: die Entwicklung der Dinge hängt ab von unseren Sequern. Wenn die Regierungen aufserlegt werden, die die sozialen Verhältnisse richtig verstehen, dem Zuge der Zeit folgen, das Werk der sozialen Reform ernsthaft und ehrlich in die Hand nehmen, dann sind die Regierungen im Stande, einer sozialen Revolution in dem schlimmen Sinne des Wortes, in dem Polizeisinne, d. h. dem gewaltsamen blutigen Umsturz vorzubeugen. Das war meine feste Ueberzeugung, und das würde sie noch heute sein, wenn ich in den deutschen Regierungen auch nur die leiseste Spur von Verständnis für die Situation gefunden hätte. Das, was Sie Sozialreform nennen, meine Herren, das ist keine wirkliche Sozialreform, darüber wird in den Arbeiterkreisen der Kopf geschüttelt. Das sind so ungenügende Maßregeln und Vorschläge — und diesen Maßregeln und Vorschlägen treten Thatfachen gegenüber, die ihnen noch vollends so gründlich jeden Werth nehmen —, daß in der deutschen Arbeiterwelt der Glaube an die Absicht der Reichsregierung und der Regierungen überhaupt, eine ernsthafte Sozialreform durchzuführen, gänzlich geschwunden ist. Darum bleibt immerhin das Wort wahr, welches vor 11 Jahren in dem Leipziger Hochverathsprozesse ausgesprochen, das in hundert und aber hundert Zeitungsartikeln und Broschüren wiederholt und bekräftigt worden ist, daß die Frage: Reform oder Revolution? das heißt friedliche Reform auf dem Wege der Gesetzgebung einerseits oder gewaltsamer blutiger Umsturz auf der anderen Seite, — daß die Entscheidung dieser Frage nicht bei den deutschen Arbeitern, nicht bei dem Volke, nicht bei den Sozialdemokraten liegt, sondern bei denjenigen, welche die ökonomischen und politischen Machtmittel in der Hand haben. Meine Herren, die Regierungen und die Regierungsparteien haben die Fähigkeit, der Revolution vorzubeugen, wir haben sie nicht. Wenn auf dem Wege der Ausnahmegesetze fortgegangen wird, gut, meine Herren, dann verschließen Sie das Sicherheitsventil, dann verhindern Sie die sozialreformatorischen Bestrebungen der deutschen Arbeiterwelt; es wird schließlich ebenso, wie das in anderen Ländern der Fall ist, wo die gesetzliche Reform durch reaktionäre Regierungen unmöglich gemacht wurde, die Revolution ausbrechen, und Sie werden verantwortlich dafür sein. Ich will Sie an ein Wort erinnern, das ich neulich in den Schriften Barmhagens von Ense gefunden habe. Barmhagen schreibt: „ich habe lange darüber nachgedacht, durch wen eigentlich die Revolutionen gemacht werden, und ich habe nach dreißigjährigem Nachdenken das gefunden, was ich in meiner Jugend dachte, daß sie nämlich durch die gemacht werden, gegen welche sie gerichtet werden.“ Das, meine Herren, ist in allen Fällen richtig. Ein anderer Politiker, Disraeli, ein praktischer Staatsmann, obendrein konservativer, aber konservativ im englischen Sinne, hat in seinem berühmten Roman Coningsby

welcher sich wesentlich mit politischen Dingen beschäftigt, gesagt: „Die Aufgabe einer guten Regierung ist, durch Gesetze das zu erreichen, wozu schlecht regierte Völker, weil ihnen der gesetzliche Fortschritt verwehrt wird, Revolutionen nöthig haben.“ Das ist genau der Standpunkt, auf dem wir stehen. Wenn es in Deutschland zu nihilistischen Bestrebungen, zum gewaltsamen Umsturz kommt, ist niemand anders schuld daran, als die gegenwärtigen Machthaber, die Regierungen und die Regierungsparteien. Daß wir erklärt haben, wir bleiben unseren revolutionären Zielen treu, das ist allerdings vollkommen richtig. Zu gleicher Zeit haben wir aber gesagt: diese revolutionären Ziele bedeuten nicht, daß wir Barrikaden bauen und den Staat gewaltsam umstürzen wollen. Das heißt einfach: wir lassen uns nicht vom Boden unseres Prinzips und unseres Programmes abbringen. Wir wollen die grundstürzende Umgestaltung der heutigen Verhältnisse; wir lassen uns nicht kaufen. Wir nehmen die kleinen Reformen, die uns geboten werden, zwar als Abschlagszahlung an, aber wir verschächern unsere Forderungen nicht um das Linsengericht so kleiner Reformen; wir wissen, daß das soziale Elend, die soziale Ungerechtigkeit nicht durch kleine Reformen aus der Welt geschafft werden kann; wir wissen, daß die Sozialreform, soll sie glücklich und — ich sage es, ohne mich eines Widerspruches schuldig zu machen — soll sie revolutionär sein, die Umgestaltung der heutigen Gesellschaft, das heißt die vollständige Umgestaltung unserer Produktionsverhältnisse bedingt. Also mit partiellen Reformen, mit kleinen Maßregeln, mit Palliativmitteln werden wir nie und nimmermehr zufrieden sein. Wir brauchen radikale Heilmittel, und von dem revolutionären Ziele, welches wir verfolgen, werden wir uns nie abbringen lassen. Und ließen wir uns abbringen, so würden wir bloß unser Unverständnis der Dinge beweisen und bald von dem Schauplatz verschwinden; denn der Logik der Thatfachen entsprechend, würden Andere kommen, welche die notwendigen Forderungen stellen und verfechten würden. Also ich weise es entschieden zurück, daß von uns jemals in dem Sinne, wie es von dem Herrn Hofprediger Stöcker draußen und von den Vertretern der Regierung hier im Hause gesagt wurde, verübelt worden sei, wir wollten die Revolution in dem Sinne der Polizei und der Herren Stöcker und Konsorten.

Meine Herren, es ist weiter gesagt worden, wir verdankten unsere Fortexistenz hauptsächlich dem Umstande, daß gewisse reichsfeindliche Parteien in frevelhafter Weise sich bei der letzten Wahl mit uns verbündet und uns Vorschub geleistet hätten. Meine Herren, das ist vollständig falsch. Daß wir von sogenannten reichsfeindlichen Parteien bei Stichwahlen Unterstützung erhalten haben, mag in einzelnen Fällen richtig sein; allein dafür ist auch von unseren Genossen den Kandidaten anderer Richtung Unterstützung ertheilt worden, wo es im Interesse der Partei für zweckmäßig befunden wurde. Wir — wenigstens das Gros der Partei — haben bei engeren Wahlen das letztemal genau dieselbe Politik befolgt wie früher, nämlich denjenigen von zwei nicht sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen, der uns der günstigste ist, also das geringere Uebel unter zwei Uebeln zu wählen, namentlich da, wo sich ein Kandidat, der für die Ausnahmegeetze, und einer, der dagegen ist, einander gegenüberstanden, für den Gegner des Ausnahmegesetzes zu stimmen. Und unsere Stimmen gaben oft den Ausschlag. Aber, meine Herren, das eine kann ich Ihnen versichern: gerade diejenigen Parteien, die uns am meisten ungewogen, am meisten um unsere Stimmen gebuhlt und nach unserer Unterstützung gestrebt haben, das waren gerade die konservativen Parteien, die reaktionären Parteien, die uns für ihren Staatssozialismus gewinnen wollten. Ich habe hier den Vertrag bei mir, den z. B. Herr Stöcker und Genossen uns angeboten haben. Wenn es Herr Stöcker in Uebred stellen sollte, kann ich das Schriftstück vorlesen; wir, mein Freund Uebel und ich, haben seiner Zeit eine Erklärung darüber in verschiedenen Blättern veröffentlicht und die Stipulationen mitgetheilt, die uns vorgelegt wurden. Es ist

vielleicht doch gut, wenn sie hier verlesen werden. Der Vorgang ist zu lehrreich.

Meine Herren, es wurde uns vor den letzten Stichwahlen in Berlin von Herrn Stöcker und Genossen vorgeschlagen, man wolle unsere Kandidaten bei der Wahl unterstützen und für die Abschaffung der Ausnahmegesetze wirken, wenn wir folgendes Altkennzeichen unterzeichnen:

Wir erklären:

1. daß wir die arbeiterfreundliche Absicht der deutschen Reichsregierung in ihrer Reformpolitik anerkennen.

2. daß wir ernstlich gewillt sind, gemeinsam mit den sozial-reformerischen Parteien in Frieden an der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten.

3. daß wir hoffen, nach dem Wort eines unserer Reichstagsabgeordneten durch energische Sozialreformen die Revolution zu überwinden.

Dagegen erklären wir,

— „wir“, d. h. Herr Stöcker und die Konservativen, die der Herr Minister von Puttkamer sicherlich von seinen Ratschöhen nicht wird abschütteln können —

Dagegen erklären wir: wenn die deutschen Sozialisten auf gesetzlichem Wege, innerhalb der bestehenden Staatsordnung die Reform erstreben, daß wir für die Aufhebung des Sozialistengesetzes im gegebenen Falle stimmen werden.

Es ist, wie Sie sehen, in den Stipulationen von der Wahl nicht ausdrücklich die Rede; das war mündlich erklärt und war für den Moment ja die Hauptsache.

Meine Herren, wir haben einfach geantwortet, daß wir mit Herrn Stöcker und Kompagnie uns nicht einlassen können. Wir sind zwar auch Staatssozialisten, aber in dem höheren Sinne, wie ein Lassalle, wie Marx, wie unsere Partei überhaupt den Begriff des Staats und des Sozialismus aufgefaßt hat. Wir wissen, daß der einzelne die soziale Frage nicht lösen kann; wir wissen, daß die Regelung der Produktionsverhältnisse, die Regelung der ganzen Arbeitsverhältnisse bloß auf staatlichem Wege möglich ist. Wir sind Gegner der manchesterlichen Richtung, des *laissez faire laissez aller*, der absoluten individualistischen Selbsthilfe; wir glauben — und wirken in diesem Sinne —, daß der Staat die Aufgabe und die Pflicht hat, die Lösung der sozialen Frage in die Hand zu nehmen. Aber, meine Herren, diese Lösung ist bloß möglich in einem freien Staate, in einem Staate, in welchem das Volk auch das Regiment in Händen hat, in einem Staate, dessen Grundsatz es ist, „alles für das Volk und alles durch das Volk.“ Ein das Volk von oben bevormundender Staat, der, wie ich dem Herrn Abgeordneten von Kleist-Dehnow vor einigen Jahren entgegenzuhalten hatte, an die Stelle des manchesterlichen Nachtwächters den Polizeibüttel stellt, den wollen wir ebensowenig wie den anderen. Diesen Staat verwerfen wir, und wenn ich im Augenblick zwingend vor die Wahl gestellt würde, dann wäre ich noch eher für denjenigen Staat, der aus den modernen Verhältnissen hervorgegangen ist, für den modernen bürgerlichen Staat, als für den alten feudalen Junker- und Junkerstaat. Aber, meine Herren, vor dieser Wahl stehen wir nicht, und wir kommen auch nie vor sie. Das Willkürthum in Deutschland hat zum Glück für uns noch nicht so tiefe Wurzeln zu fassen vermocht, daß es den Junker- und Militärstaat hat zerstören können, ähnlich wie in England und Frankreich; und so besteht zwischen diesen beiden Richtungen ein kräftiger Antagonismus, der schließlich unserer Partei zu Gute kommen soll; wir sind der *tertius qui gaudet*, wir ziehen aus dem Kampf dieser beiden Richtungen unseren Vortheil und stehen beiden feindlich gegenüber.

Genug, wir können uns nie und nimmermehr hergeben zu einem Pakt mit jener Seite. Das Anerbieten, von dem eben die Rede war, steht nicht

vereinzelt da. Ich kann sagen, daß Personen, die vielleicht noch in näherer Beziehung mit Regierungskreisen gewesen sind, in früheren Zeiten Fühlung mit uns gesucht haben, daß man zu jeder Zeit uns die Aussicht eröffnet hat, freien Spielraum für uns zu erlangen, wenn wir die sozialdemokratische Bewegung in die Dienste der Reaktion stellen würden. Das ist uns wiederholt angeboten worden in einer Form, welche die Möglichkeit einer Ablehnung absolut ausschließt, angeboten worden von agrarischer und von sonstiger verwandter Seite. Also ich begreife nicht, wie Herr von Puttkamer dazu kommen kann, zu erklären, es sei ein Frevel, sich mit uns einzulassen. Ich wiederhole es: keine Partei hat mehr versucht, sich mit uns einzulassen, hat mehr um unsere Gunst gebuhlt, als die Parteien, welche an den Ratschüssen des Herrn von Puttkamer hängen.

(Hört, hört! links.)

Meine Herren, es gibt bloß ein Mittel, um die soziale Frage aus der Welt zu schaffen, um einer Revolution vorzubeugen, und dieses eine Mittel ist die Freiheit und ist die Ausschmiegung der Gesetze an die Bedürfnisse der Gegenwart. Das Sozialistengesetz hat diesen Weg der Entwicklung versperrt. Unsere Partei, die man die Partei des Umsturzes nennt, hat durch die bloße Thatsache, daß sie in den Gemeindervertretungen, im Landtage, im Reichstage sitzt und an den Wahlen sich beteiligt, den Beweis geliefert, daß sie an der gesetzgeberischen Arbeit in ihrem Sinne, in dem Sinne des Volkes mitarbeiten will.

Aber gerade diese friedliche, gesetzliche Thätigkeit — wie ja belläufig schon hervorgehoben ist, was ich aber hier noch einmal betonen muß — hat man uns in jeder Weise zu erschweren und unmöglich zu machen gesucht. Wenn demnächst die Wahlsortungskommission ihre Berichte über gewisse Wahlen in Sachsen und in anderen Ländern erstatten wird, werden Sie sehen, daß das Wählen unter das Sozialistengesetz gestellt, sowie die Verteilung der Wahlzettel gehindert, jedes Flugblatt, welches wir veröffentlichten, verboten, die Auskürer verhaftet, Prozesse gegen die Urheber und Verbreiter angestrengt, kurz in jeder Weise versucht wurde, uns die reformatorische Thätigkeit in gesetzlichen Körpern unmöglich zu machen. Nun, meine Herren, diese unfehlbare Thatsache charakterisiert das Sozialistengesetz und zeigt die Wirkungen der Ausnahmengesetzgebung. Ich will Ihnen hier an einem denkwürdigen geschichtlichen Beispiel darlegen, wie jede Partei, jede gesellschaftliche Gruppe direkt auf den Boden der Gewaltthat, des gewaltsamen Umsturzes gedrängt wird, wenn man ihr die Möglichkeit der gesetzlichen Geltendmachung ihrer Forderungen raubt.

Ich habe vorhin schon der Trades Unions erwähnt, mit denen, im Vorbeigehen bemerkt, die deutschen „Gewerksvereine“ absolut nicht das Geringste zu thun haben; denn die englischen Trades Unions sind großartige, aus der Mitte des arbeitenden Volkes selber hervorgegangene, aus den mittelalterlichen Gilben hervorge wachsene Organisationen, welche das Klasseninteresse der Arbeiter in bewußter und wahrhaft imposanter Weise, jetzt fast ein volles Jahrhundert lang, vertreten. Die Thätigkeit der Trades Unions, die belläufig alles das thatsächlich geleistet haben, was unseren Herren Sozialreformern als Ideal vorschwebt: Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invalidenaffen u. s. w., die Thätigkeit dieser Arbeiterorganisationen wurde dem Großkapital, der Großproduktion gegen Ende des vorigen Jahrhunderts unbequem; die alten Koalitionsgesetze, die sich in gleichem Maße, wie gegen die Arbeiter, auch gegen die Arbeitgeber richteten, wurden abgeändert und in drastischer Weise einseitig gegen die Arbeiter verschärft. Es wurden die strengsten Strafen auf die Arbeiterkoalitionen gesetzt. Was war die Folge? Die englischen Arbeiter mußten ihre Organisationen in geheime Gesellschaften verwandeln und wurden auf den Boden der Gewalt gedrängt. Diese ruhigen Engländer, die heute als das Muster eines reformatorisch-friedlich-fortschreitenden Volkes vor uns dastehen, wurden zu den sogenannten „trades ontrages“, diesen „gewerkschaftlichen Freveln“ geübt; sie organisierten förmliche Behmgerichte,

in welchen diejenigen, welche den Arbeiterinteressen entgegentraten, seien es Fabrikanten, seien es Arbeiter, welche die Zwecke der trades unions zu vereiteln suchten, als Verbrecher zu schweren Strafen, häufig zum Tode verurtheilt wurden; und in vielen, vielen Fällen ist das Todesurtheil, unter ähnlichen Zeremonien wie die Todesurtheile der alten deutschen Behme, gefällt und vollstreckt worden.

Wer die Geschichte jener Vorkommnisse in den englischen blue books, in den Berichten der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, nachliest, wird finden, daß ich nicht übertreibe; diejenigen, welchen die Quellen nicht zur Verfügung stehen, wie das bei mir der Fall gewesen ist — ich habe in England mich ganz besonders im Britischen Museum mit dem Studium dieses Materials beschäftigt — verweise ich auf die Schriften Brentano's, in denen sie dies, wenn auch nicht vollständig pointirt, dargelegt finden. Es wurden — von den Verurtheilungen zum Tode abgesehen — Häuser in die Luft gesprengt, Pulverfässer an die Schösser gehängt, welche die Werkstätten zerstörten, es wurden Maschinen zerstört, Arbeiter und Meister, die sich mißlieblich gemacht hatten, furchtbar mißhandelt u. s. w. Das Gesetz wurde von den Gerichten mit unerbittlicher Strenge gehandhabt, es wurden Todesurtheile vollzogen, obgleich ähnlich wie bei den „agrarischen Frevlern“ in Island nur äußerst selten die Urheber haben entdeckt werden können, weil das gesammte Volk, dessen Rechtsgesühl durch die Ausnahme-gesetzgebung verletzt war, mit den Unterdrückten sympathisirte. Keine Unterdrückungsmaßregel, keine Verfolgung, keine Bestrafung, nichts half; Stockprügel, die jetzt weder als Panacee gelten, der Strid, der sich jetzt ebenfalls als sittliches Heilmittel vielfacher Sympathien auf dieser (der rechten) Seite des Hauses erfreut, alles ist angewendet worden, und das Resultat war, daß das Uebel schlimmer und schlimmer wurde, bis dann endlich die staatsmännische Klugheit die Oberhand gewann und innerhalb der freisinnigen Elemente die Ueberzeugung zum Durchbruch kam, daß es unmöglich sei, durch Unterdrückungsmaßregeln das Rechtsgesühl in den Menschen zu vernichten, und den Arbeiterorganisationen, die in den sozialen Verhältnissen nothwendig begründet sind, ein gewaltsames Ende zu bereiten; man begriff die Nothwendigkeit, die Ausnahme-gesetze, zu denen die Koalitions-gesetze ja eminent gehören, aufzuheben. Unter Leitung Sumers, des bekannten philanthropischen Freigeistes, kam dann auch die Bewegung für Aufhebung des sogenannten Combination Laws zum Siege; im Jahre 1824 nahm das Parlament, Unterhaus wie Oberhaus, den Gesetzworschlag, welcher die Ausnahme-gesetze befeitigte, an, und von jenem Momente an sehen wir, wie die gesammte englische Arbeiterbewegung auf den Boden des Gesetzes kommt, denn kein Mensch — ich appellire hier an Ihre Menschenkenntniß, meine Herren! — kein Mensch, der auf friedlichem Wege das erreichen kann, was er in seinem Interesse für nothwendig hält, wird frivoler Weise auf die Straße gehen, Barrikaden bauen, auf seine Mitmenschen schließen und sein Leben auf's Spiel setzen. In solchen Handlungen, wo nicht der Wahnsinn eines Einzelnen sie dikirt, kommt eine Klasse, kommt eine Partei nur unter dem Gebote der eiserernen Nothwendigkeit, die keine andere Möglichkeit offen läßt. Vergleichen Sie dieses Beispiel, wie die englischen Arbeiter durch Ausnahme-gesetze auf den Boden der Gewaltthätigkeit, des gewaltsamen Umsturzes, des Blutvergießens gedrängt, durch jede weitere Gewaltmaßregel auf dem Wege der Gewaltthat weiter vorangetrieben werden und dann nach Aufhebung dieser Ausnahme-gesetze auf den Boden der friedlichen Reform gelangt sind, — vergleichen Sie dieses Beispiel Englands mit dem Beispiele Rußlands, wo auf jeden Freiheitsruf von unten herauf die brutale Faust des Czarismus antwortet und sich um die Gurgel des „Revolutionärs“ krallt, der in irgend einem Gefängniß oder in Sibirien lebendig begraben wird, — sehen Sie, wie dieses bis auf die äußerste Spitze gesteigerte System der polizeilichen Unterdrückung zuletzt an seiner eigenen Uebertreibung zu Grunde geht, wie die czarische Allmacht in die äußerste Impotenz, in die vollständigste Machtlosigkeit

umgeschlagen ist und den Nihilismus erzeugt, den Nihilismus zur Nebenregierung, ja zur Hauptregierung Rußlands erhoben hat, — vergleichen Sie jenes Bild und dieses, und, meine Herren: discite moniti! Sie sind gewarnt, Sie sehen in dem Beispiele Rußlands, wohin die Unterdrückung führt.

Mit dem Sozialistengesetz bin ich nun zu Ende; ich habe nur noch kurz unseren Antrag in Bezug auf die weiteren Ausnahmegesetze, welche in demselben inbegriffen sind, zu begründen. Weil wir, wie ich zu Anfang hervorhob, auf dem Boden des Prinzips stehen, und dem Grundsatz: gleiches Recht für Alle! huldigen, haben wir unseren Antrag so gestellt, daß er alle vom deutlichen Reichstage je erlassenen Ausnahmegesetze umfaßt.

Da kommen denn zunächst die gegen die katholische Kirche gerichteten Ausnahmegesetze. Meine Herren, in dieser Beziehung habe ich prinzipiell nichts weiter anzuführen; was prinzipiell gegen ein Ausnahmegesetz zu sagen ist, ist auch gegen das andere zu sagen. Ueberdies hat, als dasjenige unter den Gesetzen gegen die katholische Kirche, welches dem Unverstand wohl am sympathischsten war, das Gesetz gegen die Jesuiten, im Jahre 1874, wo es im Reichstag zur Verathung kam, unser Freund Bebel dieses Gesetz in einer sehr eingehenden Rede bekämpft, welche den Standpunkt unserer Partei gegenüber allen Ausnahmegesetzen und selbstverständlich auch den die katholische Kirche betreffenden zu vollem Ausdruck bringt. Damals schon erklärte unsere Partei durch den Mund ihres Sprechers auf der Nebenbühne des Reichstags, daß wir prinzipiell jedes Ausnahmegesetz verurtheilen, und daß wir auch für die katholische Kirche die vollkommenste Freiheit wollen, wenn wir auch nicht auf demselben Standpunkte stehen, wie die katholische Kirche, ja überhaupt einen kirchlichen Standpunkt nicht einnehmen und der Ansicht sind, daß der Staat überhaupt nicht kirchlich sein, als Staat keinen religiösen Charakter haben soll. Krochtem und sogar gerade deshalb wollen wir, daß die absoluteste Freiheit des religiösen Bekenntnisses und die Ausübung des Glaubens herrsche. Jeder soll nach seiner Façon selbig werden, und das sozialdemokratische Programm — und das halte ich denen entgegen, welche unserer Partei den Vorwurf der Gottlosigkeit an den Kopf schleudern — unser Programm ist weder heidnisch, noch atheistisch, für uns Sozialdemokraten ist es einerlei, zu welcher Religion sich Jemand bekent: Mensch ist Mensch, wir kennen bloß den Menschen und das, was Jemand glaubt, ist seine Sache, und die Art und Weise, wie er es glaubt, wie er seinen Glauben bethtigt, seinen Kultus ausübt, das geht nur ihn an, und der Staat hat sich nicht dazwischen zu mischen. Es freut mich in gewisser Beziehung, daß der Staat der katholischen Kirche und den Katholiken durch den Kulturkampf eine praktische Lektion in Gerechtigkeit erteilt hat. Die katholische Kirche ist in Deutschland durch den Kulturkampf genöthigt worden, das Prinzip der Freiheit und des gleichen Rechts für Alle zu vertreten. Ich selbst, der ich die Ehre habe, zum Theil von katholischen Wählern gewählt zu sein, hatte im Wahlkampf verschiedene Gelegenheiten, mich über unsere Stellung zum Kulturkampf und zu den Ausnahmegesetzen gegen die katholische Kirche auszusprechen. Von katholischen Geistlichen wurde mir gesagt: wie können Sie überhaupt die Stimmen von katholischen Wählern verlangen, Sie Sozialdemokrat, der Sie die Religion ausgetrotet wünschen! Ich erwiderte: wir wollen allerdings nicht, daß der Staat christlich ist, aber warum wollen wir das nicht? Wenn der Staat christlich ist, so ist der Staat Partei: erstlich würde die Christlichkeit des Staates sich richten gegen die Nichtchristen, also gegen die Juden, Mohamedaner, Freidenker u. s. w., welche in einem christlichen Staat günstigenfalls Bürger zweiter Klasse wären. Und dann: was heißt der christliche Staat? Was ist Christenthum? Welches Christenthum soll das Staatschristenthum sein? Das Christenthum des Herrn Stöcker z. B. ist sehr verschieden von dem Christenthum anderer protestantischer Christen, und dürfte sogar Manchem sehr unchristlich vorkommen.

(Sehr richtig! Anfs.)

Wenn mancher protestantische Christ in die Lage versetzt würde, zwischen einem Gesetze gegen die Jesuiten und einem Gesetze gegen gewisse protestantische Hofprediger zu wählen, so würde er wohl denken, diese Hofprediger gehören vielmehr unter ein Ausnahmegesetz als die Jesuiten. Genug also, welches Christenthum soll der Staat vertreten? Ich will nicht in die Tiefe steigen, nicht sagen, es gibt so viel Christenthümer als es Christen gibt. Aber wir haben ein protestantisches Christenthum, ein katholisches Christenthum, ein griechisches Christenthum, ohne in Unterabtheilungen einzugehen; — welches soll nun vom Staat angenommen werden? Ist der Staat christlich nach protestantischem Bekenntnisse, also ein protestantisch-christlicher Staat, so ist die katholische Religion nicht staatllich; und gerade der Umstand, daß der Staat jetzt protestantisch-christlich ist, hat Euch den Kulturkampf über den Haß gebracht. Wäre der Staat aber katholisch-christlich, so wären die Protestanten in gleicher Lage wie heute die Katholiken. Wäre der sozialistische Staat da, so würde einfach der Paragraph unseres Programms in Kraft treten, welcher besagt: die Religion ist Privatsache. Es ist uns vollständig gleich, ob ihr katholisch oder protestantisch seid. So sprach ich zu meinen Wählern und sie gaben mir Recht. Den Kampf gegen Lehren, die wir für falsch halten, führen wir nicht durch Gedärmen, nicht durch politische Maßregeln, nicht durch Ausweisungen, wir führen ihn durch die Schule. Und nun zu den Jesuiten. Ich für meinen Theil bin Protestant von Geburt, und auch nicht katholisch geworden, aber ich gestehe, daß ich die Angst nicht begreife, die in gewissen Kreisen vor dem Jesuitismus besteht. Ich habe die Geschichte des Jesuitenordens studirt, und dabei bin ich sehr häufig geradezu mit Bewunderung erfüllt worden durch das, was dieser Orden geleistet hat, durch die gewaltigen Ideen, wenn auch meiner Ansicht nach auf falsche Ziele gerichtet, durch die wahrhaft geistartige Organisation des Ordens und durch die Selbstlosigkeit der Mitglieder. Ich muß auch gestehen, was das geistige Leben betrifft, so habe ich bei den Jesuiten nicht weniger Wissenschaftliches gefunden, als z. B. im Protestantismus, und selbst in solchen protestantischen Kreisen, die noch obendrein sehr mit ihrer Freisinnigkeit kokettiren. Aber meine Herren, glauben Sie nicht, daß ich ein Anhänger der Jesuiten bin; ich will im Gegentheil den Jesuitismus ausrotten; ich will noch viel mehr ausrotten als den Jesuitismus, aber die Religion und die religiösen Ideen kann man nicht mit Gewalt, nicht mit Ausnahme-gesetzen beseitigen, da muß das Volk erzogen werden, das ist Sache der Schule. Einen vernünftigen Kulturkampf führt die französische Republik, sie vermeidet die Wäde, die in Deutschland geschossen worden sind, sie führt den Kampf gegen die Kirche durch den Schulmeister. Man soll die Gegner nie zu Wächtern machen; durch den Kulturkampf, wie er in Deutschland geführt worden ist, hat die katholische Kirche ungeheuer an Macht gewonnen. Wenn man im Jahre 1848 — ich war damals noch sehr jung, habe aber die Bewegung schon einigermaßen mitgemacht — gesagt hätte, im künftigen deutschen Parlament wird die katholische Partei die stärkste Partei sein, man wäre für verrückt für's Irrenhaus gehalten worden. Und daß es dazu gekommen ist, daran ist in Wirklichkeit nur die „geniale Politik“ Schuld, welche ein „genialer Staatsmann“ in Deutschland eingeschlagen hat, und ich konnte deshalb nie die Animosität recht begreifen, mit welcher der Kaiser Reichstänzer mitunter in katholischen Blättern angegriffen wird; ist doch die Centrumspartei nur das Produkt der falschen Taktik des Fürsten Reichstanzlers, er hat sie geschaffen, er hat sie groß gemacht. Und wenn eine wirklich freisinnige Politik in Deutschland zur Herrschaft gelangte, und man auf die Ausnahme-gesetze verzichtete, so müßte die Centrumspartei, die bloß eine Gelegenheitspartei ist, unfehlbar auseinander fallen und die verschiedenen Theile würden sich anderen Parteien anschließen. Doch darüber habe ich mich hier nicht auszulassen, — genug: die eine Thatsache steht fest, daß die Ausnahme-gesetze, abgesehen davon, daß sie der katholischen Kirche und den katholischen Reichsbürgern gegenüber ein schweres Unrecht sind, den drastischsten Be-

weis geliefert haben, daß Ausnahmegesetze, weit entfernt, eine Idee — und sei es auch eine falsche Idee — vernichten zu können, weit entfernt, eine Partei schwächen zu können, sie umgekehrt nur stärken. Jeder Gedanke — und sei er noch so falsch —, der gewaltsam bekämpft wird, gegen den man mit brutalen Mitteln losgeht, ist stärker als die stärkste Faust, jeder Gedanke — die Weltgeschichte zeigt das in Tausenden von Beispielen —, den man gewaltsam zu vernichten versucht, stärkt sich durch die Versuche, ihn zu unterdrücken. Die falschen Ideen, die Utopien zeigen sich erst in ihrer Falschheit und Utopikerei durch die Praxis, die Praxis ist der Prüfstein dafür, ob eine Idee richtig oder falsch ist. Wenn Sie einer Partei diesen Prüfstein der Praxis verweigern, dann meine Herren, machen Sie es einfach jedem denkenden Menschen, jedem Menschen, der Rechtsgefühl hat, unmöglich, gegen die verfolgte Partei sich zu entscheiden; alles, was Energie, was Kraft und Ueberzeugungsstreue hat, treiben Sie auf die Seite des Befolgten, und die Befolgten werden immer stärker und stärker werden. Das haben die Katholiken im Kulturkampf erlebt, das haben wir Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz erfahren, indem unsere Anhängerzahl gewachsen und unsere Armee zu einer geschlosseneren Phalanx zusammengebrängt worden ist, die im Stande ist, allen Angriffen und Stürmen — und setzen sie noch hundertmal so stark als bisher — die Stirne zu bieten. Das haben wir auch an einem großen Beispiele gesehen, das mich eigentlich in dieser Beziehung zum ersten Male — ich will es sagen — klug gemacht hat, in den Kämpfen der französischen Revolution gegen die katholische Kirche. Ich habe mich Jahrzehnte lang eifrig mit dem Studium der französischen Revolutionsgeschichte beschäftigt. So lange ich jung war, gehörte ich zu denjenigen, welche glauben, man könne vermittelst energischer Maßregeln mit der Kirche leicht fertig werden, da lernte ich aber aus der Geschichte der französischen Revolution, wie von dem Moment an, wo die revolutionäre Regierung anfing, den Katholiken in das Gewissen einzugreifen, ihr religiöses Gewissen zu verletzen, der Widerstand gegen die Revolution zunahm, wie die Vendée geschaffen wurde, wie trotz der titanischen Gewaltanstrengungen der Republik, welche obendrein die modernen Ideen in ihrem Dienste hatte, es doch vollständig unmöglich gewesen ist, der katholischen Kirche, des Katholizismus Herr zu werden. Die „Höllischen Kolonnen“ des Konvents, die „Mazanquet“ zogen durch die Vendée sengend und brennend. An der Spitze ihrer Bayonnete trugen sie die Ideen der Revolution, glaubten sie, das Recht zu tragen. Wer ihnen entgegentrat, wurde vernichtet, sie rotteten die Gegner aus und was haben sie ausgerichtet? Tausende und Tausende von eingekerkerten Häusern schickten ihren Rauch zum Himmel, die Vendée war fast entvölkert, und als der Verrückte wieder da, die katholische Kirche stand aufrecht — sie war unbesezt. Kurz, mit der Schneide des Schwertes, mit Polizeiwaffen, selbst wenn hinter ihnen die großartigen Ideen der französischen Revolution stehen, kann man gegen Ideen, auch wenn die Ideen falsch sind, nichts ausrichten; geschweige denn, wenn die Ideen des Volk- und Junkerstaates, die doch wahrhaftig keine modernen Kulturideen sind und gewiß nicht im Stande sind, irgend jemand zu begeistern und irgend jemanden einen Glauben zu erwecken, dahinterstehen. Wir verlangen also ebenso die Aufhebung der verschiedenen Gesetze gegen die katholische Kirche, als wir die Aufhebung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie verlangen.

Man hat vielfach von den Katholiken, von den jetzigen Vorkämpfern des Katholizismus gesagt, wenn sie jetzt für freireligiöse Ideen eintreten, so geschehe das aus Opportunismus, weil es in ihrem Interesse liege; die Katholiken, oder richtiger die katholische Kirche sei immer freisinnig, wenn sie unterdrückt werde, wenn die Unterdrückung aber aufhöre, finge der Katholizismus sofort an, wieder zu unterdrücken. Die Vertreter des Katholizismus hier im Hause werden ja Gelegenheit haben, die Grundlosigkeit dieser Vermutung zu beweisen, indem sie für unsere Anträge stimmen; die bevorstehende Ab-

stimmung liefert ihnen die beste Gelegenheit, ihrer jetzigen Theorie die praktische Weihe zu geben und zu zeigen, daß sie nicht bloß opportunistisch, sondern prinzipiell die Ausnahmegesetzgebung bekämpfen.

Ein drittes Gesetz, dessen Aufhebung wir beantragen, ist der sog. Dittaturparagraf, welcher Elsaß-Lothringen betrifft. Dieser Paragraf ist ein Ausnahmegesetz im schärfsten Sinne des Wortes. Die Elsäßer sind dadurch außerhalb des gemeinen Rechts gestellt, und aus denselben Gründen, aus welchen wir die Aufhebung der bisher schon erwähnten Gesetze fordern, verlangen wir vom Reichstag auch die Aufhebung dieses Gesetzes. Meine Herren, ich habe mich kurz über meine und meiner Partei Stellung zu der elsäß-lothringischen Frage auszusprechen. Bereits im Jahre 1870, als die Frage der Annexion von Elsaß-Lothringen uns im norddeutschen Reichstag beschäftigte, habe ich mit meinen Parteigenossen gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen protestirt. Ich sagte damals, die Annexion von Elsaß-Lothringen sei nicht bloß ein Verbrechen an der Humanität, ein Verbrechen am Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern sie sei auch ein großer politischer Fehler; und ich führte aus, daß das annekirte Elsaß-Lothringen ein Pfahl im Fleische Europa's sein werde, daß in Frankreich die Revancheidee erwachsen müsse, daß eine Ausöhnung zwischen Deutschland und Frankreich auf lange, lange Zeit hin unmöglich gemacht, und daß Frankreich geradezu genöthigt werde, sich mit Rußland zu alliren, und daß das Gepeinst der russisch-französischen Allianz uns nicht werde zur Ruhe kommen lassen. Damals wurde ich hier im Hause und zwar auf der linken so gut wie auf der rechten Seite ausgelacht. Nun, meine Herren, jetzt haben Sie das offiziöse und offizielle Geständniß, daß die Situation in Europa in den letzten Jahren durch die Befürchtung eines russisch-französischen Bündnisses beherrscht worden ist. Gegen wen sind unsere ungeheuren Müstungen nothwendig? Frankreich allein kann uns nicht angreifen; es ist die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich, was uns nicht zur Ruhe kommen läßt, was uns den Militarismus aufzwingt, zu immer gesteigerten militärischen Müstungen nöthigt. Und daraus ergibt sich die fortwährende Steigerung der Lasten des Volkes, dieses beständige Suchen nach neuen Steuern — alles läßt sich auf diese eine Quelle zurückführen. Man weiß nicht, wie die leeren Kassen gefüllt werden sollen; da tastet man hin und her nach neuen Steuerobjekten, und greift immer tiefer in die Tasche des „armen Mannes“, für den man zwar in der Theorie sehr schwärmt, aber aus dessen Tasche allein doch das nöthige Geld für diese an sich höchst überflüssigen, nur durch eine verkehrte Politik bedingten Ausgaben geholt werden soll. Dadurch wird Unzufriedenheit erzeugt, die Unzufriedenheit bedingt Repressingeseze, kurz, es hängt da eines an dem anderen. Durch den politischen Fehler der Annexion von Elsaß-Lothringen haben Sie uns in die Nothwendigkeit versetzt, gleichzeitig nach zwei Seiten hin gegen die zwei größten Mitkärmmächte neben Deutschland Front zu machen. Damit haben Sie der Boden geschaffen, auf welchem Mißbehagen, Unzufriedenheit, Stockung des Geschäftes, Ausnahmegesetze u. s. w. erwachsen, — kurz, Sie haben Zustände herbeigeführt, die es uns nicht leicht machen werden, wieder in eine gesunde reformativische Aera hineinzukommen. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß der Tag, an dem Elsaß-Lothringen — ich will nicht sagen an Frankreich zurückgegeben wird; denn die Franzosen haben ebenso wenig ein Recht ein Land zu besitzen, die Autonomie der Bevölkerung anzutasten als wir, — ich bin überzeugt, daß der Tag, an welchem dieser Pfahl nicht mehr im Fleische Europa's ist, der Tag, an welchem das Prinzip der Autonomie der Nationen zur Anerkennung gelangt, ein Tag des Segens sein wird für Deutschland und für Europa. (Bravo!)

Und es ist nicht bloß ein solcher Pfahl vorhanden, es gibt ja deren noch mehr, von denen aber jetzt hier nicht des weiteren zu reden ist. Doch das bringt mich zu einem Punkt, auf den ich gestern von dem Mitgliede einer anderen Partei aufmerksam gemacht worden bin: „Ja, Sie verschzerzen die

Sympathien aller derer, die Sie ja sonst gern unterstützen würden, durch Ihren internationalen Standpunkt, Sie erkennen nicht das Recht der Nationalitäten an." Meine Herren, wer sagt Ihnen das? Das ist genau dasselbe Mißverständnis, wie das in Bezug auf unsere Stellung zur Frage: Reform oder Revolution. Wenn ich sage, ich bin international, so soll das doch nicht heißen, daß ich gegen die Nationalität bin. Die nationalen Gruppen sind notwendig, ob sie nun nach der Sprache oder irgendwie sonst gebildet werden. Vollständig genau lassen sich ja die Nationalitäten heute nicht wiederherstellen; jeder, der sich mit dieser Materie beschäftigt hat, weiß, daß wir nicht einmal genau wissen, wo Deutsche wohnen, daß wir Deutsche nicht das Volk sind, für das wir uns vielfach halten, daß in dem größten Theil des eigentlichen Deutschland, von den slavischen Theilen ganz abgesehen, eine gemischte Bevölkerung lebt; aber trotzdem wird in der einen oder anderen Weise innerhalb gewisser nationaler Grenzen- und Staatenbildungen die Entwicklung der Menschheit vor sich gehen. Aber wir wollen nicht, daß diese nationale Entwicklung so vor sich gehe, daß ein Gegensatz geschaffen werde zwischen einer Nationalität und der anderen. Diesen Satz, diesen Gegensatz zwischen den einzelnen Nationalitäten wollen wir beseitigen. Wir glauben, daß die Menschheit sich nicht in die engen Schranken einzelner Nationalitäten einsperren läßt; wir glauben nicht an die Bestimmung einzelner Völker, die Zivilisation zu monopolisiren, sondern wir glauben, daß die große Kulturarbeit der Menschheit auch bloß durch eine Art nationale und inter-nationale Arbeitstheilung zwischen den verschiedenen Völkern geleistet werden kann. Aber so wie wir es als einen außerordentlichen Kulturfortschritt begriffen, und wie jeder hier es sicherlich begrüßt, daß der Gegensatz zwischen einzelnen Provinzen und Landestheilen allmählig verschwunden ist, so betrachten wir es als eine kulturelle Nothwendigkeit, daß im Laufe der fortschreitenden Zivilisation auch allmählig die Gegensätze zwischen den verschiedenen Nationalitäten verschwinden. Allerdings diejenigen, welche ein Interesse daran haben, im Staate Konfession gegen Konfession, Klasse gegen Klasse zu hegen, damit der Friede nicht in's Volk kommt und im Trüben von ihnen gefischt werden kann, dieselben Personen haben auch ein Interesse, die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander zu hegen. Da kommt von Zeit zu Zeit so etwas, was man einen „kalten Wasserstrahl“ nennt, „Krieginsicht-Artikel“, wie wir sie z. B. erst neulich erlebt haben, wo plötzlich, während Deutschland gerade daran war, nachdem die Krisis so lange gedauert hat, endlich einmal in Frieden ein gutes Weihnachtsgeschäft zu machen, — wo dann plötzlich so ein kalter Wasserstrahl kam, zwar nicht nach Paris und Petersburg, wo man über diese Kinderleien sehr gelacht haben wird, aber auf die deutsche Geschäftswelt. Kinderleien? nein, Bl bereiten, um den richtigen Ausdruck zu gebrauchen, Millionen und Millionen sind durch diese Hekartikel dem deutschen Volke verloren gegangen; und wie viel gewisse Personen durch diese vollständig unbegründeten, geradezu frevelhaften Artikel an der Börse gewonnen haben, das weiß ich nicht, aber der eine oder andere wird vielleicht näheres darüber sagen können.

Die Herren, die diese Krieginsicht-Artikel periodisch verbreiten lassen — das ist vielleicht das zehnte oder zwölfte Mal — und die außerdem zu den Sprüngen eines gewissen Dospredigers, zu der antisemitischen Bewegung u. s. w., in einer Art von Patronatsverhältnis stehen, haben meiner Ansicht nach tausendmal mehr Unruhe in der Bevölkerung erzeugt als diejenigen, gegen welche die Ausnahmegesetze gerichtet sind. Alles, was innerhalb unserer sozialdemokratischen Bewegung zu allen Zeiten, selbst zu den Zeiten, wo die sozialdemokratische Bewegung bis zu einem gewissen Grade direkt unter königlich preussischem Polizeischutz gestanden hat — und damals wurde vielleicht am ärgsten in Worten gestündigt und für das rothe Gespenst gewirkt —, alles dieses, und selbst, was in übertriebenen Polizeiberichten gegen uns vorgebracht worden ist, hat zusammengenommen auch nicht annähernd so viel Demuthigung erzeugt, als diese Krieginsicht-Artikel und diese antisemitische Bewegung. Wenn

man einmal Ausschreitungen steuern will, dann wende man sich gegen diesen Unfug. Und dazu braucht man keine Ausnahmegeetze; meiner festen Ueberzeugung nach reichen die vorhandenen Gesetze aus.

Man spricht von „schnelldiger Handhabung“. Gut, dann sei man schnellidig gegen die wahren Ruhestörer. Wir haben aber nicht gehört, daß man gegen sie eingeschritten ist. Und hier mache ich Sie auf eins aufmerksam: wann ist die antisemitische Bewegung entstanden? In dem Moment, wo die sozialdemokratische Bewegung unterdrückt wurde. Die ganze antisemitische Bewegung, die eine Schmach ist für unser Jahrhundert, mag sie in pfäfflicher Weise noch so mit christlichem Del übergossen werden, diese Bewegung ist erst möglich geworden unter dem Schutze des Ausnahmegesetzes! Da haben Sie noch eine Frucht des Ausnahmegesetzes! Die freiheitliche Bewegung, die gesetzliche Reformbewegung machen Sie unmöglich, und diese Stützpfützen werden gehegt und gepflegt. Ein Moment der Freiheit — und dieser abschentliche Unfug wird durch die sittliche Enttötung des Volkes von der Oberfläche weggefezt!

Meine Herren, es ist mir von Mitgliedern des Hauses gerathen worden, ich möge von einer Abstimmung über unseren Antrag absehen; von anderer Seite ist der Wunsch ausgesprochen worden, wir möchten doch den Antrag nach den verschiedenen Materien theilen. Es thut mir leid, wir können weder dem einen noch dem anderen Wunsch entgegenkommen. Wie schon gesagt, wir stellen uns auf das prinzipielle Gebiet. Das Prinzip ist untheilbar! Der Antrag bleibt so, wie er ist. Derjenige, welcher vielleicht gern für die Abschaffung des einen Ausnahmegesetzes stimmen möchte, aber sich scheut, für die Abschaffung eines anderen Gesetzes, z. B. des Jesuitengesetzes, zu stimmen, derjenige, der vielleicht gern für die Abschaffung des Jesuitengesetzes stimmen möchte, aber nicht für die des Sozialistengesetzes stimmen will, wird durch seine Abstimmung gegen den Antrag einfach zeigen, daß er nicht auf dem Boden des Prinzips der Gerechtigkeit, des gleichen Rechts für Alle steht. Wir provoziren also eine Abstimmung, wir wollen sehen, wie das Haus sich stellt, wir wollen sehen, wie gewisse Parteien, die das Recht im Munde geführt haben und noch führen, sich einem solchen Antrage gegenüber, der vom Standpunkt des Rechts absolut unanfechtbar ist, verhalten werden. Man wird möglicherweise der Abstimmung auszuweichen suchen, man wird sagen: es ist keine passende Gelegenheit zu einem Votum des Reichstags. Nun, meine Herren, qui s'excuse, s'accuse, wer sich entschuldigt, zeigt, daß er nicht für den Antrag ist; wer sich der Abstimmung enthält, stimmt auch. Wir wollen, daß Farbe bekannt wird, und wer sich vor dem Farbekennnen scheut und sich drückt — um den Ausdruck zu gebrauchen —, betumbet dadurch genügend seine Stellung zu diesem Antrage und zudem darin enthaltenen Prinzip. Also wir überlassen es Ihnen, in die Debatte einzutreten und abzustimmen, wie Ihr Gewissen Sie treibt.

Was uns betrifft, so rekapitulire ich ganz kurz: wir sind der Ueberzeugung, daß es im Interesse Deutschlands liegt, wenn die Ausnahmegeetze abgeschafft werden, wenn endlich die Möglichkeit geschaffen wird, auf den Boden einer gefunden und gesetzlich reformatorischen Entwicklung zu gelangen. Die Ausnahmegeetze, in erster Linie das Sozialistengesetz, steht diesem entgegen. Wir haben in Frankreich gesehen, daß nach der blutigst niedergeworfenen Erhebung des Proletariats, welche die neuere Geschichte kennt, nach dem großartigen Kommuneraufstand, die öffentliche Meinung sich allmählig so geklärt hat, die Staatsregierung zu einer solchen staatsmännischen Auffassung der Dinge gelangt ist, daß die fürchtbaren Verfolgungsmaßregeln gegen die überlebenden Kommunekämpfer aufgehoben wurden. Als die Kommunearden in das freie, wordene Frankreich zurückkehrten, da hieß es — und es wurde das namentlich in den deutschen Zeitungen mit Vehagen ausgeführt —: wir werden jetzt die Revolution bekommen. Jeder, der klug war, der die Dinge richtig auf faßte, wußte, daß in einem freien Lande wie Frankreich selbst die mit dem

Gefühl der Rache Zurückkehrenden nicht im Stande sein würden, die ungeheure Masse des Volkes von der Bahn friedlicher Reformen wegzubringen. Seit Jahren sind die Kommunisten nach Frankreich zurückgekehrt, und was haben wir erlebt? Wir haben wohl einige kräftige Reden gehört; aber ist es zu einem Aufstande gekommen? nein! und es wird, wenn die Republik in den jetzigen Bahnen bleibt, nie und nimmer zu einem Aufstande kommen, weil es wohl Phrasenmacher gibt, unklare Köpfe, die von Revolution reden, ohne daß ein Grund vorhanden ist, weil es auch in Frankreich agents provocateurs gibt, die wie in Deutschland Attentätschen und Putsch haben möchten. Allein an dem gesunden Sinn der arbeitenden Klassen wird jede Provokation zu sinnlosen Demonstrationen und Aufständen scheitern.

Meine Herren, Sie sehen also, daß unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen — wenn wir die Summe des in den Opfern der Kommunerhebung und dem französischen Proletariat überhaupt aufgespeicherter Hasses bedenken — in Frankreich der Versuch vollständig gelungen ist, unter der Regide der Freiheit wieder zu einem normalen Zustand zurückzukehren. In Deutschland, das muß ich allerdings sagen, ist der Haß, der durch das Sozialistengesetz erweckt worden ist, in mancher Beziehung noch tiefer als der Haß, der in Frankreich durch die Mekeleien der Kommune erweckt worden ist. Es ist eine bekannte Thatsache, daß beständige Nadelstiche, beständige Mörgeleien, systematische Verfolgungen, die sich über einen langen Zeitraum fortsetzen, mehr erbittern, mehr Empörung erzeugen, als die ärgsten nach einem heißen Kampf in der Leidenschaft verübten Grausamkeiten. Solche Grausamkeiten können weit eher verziehen werden als systematische Verfolgungen, denen, wie es in Deutschland der Fall, kein die Leidenschaften entseffelnder Kampf vorausgegangen ist, die methodisch in aller Ruhe und mit dem vollkommenen Bewußtsein, daß es sich gar nicht um eine Gefahr für die Gesellschaft handelt, betrieben, wenn Exzitanden zertreten, Tausende und Hunderttausende geächtet, gehetzt — kurz, so behandelt werden, als ob sie keine Menschen wären, sondern wilde, gemeinschädliche Thiere. Das erzeugt allerdings einen furchtbaren Haß. Indes mag die Summe des Hasses noch so groß sein — durch Beseitigung der Ausnahmegesetze ist die einzige Möglichkeit gegeben, dem Haß die Spitze abzubrechen und zu einer reformatorischen Entwicklung zu gelangen. Ich glaube, daß man mit der Zeit auch in Deutschland dieselben guten Folgen erleben würde, welche man in England und in Frankreich durch ein echt staatsmännliches Vorgehen erzielt hat. Wenn nicht, dann nicht; dann geht es eben weiter bis zur Katastrophe. In Ihrer Hand liegt die Entscheidung. Sie, nicht wir haben zu entscheiden, ob Reform oder Revolution.

Die Provinzial-Correspondenz, ein Organ der Regierung, hat einmal gelegentlich in Bezug auf die Reformgesetzgebung von dem Fürsten Reichskanzler gesagt: Der Reichskanzler kann nicht warten. Das mag sein; er rechnet vielleicht bloß mit der Dauer seines Lebens. Wir können aber warten. Wir können es auch halten. Wenn Sie noch tausend Schachzüge gegen uns haben, so haben wir noch tausend und einen gegen Sie. Wir werden mit Ihnen fertig. Die Taktik wird bei fortschreitendem Kampf sich allmählig verändern, die Verschiebung unseres Schwerpunktes nach links wird weitergehen, — aber die Partei, die solche wird durch keine Maßregel, die Sie gegen uns ergreifen können, in ihrer Existenz geschädigt, in ihrem Bestande erschüttert werden; und Jeder von uns weiß, daß wir siegen werden. Die Wahlen der Geschichte mahlen zwar untermier langsam, aber sie mahlen sicher. In Frankreich haben wir das zweite Kaiserreich gehabt. Es wurde geboren mit dem Verbrechen des Staatsstreiches vom Dezember. Tausende von Bürgern, die das Gesetz gegen die Gewaltthaten von oben verteidigt haben, sind ins Exil geschickt, zu Grunde gerichtet worden. Nun, meine Herren, das Kaiserreich ist gefallen, und die französische Republik entschädigt in diesem Augenblicke die Opfer des französischen Kaiserreichs. Diese Thatsache zeigt Ihnen recht deutlich die Remesis in der Geschichte. Wer nach dem

Staatsstreich von 1861 vorausgesagt hätte: die Volksvertretung wird einst beschließen, daß die Opfer dieses schmachvollen Verbrechens, der Vergewaltigung von oben, durch den Staat Entschädigung erhalten müssen, denn hätte man vielleicht mit ebenso ungläubigen Lächeln zugehört, wie die meisten von Ihnen mir zuhören werden, wenn ich sage: die Zeit wird kommen — wir sind dessen gewiß —, wo die deutsche Volksvertretung den Beschluß fassen wird, daß die Urheber des Sozialistengesetzes mit ihrer Person und ihrem Vermögen für das ungeheure Unrecht und für den ungeheuren Schaden, für alle die Frevel, die sie veranlaßt haben und die in ihrem Namen verübt worden sind, haftbar gemacht werden. Nicht Andere sollen haftbar gemacht werden; nicht, wie man in Frankreich gethan hat, soll der Staat die Entschädigung bezahlen, denn das hieße nur, daß das Volk selbst für den Frevel, der am Volke verübt worden ist, aufzukommen hätte. Man muß sich an die Schuldigen halten, und Sie können überzeugt sein, in Deutschland wird das Rechtsgefühl der Nation verlangen, daß diejenigen für die Folgen aufzukommen haben, welche für die fluchwürdige Maßregel verantwortlich sind. — Und nun meine Herren, wählen Sie!

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Wenn ich den Herrn Redner — denn ich übrigens die weitesten Schranken gelassen habe — recht verstand, so bezeichnet er soeben ein gegenwärtig geltendes Gesetz als eine „fluchwürdige Maßregel“. Diesen Ausdruck kann ich nicht passiren lassen. Ich rufe den Herrn Abgeordneten Liebknecht deswegen zur Ordnung,

(Bravo!)

Das Wort hat der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrath königlich sächsischer Geheimer Rath Seb.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Sachsen, Geheimer Rath **Seb:** Ich glaube verstanden zu haben, daß der Herr Abgeordnete Liebknecht vorhin die Behauptung aufstellte, daß nach einer Korrespondenz eines sächsischen Polizeibeamten mit einem gewissen Schmidt ein Wink mit dem Scheunenhor gegeben sei, daß zur Zeit der jüngsten Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers in Sachsen ein Attentat erwirkelt gewesen wäre. Ich will zunächst noch meinem Gehör misstrauen und ersuche den Herrn Abgeordneten um Auskunft, ob ich richtig verstanden habe.

(Abgeordneter Liebknecht: Vollkommen richtig verstanden; es steht im Brief des Herrn Polizeikommissär Weller und der von uns hier vertheilten Broschüre) — Dann habe ich zunächst zu erklären, daß ich das, was ich wünschte, erreicht habe, ich habe nämlich den Vorwurf als hier geschehen konstatiert. Es könnte nun vielleicht angezeigt erscheinen, auf den auf einer ganz willkürlichen Interpretation beruhenden Vorwurf mit einem Ausdruck der Entrüstung zu antworten, allein, meine Herren, zur Entrüstung bringe ich es nicht. Nach meiner Ansicht würde dasjenige, was der Herr Abgeordnete von dem Gesetz für Gefahr drohenden vorhin behauptete, mit viel größerem Recht auf seine Behauptung angewendet werden können, daß sie nämlich mehr als ein Verbrechen, daß sie ein Fehler ist, und unter Fehler zähle ich alle diejenigen Behauptungen, welche über das Ziel hinauschießen. Ich halte mich fest überzeugt, daß die Behauptung als eine über das Ziel hinauschießende von dem hohen Hause empfunden worden ist. Aber selbst, wenn der Herr Abgeordnete das Ziel außerhalb des Hauses sich gesetzt haben sollte, fürchte ich von seiner Behauptung keine üble Wirkung; die Behauptung wird im sächsischen Volk, sie wird in Seiner Majestät dem Kaiser die Erinnerung an herrliche Tage einer hochgehenden patriotischen und edlen Begeisterung nicht kränken.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst.

Abgeordneter Dr. **Windthorst:** Meine Herren, die Rede, welche wir von dem Herrn Abgeordneten Liebknecht gehört haben, bietet ein so reiches

Material, daß es einer sehr langen Diskussion bedürfte, wollte man alles, was darin enthalten ist, näher ins Auge fassen. Ich muß ihm bezeugen, daß er mit viel mehr Vorsicht gesprochen hat, als es das vorige Mal, wo dasselbe Thema verhandelt wurde, von seinen Kollegen geschehen ist; und mich hat es insbesondere gefreut, daß wenigstens der Versuch gemacht ist, klarzulegen, wie man geneigt sei, den Weg der Reform wieder aufzunehmen und den der Revolution bei Seite zu lassen. Ich sage ausdrücklich, daß wenigstens der Versuch gemacht ist; denn der verehrte Herr Vorredner wird wohl nicht leugnen wollen, daß es ihm nicht ganz leicht wurde, das zu sagen, was er gesagt hat; und wir anderen werden uns wohl überzeugt haben, daß es ihm nicht gelungen ist, die in unserem Innern nicht erloschenen Reminiszenzen in Beziehung auf die revolutionäre Richtung der Sozialdemokratie zu beseitigen. Es ist wirklich, wenn die Herren ernsthaft auf den Boden der Reformen zurücktreten wollen, notwendig, daß sie offen und frank und völlig die vorangegangenen Diskussionen und Erklärungen ihrer Parteigenossen desavouiren. Das zu thun hat der verehrte Herr vorhin wohl unterlassen,

(Zuruf)

— wird es vielleicht auch nie thun — ich weiß nicht, wer das sagte;

(Zuruf: Er selbst!)

— wenn er selbst es sagt, so nimmt er alles zurück, was er vorher gesprochen hat; und das würde mir beweisen, daß er sich hier oben in einer Zwangslage befand, von der er sich nunmehr wieder befreit hält.

(Seitertelt.)

Meine Herren, ich habe Ihnen schon das vorige Mal gesagt — und das ist mein vollster Ernst —, ich bin überzeugt, daß wir durch Gewaltmaßregeln diese große Bewegung nicht hintanhaltend können; es sind dazu andere Mittel nötig. Dazu gehört vor allem, daß wir das Berechtigste in den Forderungen, welche die sozialdemokratische Bewegung stellt, ausmitteln und dieses erfüllen; und daß wir außerdem dasjenige in freie Wirksamkeit setzen, was allein geeignet ist, den falschen Lehren des Sozialismus mit Erfolg entgegenzutreten. Die Gewaltmaßregeln allein können und werden nie genügen; und ich für meinen Theil — ich spreche hier für mich — habe die Überzeugung immer geltend gemacht, daß ein solches Gesetz, wie wir es besitzen, die Sozialdemokratie nicht beseitigen, vielmehr sie intensiv stärken wird;

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

und daß diese intensive Stärkung viel schlimmer ist, als der Vortheil, welcher in der Subtraktion einzelner Zahlen der der Sozialdemokratie angehörenden Personen entsteht.

Das war wesentlich der Grund, der mich derzeit bestimmt hat, gegen das Sozialistengesetz zu sein. Nachher kam der Augenblick, wo es abgelaufen war, und wir haben von neuem verhandelt, ob es verlängert werden sollte. Damals haben meine Freunde und ich versucht, das Gesetz so zu modifiziren, daß ein verständiger Uebergang zu den normalen Verhältnissen hergestellt werden könnte. Dieser Versuch ist mißlungen; das Gesetz hat fernere Geltung erlangt, und der Termin, auf wie lange? ist noch nicht abgelaufen. Jetzt beantragen die Herren Sozialdemokraten einfach die Wiederaufhebung. Sie bringen für diesen Zweck das Sozialistengesetz in Verbindung mit den anderen Ausnahmegeetzen, nicht weil ihnen die Beseitigung derselben besonders am Herzen liegt, sondern um eine Staffage zu haben, und um nach Stimmen zu fischen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, Sie sprechen immer davon, daß Sie sehr offen seien, daß Sie klar und bestimmt Ihre Wege verfolgen. Es wäre viel richtiger gewesen von Ihrer Seite, einfach den Antrag zu stellen: hebt das Sozialistengesetz auf! Wenn das geschehen wäre, so wäre es ja möglich gewesen, daß man überlegte, ob nicht auf den damals von mir und meinen Freunden versuchten Weg zurückzukommen sei, nämlich Verbesserungen in das Gesetz zu bringen, welche ein allmähliges Zurückgehen auf die normalen regelmäßigen Verhältnisse herbei-

führen. Denn ich habe kein Bedenken, zu sagen, daß ich nicht glaube, der jetzige Zustand könne ein normaler; bauernder in Deutschland werden. Wir alle sollten unter allen Umständen bemüht sein, dahin zu wirken, daß die normalen Verhältnisse wieder eintreten können. Jetzt so ohne weiteres den Strich durch das Gesetz zu machen, würde für Viele wenigstens, eine große Schwierigkeit enthalten. Vor allem aber ist, wenn das Gesetz aufgehoben oder wesentlich modifiziert werden soll, durchaus notwendig, daß die Herren von der Sozialdemokratie selbst eine andere Stellung einnehmen; denn wenn sie das nicht thun, so werden sie — mag das gebilligt werden oder nicht — höchst wahrscheinlich erleben, daß sie in dem Zustande bleiben, in dem sie heute sind. Zu dieser anderen Stellungnahme gehört — ich wiederhole das noch einmal —, daß sie nicht von revolutionären Zielen sprechen. Sind ihre Tendenzen revolutionär, oder ist das Ziel ihres Strebens revolutionär, so werden es nothwendig auch die Mittel sein, denn die revolutionären Ziele kann man nur mit revolutionären Mitteln erreichen.

(Zuruf!)

— Das ist ganz unzweifelhaft; das Ziel wird die Mittel bestimmen, und die übrige Gesellschaft wird Ihre revolutionären Ziele Ihnen niemals bewilligen können. Nur eine allmähliche Reform der Verhältnisse kann das herbeiführen, was recht und zweckmäßig ist; Ihre Utopien erhalten Sie nie und nimmer.

Vor allem ist dann ferner nöthig, daß klar und bestimmt von Ihnen jede Gemeinschaft mit dem Nihilismus abgeschworen wird. Jede Liebäugerei mit dieser verworfenen Gesellschaft in Rußland muß definitiv von Ihnen dementirt werden. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Die Nihilisten in Rußland mögen ja auch allerlei recht schöne Ziele revolutionär erreichen wollen — ich will es mal in Ihrem Sinne so nennen —, die Mittel, die sie aber brauchen: Mord, Verheerung in allen Richtungen,

(Zuruf: „Sibirien!“)

— die sind so, daß allerdings dafür ein Sibirien gerechtfertigt ist.

(Sehr gut!)

Ich bin erstaunt, daß ich durch die Zwischenrufe eine gewisse Billigung oder Entschuldigung für Mord und Brandstiftung entdecken soll. Ich habe bisher geglaubt, es wäre undenkbar, daß diese Thaten des Nihilismus auch nur irgend welche Billigung finden könnten.

(Zuruf: Ravillac!)

— Es hat in der Geschichte immer Verbrechen gegeben; aber wer würde es unternehmen, diese Verbrechen, von welcher Seite sie immer begangen sein mögen, zu rechtfertigen? Das ist ja das Unglück, daß die Menschheit in ihrem Vorgehen so häufig den Weg der Reform verläßt und auf die Revolution kommt; und weil ich dieses Verhängnisvolle in der Geschichte kenne, darum rufe ich Ihnen immer mit großer Entschiedenheit zu: wollen Sie Reform, so wollen wir diskutieren; wollen Sie Gewalt, so werden wir Sie mit Gewalt zurückweisen.

(Bravo!)

Sie müssen auch die Verbindungen aufheben, die sie nach Frankreich mit der Kommune unterhalten, oder von denen Sie wenigstens andeuten, daß Sie sie pflegen. Wir haben noch eben wieder Beziehungen nach der Seite der Kommune gehört, welche keineswegs eine Abzäugung oder Verurtheilung für diese Kommune enthalten. Diese Verbindungen können unter keinen Umständen dazu führen, daß Sie in eine verständige Lage zurückkommen. Ich sage ganz offen, daß ich die gegenwärtige Lage tief beklage; und ich lege Ihnen die Nothwendigkeit der Bedingungen, unter welchen allein Sie zu Ihrem Ziele kommen können, vor, damit Sie mitwirken können, das zu erreichen, was ich meines theils auch erreicht wissen möchte, nämlich eine ruhige feste Diskussion der für das Wohl der Arbeiter nothwendigen Reform. Das ist doch unzweifelhaft nach der bisherigen Entwicklung, daß das Interesse die Verhältnisse der Arbeiter, überhaupt des vierten Standes zu verbessern, in allen Köpfen und

Herzen nun nachgerade zu solcher Lebhaftigkeit erwachsen ist, daß jeder mitwirken wird nach seinen Kräften; aber wir können niemals zugeben, daß darum die bestehende Ordnung im Staat und die bestehende Ordnung in der Gesellschaft und die bestehende Ordnung in der Kirche beseitigt werde. Im Prinzip werde ich niemals für mich in der Lage sein, ein Ausnahmegesetz zu rechtfertigen. Ich habe auch noch niemals für ein Ausnahmegesetz gestimmt —

(vereinzelter Ruf von links: hört! hört!)

— noch nie! Aber die Grenzen zwischen dem Gebiete, wo man auf dem Gesetzesboden bleibt, und demjenigen, wo man anfängt die Gewalt mit Gewalt zurückzutreiben, ist eine außerordentlich schwierige und eine leicht überschreibbare. Gesehlich richtig wird man nur dann handeln können, wenn man generelle Gesetze erläßt, die Alle treffen. Sind in der Gesellschaft einzelne oder eine Mehrzahl, welche die bestehenden Gesetze mißachten in einer Weise, wie Sie es hier verkünden, dann wird die Selbsthilfe kommen; die soll man dann aber nicht in die Form von Gesetzen kleiden wollen; dann gilt es, offen Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Die Grenze zwischen beiden Zuständen, das ist, ich wiederhole es, eine zarte Linie, von der ich wünschte, daß man niemals in die Lage käme, zu untersuchen, ob sie überschritten werden soll, oder nicht. Seien Sie versichert, so lange Sie nicht dahin kommen, die Reform allein zu betonen und sich von jeder revolutionären Tendenz und von jedem revolutionären Mittel abzuwenden, so lange Sie die Nihilisten in Rußland und die Kommune in Paris nicht absolut verzeignen, so lange werden Sie schwerlich zu dem Ziele kommen, wohin Sie wollen; und ich möchte gerne, daß Sie Ihr Ziel erreichen allenthalben da, wo es billig und richtig ist.

Was wir zu thun haben, das habe ich das vorige Mal schon auseinandergesetzt, und ich kann das mir wiederholen: Wir haben fortzufahren mit aller Energie, die einzigen Mittel und Wege zu ergreifen, welche die berechtigten Forderungen des vierten Standes sobald als möglich befriedigen und wir haben uns zu entschließen, so rasch wie möglich denjenigen Kräften, die uns helfen können, und die allein mit Erfolg helfen können, die Fesseln abzunehmen, die wir freventlich ihnen angelegt haben, das ist, ich wiederhole es immer von neuem: die Kirchen müssen frei gemacht werden in ihrer Wirksamkeit und in ihren Handlungen; und man muß zum Beispiel nicht, wie es noch in diesen Tagen von einer hohen Stelle geschehen ist, berechnen, ob denn nicht die Zahl der barmherzigen Schwestern zu groß würde; man verstehe, wie man dort gesagt haben soll, nicht, wo dieselben alle bleiben. Die barmherzigen Schwestern tragen ihre Hilfe in die Pforten eben der Nothleidenden, um deren Interessen es sich handelt, und sie bringen manches harte Gemüth zurück, zurück gerade auch von den sozialistischen Ideen. Und diese hilfreichen Schwestern stellen Sie unter Polizeiaufsicht und wollen zählen, wie viele ihrer von den Genossenschaften aufgenommen sind.

(Hört, hört! im Centrum.)

Meine Herren, Männer, die so urtheilen, sind in der That gar nicht fähig, die Verhältnisse des Staatslebens zu beurtheilen!

(Sehr richtig! im Centrum.)

Ich weiß nicht, wie lange mir noch gestattet ist, meine Stimme zu erheben; aber ich wiederhole es: Wenn Sie nicht die Kirchen frei machen, so wird die Sozialdemokratie über Sie herkommen; davon seien Sie sicher,

(sehr wahr! im Centrum)

und gerade die Gewitter, welche am Himmel aufsteigen in Folge der sozialistischen Bewegung, sollten endlich Ihrer Blindheit ein Ende machen.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Sie werden die Augen nicht öffnen; Sie werden glauben, den Sozialismus mit den Waffen niederschlagen zu können, Sie kennen die ethischen Momente nicht, welche das Volksleben allein tragen und allein retten können.

So, meine Herren, habe ich genau wie bei der vorigen Berathung die Stellung bezeichnet, welche ich meinstheils gegenüber dem Sozialismus ein-

nehme, und die Stellung, welche ich gegenüber dem Ausnahmegesetze eingenommen habe und immer einnehmen werde; damit präjudiziere ich nach keiner Richtung dem Votum, welches ich abgeben muß und abgeben werde, wenn der Tag kommt — und er ist ja nicht mehr fern — wo das Sozialsteuergesetz hier zu erneuerter und weiterer Beurtheilung gelangt. Wenn ich schon etwas weiter auf die Materie eingegangen bin, so ist es nur geschehen, um der Sozialdemokratie einerseits und uns andererseits noch einmal eindringlich darzulegen, wie es möglich sei, daß wir endlich aus dieser unglücklichen Sache richtig herauskommen. Meine Worte werden wahrscheinlich nicht gehört werden; man wird sie wahrscheinlich nicht befolgen, weder von der einen noch von der anderen Seite; die Schuld trifft dann allerdings nicht mich und meine Freunde.

Daß wir übrigens auf die Sache in der Art, wie sie heute gebracht ist, nicht weiter eingehen, das, glaube ich, wird sich ziemlich von selbst verstehen. Ein Gesetz derart, wie es in dem vorliegenden Antrage proponirt ist, ist in der That gar nicht möglich. Die Materien der Gesetze, um die es sich in dem vorliegenden Antrage handelt, sind so heterogener Natur, daß sie in einem einzigen Gesetze nicht behandelt werden können. Die Verhältnisse, auf welche die verschiedenen Gesetze sich beziehen, sind so verschieden, daß sie kaum eine Analogie zulassen. Die Ausschreitungen der Sozialdemokratie zusammen zu bringen mit den Strafbestimmungen gegen die Geistlichkeit ist etwas, wogegen jedes gesunde Menschengefühl sich sträubt.

(Heiterkeit und Zuruf.)

— Wie soll das heißen?

(Abgeordneter **Stebknecht**: Wir sind auch gesund!)

Ich kann nur sagen, daß ich überzeugt bin, daß niemand, der nicht in sozialistischen Ideen absolut verrannt ist, und dem das klare Auge geblieben ist, im Stande sein wird, auf dem Boden der Gesetzgebung erhebliche analoge Verhältnisse zwischen der Geistlichkeit, die in den Maigesetzen getroffen ist, und den Ausschreitungen der Sozialdemokratie, ich sage ausdrücklich Ausschreitungen der Sozialdemokratie, zu finden. Es sind eben zu meinem Bedauern — leider muß ich es sagen — die offiziellen Blätter gewesen, die eine Nebeneinanderstellung der einen und der anderen wiederholt versucht haben, und was ich eben sagte, das habe ich viel weniger gegen die Herren Sozialdemokraten gesagt, als gegen diejenigen Herren, welche von anderen Standpunkten und theilweise sehr hohen Standpunkten aus gesprochen haben von einer Analogie zwischen den Einen und den Anderen — einer Analogie, gegen welche ich absolut zu protestiren habe.

(Aufs links: Wir auch!)

Ich bin ganz zufrieden, wenn Sie hier nicht gleich gestellt sein wollen; ich habe niemals den Versuch gemacht und werde ihn nicht machen, Sie gleichzustellen. Ganz dasselbe trifft, wenn auch in anderer Richtung, die Frage wegen Elfaß.

Außerdem werden ja diese einzelnen Fragen noch gesondert behandelt werden, und es wird dann über jede einzelne Frage gesondert verathen und abgestimmt werden können; diese Durcheinandermengung, wie der Antrag sie versucht, ist unzulässig, und ich kann Ihnen nur wiederholen, daß Sie Ihrer Sache viel besser gedient hätten, wenn Sie offen und frank lediglich die Aufhebung des Sozialsteuergesetzes verlangt hätten.

Das ist das, was ich in diesem Augenblick anführen will, um es zu rechtfertigen, daß ich gegen den Antrag so, wie er gestellt ist, heute stimmen werde.

(Bravo!)

Vizepräsident **Freiherr zu Franckenstein**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Payer**.

Abgeordneter **Payer**: Meine Herren, ich habe Namens der Volksparteigruppe Ihnen zu erklären, daß wir für den Antrag, so wie er gestellt ist, stimmen werden. Wir sind dabei in verschiedener Beziehung in einer etwas angenehmeren Lage als Andere. Zunächst können wir über diesen Antrag

persönlich mit aller Objektivität insofern sprechen, als wir direkt von keinem dieser Ausnahmegesetze bis jetzt verurteilt worden sind; zwar ist es auch in einzelnen Fällen schon vorgekommen, daß untergeordnete Verwaltungs- oder Polizeiorgane versucht haben, auf politische Aktionen, die wir veranlassen hatten, die Bestimmungen des Sozialistengesetzes anzuwenden, es sind auch schon irdige Gesetzesauslegungen in dieser Richtung ergangen, es blieben aber auch immer vereinzelte Festgriffe, die als solche und in unserer Objektivität nicht beeinträchtigen können. Meine Herren, ich bin nun mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst insofern einer Meinung, als ich auch davon ausgehe, daß die Veranlasser dieses Antrags, wenn sie überhaupt einen praktischen Zweck mit demselben verfolgt haben, und Aussicht haben wollten, denselben durchzusetzen, ihren Zweck verfehlt haben. Der Antrag ist nämlich allerdings in seiner Allgemeinheit so gefaßt, daß er den Keim des Todes mit auf die Welt bringen mußte, von rechts und links mußten ihm Feinde entstehen und sein Schicksal wird, glaube ich, deutlich voraussehen sein. Etwas anderes aber ist, nachdem dieser Antrag einmal formell gestellt ist, die Frage, wie man dazu Stellung nehmen soll. Ich glaube, die Herren haben dadurch einen Fehler gemacht, daß sie diesen Antrag nicht in eine Reihe von Anträgen zerfallen lassen; denn sie haben dadurch jedem einzelnen die Möglichkeit gegeben, sich um die Abstimmung im Ganzen herum zu drücken, sich mit einer Rede oder Entschuldigung der ganzen Abstimmung zu enthalten. Wir sind der Meinung, daß wir von dieser günstigen Gelegenheit nicht profitieren, sondern daß wir auch zu dem so formulierten Antrag Stellung nehmen sollen, und es liegt uns das auch deshalb sehr nahe, weil wir gegen jedes dieser einzelnen Gesetze gestimmt haben, gerade wie der Herr Abgeordnete Windthorst auch. Nun muß ich mich fragen, ob seine Taktik richtig ist, wenn er sagt: ich bin zwar prinzipiell ein Gegner eines jeden dieser einzelnen Gesetze, aber ich mag mich doch für die Aufhebung aller mit einander nicht aussprechen, schon deshalb nicht, weil ich mir sagen muß, daß es zweifelhaft ist, ob man das Sozialistengesetz auch jetzt nur pure aufheben könnte, selbst wenn man wollte. Wenn man ein prinzipieller Gegner dieser Gesetze ist, so sollte man, meine ich, an und für sich die Gelegenheit sich nicht entgehen lassen, auch zu deren Beseitigung mitzuwirken. Nun dünken ja allerdings, wenn man praktische Politik treiben will, vielleicht Erwägungen kommen, die einem klar legen könnten, daß man mit seiner prinzipiellen Gegnerschaft einen Fehler gemacht habe. So könnte sich ja einem die Ueberzeugung aufdrängen, daß das Sozialistengesetz sich in der Wirklichkeit besser bewährt habe, als man erwartet habe. Das sagt aber der Herr Abgeordnete Windthorst selbst in keiner Weise, sondern er geht sogar davon aus, daß dieses Gesetz unheilvoll gewirkt habe, daß es mit Schuld sei an den Exzessen, wie er es auffaßt, die neuerdings in Sprache und Rede der sozialdemokratischen Abgeordneten mehr und mehr zu Tage treten. Ja, wenn das Gesetz so gewirkt hat, dann ist man doppelt verpflichtet, für die Aufhebung dieses Gesetzes in jedem gegebenen Momente einzutreten, und es ist auch nicht richtig, wenn man vor der Beseitigung eines solchen Gesetzes verlangen will, daß diejenigen, welche darunter zu leiden haben, gewissermaßen vorher Besserung geloben, daß sie deutlich aussprechen sollen, wenn das Gesetz abgeschafft werde, so werde sie mit der ihnen dann wiedergewährten Freiheit keinen Mißbrauch treiben. Wenn man so lange warten will mit der Aufhebung der Ausnahmegesetze, bis der jeweilige davon Betroffene „pater peccavi“ angestimmt und Besserung versprochen haben wird, dann werden wir ja wohl noch lange warten müssen, bis wir an die Aufhebung irgend eines derselben gehen können. Diejenigen, die die Kulturkampfgesetze geschaffen haben, das Gesetz über Ausweisung der Jesuiten und anderer Orden, das Gesetz gegen den Mißbrauch der Ausübung geistlicher Ämter, die werden heute zum großen Teil auch noch auf dem Boden stehen, daß das, was sie damals beschlossen haben, richtig ist und so lange richtig bleiben müsse, als nicht der Jesuitenorden ein anderer geworden sei und als nicht Garantien dafür gegeben

werden, daß die Ausübung der geistlichen Aemter seiner Zeit nach Aufhebung der Ausnahmegeetze nicht werde mißbraucht werden. Wenn fällt aber ein, von denen, die dadurch betroffen wurden, diese Zusicherung zu verlangen? Man weiß, daß sie gerade durch die Ausnahmemassregeln in einem Maße in ihre Auffassung der Sache hineingetrieben worden sind, daß diese Erklärung von ihnen ganz unmöglich wird erwartet werden können. Ich kann also den Grund, den der Herr Abgeordnete Windthorst als den für ihn maßgebenden hier ausgesprochen hat, als einen zutreffenden nicht erachten, und wenn man diese ganze Ausnahmegeetzgebung betrachtet, so darf man wohl sagen, die Erfolge sind nicht darnach ausgefallen, daß sie irgend jemanden veranlassen könnten, an derselben festzuhalten und gegen ihre Beseitigung aufzutreten.

Ich will auf den Kulturkampf in diesem Zusammenhange nicht zu sprechen kommen. Die Herren sind selbst in der Lage, das, was sie über die Nützlichkeit und Schädlichkeit des Kulturkampfes empfinden, zur Kenntniß dieses Hauses zu bringen; es ist auch von unserer Seite schon öfters gesehen. Wenn man aber hinüberblickt auf andere Ausnahmegeetze, z. B. auf den Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen, so findet man, daß dort die Verhältnisse unter der Ausnahmegeetzgebung auch nicht besser geworden sind. Wären Sie einmal zurück auf diejenigen Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen, die wir noch in den Jahren 1874 und 1877 in diesem Hause gesehen haben, und vergleichen Sie mit ihrer Stellung die politische Richtung derjenigen, welche jetzt als unsere Kollegen in diesem Hause sitzen, so wird sich Niemand der Ueberzeugung verschließen können, daß unter Mitwirkung dieses Diktaturparagraphen diejenige Stimmung in Elsaß-Lothringen noch nicht Platz gegriffen hat, die das deutsche Reich von seinem Standpunkt aus sich baselbst wünschen muß.

Ebenso verhält es sich ganz genau mit der Wirkung des Sozialistengesetzes. Wer zurückblickt auf die Reichstagsverhandlungen des Jahres 1877/78, wird sich auch noch erinnern, daß gerade damals derjenige Zeitpunkt war, in welchem die früher sehr negative sozialdemokratische Partei des Reichstags angefangen hat, sich praktisch bei der Ausübung der Geschäfte und bei der Gesetzgebung zu betheiligen. Wäre das Sozialistengesetz nicht dazwischen gekommen, so bin ich wenigstens der Anschauung, daß dieser äußerst erwünschte Zustand angehalten hätte und daß dann die Dinge viel besser liegen würden, als sie in der heutigen Stunde liegen. Das Sozialistengesetz kam aber dazwischen und von einer Mitwirkung unserer Herren Kollegen von der sozialdemokratischen Partei, wie in jenen Jahren, hat man seither kaum mehr etwas erblickt. Dagegen läßt sich die andere Thatsache nicht wegstreifen, daß sie in ihren programmatifchen Forderungen schärfer geworden sind und zwar erheblich schärfer, als sie es damals waren, und daß ihre Vertreter in der Art ihrer Ausführungen unendlich weiter gehen und namentlich in den letzten Wochen und Monaten gegangen sind, als sie in jener Zeit gingen. Das sind die nicht zu verkennenden Wirkungen des Sozialistengesetzes. Sehr leicht begreiflich; wenn man bedenkt, wie dieses Sozialistengesetz wirken muß gerade auf die Führer dieser Partei, wie sie von Haus und Familie und Geschäft vertrieben wurden, wenn man ganz abgesehen davon von diesem persönlichen Gefühl sich daran erinnert, in welcher Art ihnen die Ausübung ihrer politischen Rechte überall in deutschen Landen jetzt von Rechts wegen verkuimmert werden muß, dann ist es ja kein Wunder, wenn sie von Tag zu Tag in eine schärfere Stellung hineingetrieben werden. Wenn man in die öffentlichen Blätter hineinschaut und da liest, wie die größten Volksversammlungen aufgelöst werden in dem Momente, da einer dieser Führer auch nur mit der objektivsten Redewendung irgend eine Ausführung beginnt, dann ist es ja begreiflich, wenn man sehen muß, daß sie immer verbitterter werden. Ich mag auch einer Zwischenbemerkung bei dieser Gelegenheit Ausdruck geben. Diese Herren sind doch unsere Kollegen, sie sind Mitglieder des deutschen Reichstages, und ich glaube, es wird unsere Würde und unser Ansehen nicht besonders gehoben werden im Inlande noch im Auslande dadurch, daß es jedem Parteivorgan gestattet ist,

in dieser Weise die mitberufensten Vertreter des deutschen Volkes in der Ausübung ihrer politischen Rechte zu hemmen.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, ich komme also zu der Anschauung, daß die letzten Jahre nichts gebracht haben, was uns überzeugen könnte, daß man mit dieser Ausnahmegefeßgebung auf dem rechten Weg ist. Das zehnte Jahr vielleicht spielt jetzt die Politik der Ausnahmegefeßgebung. Nicht eines dieser Ausnahmegefeße ist beseitigt worden, aber fast alle paar Jahre ist wieder ein großer Kreis von Bürgern des deutschen Reiches einem Ausnahmegefeße unterstellt worden. Wir haben auch, wenn man es praktisch betrachtet, nicht die geringste Aussicht, daß in der nächsten absehbaren Zeit irgendetwas eine Besserung auf diesem Gebiete eintrete. Einmal hat der Reichstag sich in dieser Frage ermannt, er hat, wie Sie sich erinnern werden, mit großer Mehrheit beschlossen, die Aufhebung des Gesetzes über die unberechtigte Ausübung der Kirchenämter zu beantragen. Es ist bei keinem Antrage geblieben, die verbündeten Regierungen haben sich veranlaßt gesehen, denselben die Zustimmung zu verweigern. Ja, und wer kann sich denn eigentlich den Tag vorstellen, wo die anderen Ausnahmegefeße fallen werden? Wenn man noch so sehr sich im Laufe der Zeit überzeugt haben mag, daß diese Gesetze nicht glänzlich wirken, so ist zur Aufhebung derselben dann erst noch ein weiter Schritt. Wer für diese Gesetze gestimmt hat und sich sagen muß, daß sie nicht nützlich, daß sie sogar schädlich gewirkt haben, der muß einen Akt der Selbsterkenntnis konstatieren, der ihm schwer fallen wird, der muß auftreten vor allem Volke und muß sagen: ja, ich habe damals einen Fehler gemacht, ich habe geglaubt, man könne mit dem Verlassen des Bodens des gemeinen Rechts hier nützlich wirken, ich habe gesehen, daß ich geirrt habe,

und eine solche öffentliche Erklärung geht wider die Natur des Menschen, geht nach meinem Dafürhalten zweimal wider die Natur der Regierungen. Wenn wir also warten müssen, bis das eintritt, dann werden wir immerhin noch einige Zeit zusehen müssen. Mittlerweile aber können wir sagen, es ist kein glücklicher Erfolg der inneren Politik, wenn nach zehnr- oder zwölftägiger Thätigkeit derselben im deutschen Reich wir so weit gekommen sind, daß Hunderttausende und Millionen im Zustande der vollständigsten Unzufriedenheit sich in diesem Reich befinden. Diese Politik hat mehr Haß in Deutschland geschaffen, als man sich beim Eingehen derselben je gedacht hat, und wir sind der Meinung, wenn es klar am Tage liegt, daß diese Politik so unheilvoll gewirkt hat, dann sollte man auch keine Gelegenheit vorübergehen lassen, für die Beseitigung derselben einzutreten, und in dem Sinne, daß wir diese Politik der Ausnahmegefeßgebung mißbilligen, mißbilligen aus rechtlichen und praktischen Gründen, und daß wir wünschen, daß man baldmöglichst zurückkehren möge auf den Boden, den man nie hätte verlassen sollen, auf den Boden des gemeinen Rechts, in dem Sinne werden wir für diesen Antrag stimmen, auch wenn er Aussicht auf Annahme nicht hat.

Vizepräsident Freiherr **zu Fraunckenstein**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Richter (Hagen).

Abgeordneter Richter (Hagen): Meine Herren, ich würde diese Debatte nicht für unfruchtbar halten, auch wenn sie nichts anderes zu Tage gefördert hätte als jene interessante Erklärung des Herrn Diebknacht über das Verhältnis der Konservativen zu den Sozialisten. Gerade Herr Diebknacht ist in dieser Frage offenbar ebenso sachkundig als kompetent zu urtheilen. Herr Diebknacht hat nun erklärt, daß keine Partei so sehr wie die konservative stets bestrebt gewesen sei, sich mit den Sozialisten einzulassen, sich an deren Hochschiffe zu hängen, mit denselben zu verhandeln.

Ich weiß nun nicht, was ich mehr bedauern soll, daß gerade in diesem Augenblick Herr Stücker oder Herr von Büllamer in diesem Saale nicht anwesend ist. Unser Parteiprogramm fordert Gleichheit vor dem Gesetze ohne Ansehen des Standes und der Partei. Diese Fassung unseres Programms

von 1878 ist gewählt mit Rücksicht auf das damals eben erlassene Sozialistengesetz; eine Abstimmung zu Gunsten des Sozialistengesetzes würde deshalb nicht zu vereinbaren sein mit dem Standpunkt der Fortschrittspartei und mit der Zugehörigkeit zu derselben. Wir werden gegen eine Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich meinen Antrag auf Aufhebung dieses Gesetzes stellen und meine Freunde ersuchen würde, einem solchen zuzustimmen, wenn sichere Aussicht vorhanden wäre, in diesem Hause eine Mehrheit dafür zu erlangen.

Der Herr Abgeordnete Windthorst hat damals mit uns gegen das Sozialistengesetz gestimmt. Der Herr Abgeordnete Windthorst hat heute und ebenso auch schon damals besonders hervorgehoben, daß die sozialistischen Redner der Kommune, dem Nihilismus gewisse Anerkennung zollen und daß ihre Reden einen mehr oder weniger revolutionären Anklang haben. Ja, meine Herren, das ist doch früher auch gewesen, zum Theil in Bezug auf die Kommune in Frankreich viel drastischer als in der letzten Zeit. Davin hat sich meines Erachtens wenig geändert. Wenn ihr Ton etwas schärfer geworden ist, so mag das vielfach eine Wirkung des Sozialistengesetzes sein. Es ließ sich voraussehen, daß das Sozialistengesetz auf die betheiligten Kreise eher dahin würde, Del ins Feuer zu gießen. Wenn wir aber für die Aufhebung des Sozialistengesetzes sind, so geschieht das nicht aus irgend einer Rücksicht, wie man etwa nach dem Herrn Abgeordneten Windthorst annehmen könnte, gegen die Sozialisten, aus irgend einer Konnivenz, ich möchte sagen aus gewisser Sympathie für dieselben; nein, gerade im Gegentheil, es geschieht einmal, um dem Prinzip der Rechtsgleichheit zu entsprechen, sodann auch aus der praktischen Rücksicht, daß wir den Staat zur Bekämpfung des Sozialismus für kräftiger halten ohne das Sozialistengesetz als an der Hand des Sozialistengesetzes. Wir stehen auch heute auf dem Standpunkt, den im Mai 1878 der Herr von Bennigsen hier in den treffenden Worten gekennzeichnet hat, „daß das Sozialistengesetz an Agitationskraft für die Sozialisten das überragt, was der bisherigen Agitation der Sozialisten durch dieses Gesetz entzogen ist.“ Wir sind der Meinung, wie wir damals in unserem Wahlauftritt aussprachen, daß ein Mißschritt der Gesetzgebung zur Rechtungleichheit und damit zur Ungerechtigkeit und Willkür eine solche Bewegung eher schüren und aus der Denselbheit in das Geheimniß gefährlicher Beschuldigungen zwingen würde. Sehen wir einen Vorang der letzten Tage in Berlin an. Es hat eine größere Versammlung stattgefunden, in der anscheinend sehr viele Arbeiter waren; am Schluß dieser Versammlung, in der die verschiedensten Standpunkte geltend gemacht wurden, in der auch Herr Stöcker gesprochen hat, ist der Herr Abgeordnete Kayser aufgetreten und hat nur das Wort ausgesprochen, daß er sich beschränkt sehe durch die Gesetze, so zu reden, wie er wohl möchte. Dieses hat dem Polizeikommendant die Veranlassung gegeben auf Grund des Sozialistengesetzes die Versammlung aufzulösen. Nun frage ich Sie: hat nicht eine solche Auflösung mehr Melan für die Sozialisten gemacht, als es die gefährlichste Rede des Abgeordneten Kayser im Stande gewesen wäre? Ich glaube, wer die Stimmung kennt, wer weiß, wie sehr eine solche ungleiche Behandlung einer einzelnen Partei im Stande ist, in den Augen der Bevölkerung für dieselbe Melan zu machen, sie als Märtyrer erscheinen zu lassen, muß gerade angesichts eines solchen praktischen Falles wünschen, daß das Sozialistengesetz in Wegfall kommt, weil es den Sozialisten mehr nützt, als es denselben schadet.

Meine Herren, ebenso wie in Bezug auf das Sozialistengesetz, haben wir auch vom Standpunkt der Rechtsgleichheit in anderen Fragen eine ganz bestimmte und klare Stellung eingenommen. Die Aeußerung des Herrn Kollegen Bayer wegen des Herumblickens um eine Frage kann uns nicht treffen; denn wir haben zu allen den Gesetzen — unsere Partei ist eben alt genug hier im Reichstag — deren Aufhebung hier in Frage steht, eine ganz bestimmte und klare Stellung jederzeit eingenommen. Meine Herren, der Antrag, wie er gestellt ist, ist gleichwohl nicht annehmbar. Man kann einen solchen Antrag

stellen, entweder um einem Prinzip Ausdruck zu geben, oder aus praktischen Gründen. Wenn man einem Prinzip Ausdruck geben will, dem Prinzip der Rechtsgleichheit ohne Unterschied der Partei und des Standes, so kann das in der Form des Grundrechts geschehen, wie dies in manchen Verfassungsurkunden der Fall ist. Das geschieht hier nicht, und wir können nicht, wie Herr Kollege Payer, von diesem Standpunkt für einen Antrag stimmen, wenn der Antrag nicht dem entsprechend formuliert ist, wie wir stimmen wollen. Ebensovwenig wie formell gibt der Antrag auch tatsächlich dieser Auffassung Ausdruck. Denn, meine Herren, man kann auch nicht sagen, daß dieser Antrag nur alles dasjenige umfaßt, was man in der Reichsgesetzgebung als Ausnahme-gesetz bezeichnet. Ich glaube, daß eine nähere Durchforschung der Gesetzgebung noch manche andere Punkte, abgesehen von den im Antrage erwähnten, ergeben würde, welche in die Kategorie der Ausnahme-gesetze fallen. Beispielsweise, meine Herren, von dem Standpunkt der Rechtsgleichheit ohne Unterschied des Standes und der Partei ist das besondere Militärstrafrecht ein viel stärkeres Ausnahme-gesetz als manche Ausnahme-gesetze, die in diesem Antrage erwähnt worden sind. Ja, auch wieder ein Vorfall der letzten Tage hier in Berlin hat uns daran erinnert, von welchen überaus nachtheiligen Wirkungen für die öffentliche Ordnung und Sicherheit dieses Ausnahmerecht für Militärpersonen ist. Man ist endlich einer schlimmen Erpresserhande auf die Spur gekommen, man hat sie zur Haft gebracht; einer der schlimmsten Gesellen, ein Baron von Solms, hat sich nur dadurch der Haft entziehen können, daß das besondere Prozeßrecht der Militärpersonen auf ihn Anwendung fand, und es ihm inzwischen gelungen ist, während seine Genossen verhaftet wurden, sich ins Ausland zu flüchten. Nun könnte man ja sagen: vervollständigt den Antrag, bringt noch andere Bestimmungen, noch das, was ihr für Ausnahmerecht haltet, hinein, — ja, damit würde ich doch die Chance für die Durchbringung dieses Antrags absolut nicht erhöhen. Jedes dieser bestehenden Gesetze hat besondere Anhänger und Freunde. Nichts ich meine Aufhebung gegen die ganze Linie der Gesetze in einer Abstimmung, so kann es leicht kommen, daß sich aus diesen verschiedenen Gruppen der Freunde der einzelnen Gesetze eine Majorität gegen den Antrag im Ganzen zusammensetzt, welche nicht vorhanden sein würde, wenn diese Gesetze einzeln zur Abstimmung kämen. Darum hatte der Abgeordnete Kayser ganz Recht, wenn er von diesem Standpunkt aus sagte, daß der Antrag von vornherein seinen Zweck verfehlt hat und den Keim der Ablehnung in sich trägt. Er konnte vom Standpunkt der Aufhebung des Sozialistengesetzes gar nicht unzweckmäßiger gestellt werden, wie er gestellt ist. Die einzige Erklärung kann ich nur darin finden, daß die Herren vielleicht gedacht haben: do ut des. Das würde ich ihnen nicht zum Vorwurf machen; es soll auch eine Partei in diesem Hause geben, welche auf anderen Gebieten auch diesen Grundsatz „do ut des“ in der Gesetzgebung befolgt. Hebst du mein Ausnahme-gesetz auf, hebe ich dein Ausnahme-gesetz auf. Diese Spekulation könnte in erster Reihe auf das Centrum sich beziehen, welches an den meisten der hier aufgeführten Gesetze in erster Reihe nach der Stellung, die sie eingenommen hat, interessiert ist. Das hat auch vielleicht der Herr Kollege Windthorst richtig herausgeföhlt, indem er zuerst Stellung nahm zu diesem Antrag. Er beurtheilte den Antrag sehr hart. Neugierlich, sagt er, sei er dazu gemacht, Staffage zu machen, Stimmen zu fischen. Woher die Sozialisten das wohl gelernt haben!

(Weiterkeit).

Jedenfalls hat die Haltung des Herrn Kollegen Windthorst für Spekulationen der Sozialisten auf den Grundsatz do ut des vollständig zerstört. Ja, ich muß sagen, ich habe der Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst mit Aufmerksamkeit zugehört; ich finde sie aber gar nicht in Uebereinstimmung mit früheren Reden in Bezug auf diese Fragen. Sie bietet schwache Seiten dar in manchen Punkten für die Sozialisten. Man gewinnt fast den Eindruck, als ob eine veränderte Stellung in dieser Frage allmählich eingeleitet werden

soll. Indessen, Herr Kollege Windthorst hat selbst gesagt, daß man abwarten möge, wie er sich dazu stellt, und daß er vorläufig gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes wäre. Ja, jedenfalls fühle ich mich nicht berufen, Zwischenbetrachtungen zu machen. Ich halte es für zweckmäßiger von meinem Standpunkt aus, die Auseinandersetzungen zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Zentrumsparthei über die bestehenden Ausnahmegeetze zu fördern.

Nun sagte der Herr Kollege Bayer: der Antrag ist verfehlt, er wäre besser nicht gestellt worden; da er aber einmal gestellt, wollen wir dafür stimmen. Das halte ich für eine falsche Taktik, nun gewissermaßen einen Fehler mitzumachen. Wenn der Antrag vom Standpunkt der Sozialisten eine gewisse Aufklärung in diesem Hause namentlich der Zentrumsparthei gegenüber bezweckte — verschiedene Bewegungen der Herren Sozialisten bestätigen mir dies —, dann hat er eben seinen Zweck erfüllt, und haben ja einige Herren den Antrag unterstützt und dadurch dem Lauf der Diskussion für diesen Zweck, ihr Verhältnis zur Zentrumsparthei aufzuklären, genügend Raum gegeben. Jetzt nun aber noch dafür zu stimmen, das scheint mir doch zu viel der Güte, es kam auch Mißdeutungen, selbst im Interesse der Herren Antragsteller hervorgerufen; es erweckt den Schein, als ob die Zahl der Gegner des Sozialistengesetzes in diesem Hause kleiner wäre, als sie überhaupt ist, und ich glaube daher in ihrem eigenen Interesse würden die Herren Antragsteller am besten handeln, wenn sie nunmehr ihren Antrag zurückziehen. Wenn sie den Antrag spalten, in verschiedene Anträge zerlegen, die sich mit den einzelnen Gesetzen beschäftigen, nun, meine Herren, dann wird der Zeitpunkt für meine Freunde gekommen sein, zu den einzelnen Fragen Stellung zu nehmen, und ich zweifle nicht, daß dann ihre Entscheidung ausfallen wird, entsprechend ihrer Haltung in früherer Zeit und entsprechend dem Standpunkt, den uns unser Parteiprogramm in dieser Beziehung zuweist.

Vizepräsident Freiherr zu Franckenstein: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Grab.

Abgeordneter Grab: Meine Herren, ich muß im Namen meiner elsäß-lothringischen Kollegen erklären, daß wir zwar gegen jedes Ausnahmegesetz im Princip sind. Jedoch behalten wir uns vor, unsern eigenen Antrag, den wir für Aufhebung des Diktaturparagraphen eingebracht haben, dann speziell zu begründen, wenn er auf die Tagesordnung kommt. Der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen hat schon einem ähnlichen Antrage seine Zustimmung gegeben, und wir hoffen, der Reichstag wird dem einstimmigen Beschluß des Landesausschusses nicht widersprechen.

Vizepräsident Freiherr zu Franckenstein: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Magdzinski.

Abgeordneter Magdzinski: Meine Herren, ich habe nach den ausführlichen Erörterungen nur eine kurze Erklärung abzugeben.

Die Stellung, die wir Polen zu den einzelnen in dem vorliegenden Antrage des Abgeordneten Liebknecht aufgeführten Gesetzen eingenommen, haben wir bei der Diskussion der genannten einzelnen Gesetze klar gelegt; wir haben namentlich sowohl gegen das Sozialistengesetz vom Jahre 1878, als auch gegen das Gesetz, betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu vom Jahre 1872, das Gesetz, betreffend Verhinderung der unbefugten Ausbildung von Kirchenämtern von 1875, ferner den § 180 a des deutschen Reichsstrafgesetzbuches (Kanzelparagraph) und den § 10 des Gesetzes, betreffend die Verfassung Elsaß-Lothringens vom Jahre 1871 und den § 2 des Gesetzes vom Jahre 1879 (den Diktaturparagraphen) gestimmt; als Polen werden wir auch niemals das Prinzip, gegen Ausnahmegeetze zu stimmen, aufgeben und überall dafür eintreten, wo es sich darum handelt, die Rechtsgleichheit zu sichern.

Also meine Herren, wie wir damals gegen die einzelnen Gesetze gestimmt haben, werden wir auch heute für den Antrag, welcher deren Aufhebung be-

zweck, stimmen, abgesehen davon, ob er formell richtig, und ohne Rücksicht darauf, von welcher Partei des hohen Hauses er gestellt worden ist.

Vizepräsident Freiherr zu **Brandenstein**: Der Schluss der Debatte ist beantragt von dem Herrn Abgeordneten Dr. Meyer (Halle). Ich stelle die Abstimmungsfrage. Diejenigen Herren, welche den Schlussantrag unterstützen wollen; bitte ich, sich zu erheben.

(Geschicht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Nun bitte ich diejenigen Herren, sich zu erheben beziehungsweise stehen zu bleiben, welche den Schluss beschließen wollen.

(Geschicht.)

Das ist die Mehrheit; die Debatte ist geschlossen.

Ich ertheile das Schlusswort dem Herrn Abgeordneten Kayser. — Derselbe verzichtet. Dann ertheile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Liebknecht.

Abgeordneter **Liebknecht**: Zunächst habe ich dem Herrn Kommissar der sächsischen Regierung zu bemerken, daß ein sächsischer Polizeibeamter, Namens Weller, in Dresden unter dem 26. September — nein, August 1882 folgenden Brief an den mehrfach genannten Bankrotteur und Spion Schmidt nach Zürich geschrieben hat:

Ihre letzten Sendungen nebst Duitting sind mir richtig zugegangen. Die Briefe mit Zeitungen sind stets so schmählich theuer, der letzte kostet 2,40 Mark, unsere Kasse raisonnirt darüber und bringt auf Willigemachen der betreffenden Briefe. Können Sie das nicht auf irgend eine Weise rangiren? Sänden Sie mir vielleicht alle Monat eine Note über Ihre Portoverläge gleichzeitig mit dem Preis der einzelnen während des Monats übersandten Zeitungsummern. Wenn Sie die letzteren frankiren, wird es billiger sein. Den Betrag dieser Monatsnoten erhalten Sie dann umgehend von mir in irgend welcher Form, die Sie mir angeben wollen.

Eine an mich gelangte Anfrage aus Mühlhausen habe ich jüngst in Ihrem Interesse beantwortet.

Notizen über Sachsen und daselbst domicilirende oder früher aufhältig gewesene Persönlichkeiten haben das meiste Interesse für uns.

Vom 14. nächsten Monats bis 20. werden wir hier bezw. in Sachsen zu den Mandavern hohe Gäste bekommen.

Senden Sie genaues Signalement von S. und R. so bald wie möglich. Vielleicht reisen dieselben mit fremden Papieren.

Dr. 26. 8. 82.

Weller.

Also Geld ist von der Polizei an den Schmidt bezahlt; und der von der sächsischen Polizei bezahlte Bankrotteur und Betrüger Schmidt aus Dresden — beikünftig ist das Geld nach Angabe des Polizeikommissärs Weller aus dem Dispositionsfond für Beamte entnommen — hat von dem empfangenen Gelde 20 Mark für einen sogenannten Attentatsfond bezahlen wollen, weil man jetzt Attentate machen müsse. Wenn der Herr Regierungskommissär mir etwa antworten sollte: es ist nicht die sächsische Polizei, die Geld für den Attentatsfond hat geben wollen; die sächsische Polizei ist nicht verantwortlich dafür, daß der Spion und Polizeiagent Schmidt, dem die erwartete Ankunft der hohen Gäste von der Dresdener Polizei angezeigt worden ist, für einen Attentatsfond sächsisches Regierungs- und Beamten-geld bezahlen will, — so hat er dem Buchstaben nach ja Recht; aber für das, was die Agenten der Polizei thun, ist die Polizei, sind die Behörden verantwortlich, und das schmachwürdige eines Systems, welches die Spionage „nothwendig gemacht“ wie uns der Herr Minister von Postiz-Wallwitz neulich erklärt hat, liegt hier gerade darin, daß man sich auf Menschen wenden muß, welche jeder sittlichen Gefühls baar und ledig sind, und welche, um in Bezahlung zu bleiben, ein Interesse haben, ihre Dienste möglichst werthvoll

erscheinen lassen. Wenn man heute dafür bezahlt, daß sie die Gesellschaft retten, dann muß man sich auch darauf gefaßt machen, daß die bezahlten heute Katastrophen herbeizuführen suchen, welche die Gesellschaftsrettung und die Annahme solcher elenden Subjekte notwendig erscheinen lassen. Genug, Tatsache ist, daß die sächsische Polizei einen notorischen Fälscher und Bankrottier als Polizeiaгент bezahlt hat, daß diesem amtlich angezeigt wurde: es kommen hohe Gäste von Dresden, und daß aus dem von der sächsischen Polizei gelieferten Gelde in einen Attentatsfond eine Summe bezahlt worden ist — oder bezahlt werden sollte; denn der Fonds ist natürlich nicht vorhanden gewesen, der Mann wollte eben schnell einen Attentatsfond von sächsischen Regierungsgeldern gründen.

Was nun die Erklärungen, welche von den verschiedenen Parteien hier abgegeben worden sind, anbelangt, so freue ich mich, daß dieselben ungefähr gerade so ausgefallen sind, wie wir es erwartet hatten. Wenn man uns den Vorwurf macht, daß wir nicht opportunistisch gehandelt hätten, daß eine gewisse Ungeschicklichkeit darin liege, daß wir die verschiedenen Ausnahmegeetze alle in einen Antrag gebracht haben, so habe ich dem entgegenzuhalten, daß wir nicht opportunistisch haben handeln wollen. In unserer Fraktion kam es vor mehr als Jahresfrist zur Sprache, ob es nicht zweckmäßig sei, einen Antrag auf Aufhebung des Sozialistengesetzes zu stellen. Wir sagten uns aber: wenn wir einen Antrag auf Abschaffung des Sozialistengesetzes stellen, so sind wir von unserem Parteistandpunkt aus prinzipiell verpflichtet, den Antrag auszudehnen und gegen alle Ausnahmegeetze zu richten. Und so entstand dieser Antrag auf Abschaffung der sämtlichen Ausnahmegeetze, welche vom Reichstag beschlossen worden sind.

Was die Vermutung des Herrn Abgeordneten Richter betrifft, daß wir hier nach dem Grundsatz des *do ut des* handeln und uns mit dem Zentrum hätten auseinanderzusetzen wollen, so muß ich sagen: die Vermutung ist vielleicht sehr scharfsinnig, aber sie schießt neben die Scheibe, es haben derartige Rücksichten uns ganz ferngelegen; ich habe auch nicht mit einem einzigen katholischen Abgeordneten oder Wähler über diesen Antrag gesprochen; ich habe aber in meinen Mandatreden vor zum Theil katholischen Wählern erklärt, daß ich diesen Antrag zu stellen beabsichtige, und zwar auf Grund des Programms unserer Partei und im Einklang mit der Stellung, welche unsere Partei überhaupt der Ausnahmegesetzgebung gegenüber einnimmt; und der Antrag ist von meinen katholischen wie von meinen nichtkatholischen Wählern einstimmig gebilligt worden. Ich habe also einfach hier ein meinen Wählern gegebenes Versprechen eingelöst und eine Pflicht erfüllt.

Was Kompromisse mit gegnerischen Parteien anbelangt, z. B. mit dem Zentrum, worauf der Herr Abgeordnete Richter hingedeutet zu haben scheint, so darf der Herr Abgeordnete Richter überzeugt sein, daß, wenn einmal die Gehelmnisse der letzten Wahlen, das, was hinter den Coulissen vorgegangen ist, hier im Reichstage an die Öffentlichkeit gezogen würde, unsere Partei vielleicht die einzige ist, die ruhig wird sagen und beweisen können, daß sie niemals und mit niemand paktirt und auch nicht das Äpfelchen über dem „i“ ihres Programmes bei den Nachwahlen geopfert hat. Bei anderen Parteien ist das nicht der Fall, und da haben wir noch allerhand Kuriose Dinge in der Tasche, die gelegentlich ans Licht kommen können.

Was nun den Abgeordneten Windthorst anbelangt, so meint derselbe, ähnlich wie der Abgeordnete Richter, es sei vielleicht klüger gewesen, wenn wir den Antrag auf das Sozialistengesetz beschränkt hätten; und er verwahrt sich dagegen, daß wir die Verfolgungen der Sozialdemokratie auf gleichen Fuß stellen mit den Verfolgungen gegen die katholische Kirche. Der Abgeordnete Windthorst scheint eben von dem Grundsatz auszugehen, daß wir Sozialdemokraten eigentlich nur Menschen zweiter Klasse seien, während der Katholik allein ein Mensch erster Klasse ist. Wir Sozialdemokraten machen keinen Unterschied zwischen den Menschen; ob ein Unrecht begangen ist gegen

einen Sozialdemokraten, oder ob es begangen ist gegen einen katholischen Geistlichen oder sonstigen Katholiken, ist uns vollständig gleich. Unrecht ist Unrecht, und wenn Sie (zu dem Zeitpunkt) einmal den Boden des großen Grundsatzes „gleiches Recht für Alle“ verlassen, so stellen Sie sich auf den Boden der Ausnahmegesetze, und weil wir, Sie auf die Probe stellen wollen, haben wir Ihnen nicht den Gefallen gethan, auf die Abstimmung zu verzichten. Wenn Sie nicht für diesen Antrag stimmen, erklären Sie, daß Sie wohl Ausnahmegesetze, welche sich gegen Sie richten, aufgehoben haben wollen, daß Sie aber Ausnahmegesetze gegen andere gern aufrecht erhalten. Also, wir können Ihnen den Gefallen nicht thun.

Aus der ganzen Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst haben wir trotz aller Bindungen und Wendungen, die zum Theil den vom Abgeordneten Richter angebeuteten Grund haben mögen, nichts anderes herausgehört als das: nein! Es ist kein triftiger praktischer Grund vorhanden, gegen diesen Antrag zu stimmen, wenn man Gegner der Ausnahmegesetze ist. Der Antrag mag praktische Schwierigkeiten haben, diese kommen aber hier gar nicht in Frage. Wer prinzipiell für die Aufhebung der Ausnahmegesetze ist, kann, soll und muß für diesen Antrag stimmen. Wer es nicht thut, hat Bedenken gegen die Abschaffung des einen oder anderen, wo nicht aller Ausnahmegesetze, steht also nicht auf dem Boden der prinzipiellen Freiheit und des gleichen Rechts. Es soll über das Prinzip abgestimmt werden, und, wie schon gesagt, sämmtliche Mitglieder und Parteien des Hauses sollen Farbe bekennen. Es gibt manchen, der gerne für die Abschaffung des Sozialistengesetzes stimmen möchte; er stößt sich aber hier an dem Diktaturparagraphen, den die Regierung für Elsaß-Lothringen nöthig hält; einen anderen führt das Jesuitengesetz. Meine Herren, wer so befangen ist, steht auf dem Boden der Ausnahmegesetze, ist fähig, den Weg der Ausnahmegesetzgebung weiter zu wandeln; er ist prinzipiell für Ausnahmegesetze, und aus Mitleidkeits- und Interessengründen bloß gegen die Ausnahmegesetze, welche ihn geizen. Wir haben keine Lust, den Unentschiedenen und Unklaren den Rückzug zu erleichtern und theilen also die Abstimmung nicht.

Meine Herren, der Abgeordnete Windthorst hat mit einem großen Pathos, welches, wie es mir scheint, den Mangel an eigentlichen Gründen hat ersetzen sollen, aufgefordert, wir sollten jede Gemeinschaft mit den Nihilisten, jede Gemeinschaft mit der Pariser Kommune abschwören. Er hat dabei den Versuch gemacht, mich in einen Gegensatz zu früheren Reden in diesem Hause und zu meinen Parteifreunden zu bringen. Er hat ferner verlangt, wir sollten den revolutionären Zielen abschwören; denn die revolutionären Ziele erheischen auch revolutionäre Mittel. Ich habe dem Abgeordneten Windthorst hier zu antworten, daß ich keine Aeußerung, die ich oder irgend einer meiner Parteigenossen jemals im Hause mit Bezug auf die Nihilisten, die Kommune und die Revolution gemacht hat, zurücknehme oder gar ihr entgegen treten kann. Wir haben nicht den geringsten Grund, die Nihilisten zu verfluchen. Wir haben mit den Nihilisten nie etwas zu thun gehabt; ich bemerke nicht eine gemeine Polzecklige. Die Nihilisten sind auf einem anderen Boden gewachsen, als der deutsche Boden ist; die Nihilisten sind das nöthwendige Produkt der russischen Zustände; in Rußland hat der Dolch und der Meuchelmord Jahrhunderte lang von oben herab seine blutige Arbeit verrichtet, der Meuchelmord ist in Rußland so zu sagen eine Institution. Ich habe schon früher an dieser Stelle an das bekannte Wort erinnert: in Rußland ist der Despotismus tempéré par l'assassinat, durch den Meuchelmord gemäßiget. Jetzt kommt das assassinat auch von unten, während es bisher immer von oben gekommen ist; der Nihilismus ist also eine spezifisch russische Erscheinung; aber daß wir die Männer, welche verfolgt, unmensächlich gehetzt von der Polizei, sich ausgelehnt haben gegen das herrschende System, Männer, die, solange in Rußland politische Verbrechen noch von Geschworenen abgeurtheilt wurden, sogar von den russischen Geschworenen

freigesprochen wurden, — daß wir diese Männer hier verleugnen sollten, das fällt mir, das fällt uns nicht ein; das wäre eine Unwürdigkeit; ich bin überzeugt, daß die Mithlisen aus sittlichen und edlen Motiven handelten, (hört! hört! rechts)

und ich bin ferner überzeugt, daß sie einem schmachvollen System, welches jeden anderen Protest, jede andere Willensäußerung unmöglich macht, in der einzigen möglichen Weise bekämpfen. Die Entkräftung muß sich gegen das System richten, nicht gegen dessen Opfer. Ebensovienig fällt es uns ein, die Pariser Kommune zu verleugnen. Ich muß hier bemerken, daß wir nicht, wie der Abgeordnete Windthorst zu glauben scheint, erst neuerdings für die Kommune eingetreten sind, sondern, daß wir schon, ehe die Kommune gesunken war, unsere Solidarität mit ihr erklärt haben. Den Gefallen, meine Herren, thun wir Ihnen nicht, daß wir etwas zurückziehen, was wir früher, in Konsequenz unseres Prinzips, einmal bekannt haben. Wenn Sie die Kommune für etwas falsches halten, so ist das Ihre Sache. Unterrichten Sie sich darüber, was die Kommune in Wirklichkeit war, und lesen Sie nicht bloß das, was feile Schreiber über sie gelogen haben, dann werden Sie finden, daß die Kommune die Sympathie aller edler Menschen verdient. Alles, was man als „Verbrechen der Kommune“ zu bezeichnen pflegt, ist entweder einfach erlogen; oder die Kommune hat nichts damit zu thun gehabt.

Was nun den Verzicht auf die revolutionären Ziele betrifft, so können wir auch in dieser Beziehung dem Herrn Abgeordneten Windthorst den Gefallen nicht thun. Ich befinde mich in dieser Beziehung mit keinem meiner Kollegen irgendwo im Gegensatz. Das, was ich vorhin ausgesprochen habe, hat Ihnen bloß beweisen sollen, daß die Volkzeitungen, welche theilweise auch in die Presse übergegangen, und durch die Presse theilweise auch Ihre Ansicht geworden ist, jeglichen Grundes entbehrt. Unsere Partei hat nie und nimmermehr, weder durch den Mund eines der Abgeordneten, noch durch den Mund irgend eines mit uns in Verbindung stehenden Organes erklärt, daß wir prinzipielle Gegner der gesetzlichen Reform seien und die Revolution in Deutschland machen wollen. Wir haben stets erklärt, ähnlich, wie ich dies vorhin ausgesprochen habe, daß wir die Wahl, ob Reform oder Revolution, unseren Gegnern überlassen, daß diese allein in der Lage sind, die Entscheidung zu treffen. Wenn wir aber trotzdem gesagt haben und sagen: wir sind eine revolutionäre Partei, so haben wir auch stets verlangt und verlangen, daß man das Wort „Revolution,“ „revolutionär,“ nicht im Polizeisinne gegen uns anwendet. Wenn wir sagen: wir sind eine revolutionäre Partei, so heißt das: wir glauben nicht, daß durch Palliativmittelchen, dadurch, daß man ein kleines Geschwür am Gesellschafts-Körper besetzt, eine soziale Kur bewerkstelligt werden kann. Wir sind Gegner aller Kurpfuscheret, auch derjenigen, die jetzt offiziell betrieben wird. Wir wollen eine radikale Kur, eine vollständige Heilung des gesellschaftlichen Organismus, und das ist unser revolutionäres Ziel. Und wenn der Abgeordnete Windthorst sagt: wer dieses revolutionäre Ziel will, muß auch revolutionäre Mittel wollen, so ist das wiederum richtig, wenn er das Wort „revolutionär“ in dem Sinne nimmt, wie wir es gebrauchen. Wir haben uns weder in diesem, noch einem anderen prinzipiellen Punkte geändert. Unsere Partei ist, was sie war, und unsere Partei bleibt, was sie ist. Durch weitere Ausnahmeregelungen treibt man uns höchstens weiter nach links. Man hat uns ferner zugemutet, wir sollen unsere Parteipresse im Auslande desavouiren, unsere Entkräftung ausdrücken über den heftigen Ton dieser Presse, bemühtig pater peccavi sagen! Ei, das fällt uns nicht ein! Verlangen Sie doch von einem Manne, der die Faust seines unverföhnlichen Feindes an der Gurgel hat, daß er akademisch dislutiren soll. Geben Sie das Ausnahme-gesetz auf, dann werden wir sehen. Solange wir die Faust unseres Todfeindes an der

Burgel haben, können Sie nicht von uns verlangen, daß wir gemüthlich debattiren. Daß in unserer auswärtigen Presse eine heftige Sprache geführt wird, ist richtig, wird aber satzsam durch das Ausnahmegesetz erklärt. Sie haben alle unsere Zeitungen in Deutschland unterdrückt; Sie haben selbst die Blätter unterdrückt, welche in der vorsichtigsten Weise unsere Grundsätze zur Geltung zu bringen suchten; was ist uns da übrig geblieben? Wir haben, da wir uns nicht todt machen lassen, und uns die Freiheit nehmen zu leben, ob Sie es wollen oder nicht, — wir haben uns eine Presse im Auslande zu schaffen gesucht. Dazu haben Sie uns gezwungen. Es ist hier bereits erklärt worden, daß, wenn wir ein Blatt als unser Organ anerkennen, das nicht bedeutet, daß wir für jedes Wort einstehen, welches darin steht, ebensowenig wie Ihre Minister für Alles, was in der Norddeutschen oder in der Provinzial-Correspondenz steht, eintreten können. Aber, daß unsere Presse, das Organ der Opfer des Sozialistengesetzes, der Empörung, dem Born, der Wuth der mißhandelten Opfer in leidenschaftlicher Weise Ausdruck gibt, das versteht sich einfach von selbst. Es ist die notwendige Frucht des Ausnahmegesetzes. Also nochmals: heben Sie das Ausnahmegesetz auf, dann werden wir ja sehen, wie die Sprache sich ändert. Ich habe Ihnen vorhin das Beispiel der englischen Trades Unions vorgeführt; wenn Sie sich ein Exempel daran nehmen, eine Lehre daraus ziehen wollen, nun, so brechen Sie mit der Ausnahmegesetzgebung. Wollen Sie dies aber nicht, so beschwören Sie sich wenigstens nicht über die Wirkungen Ihrer Ausnahmegesetze. Meine Herren, ich will in Bezug auf unseren Antrag nicht mehr in Details eingehen. Wir stehen auf dem Boden des Prinzips, wir verlangen, daß auch Sie sich darauf stellen; wir für den Antrag stimmen, bei dem ist der Grundsatz: *justitia est fundamentum regnorum* wirklich in Fleisch und Blut übergegangen; wer dagegen stimmt, in dem können wir nur einen prinzipiellen Anhänger der Ausnahmegesetzgebung erkennen. Stimmen Sie, mit diesen Worten schließe ich, stimmen Sie, wie Sie es für gut halten, das Volk wird sehen, wer in Deutschland eine reformatorische Entwicklung will, und wer sie nicht will.

Präsident: Meine Herren, nachdem die Generaldiskussion beendigt ist, hat das Haus über die weitere Behandlung des beantragten Gesetzesentwurfes zu entscheiden. Ich werde die Frage dahin stellen, ob das Haus den Gesetzesentwurf an eine Kommission verweisen will, und ich bitte, daß diejenigen Herren sich erheben, welche den Gesetzesentwurf an eine Kommission verweisen wollen.

(Geschlecht.)

Es erheben sich nur sehr wenige Mitglieder. Es ist die weitere Verathung im Plenum beschlossen worden. In dieselbe treten wir nunmehr ein.
Ich eröffne die Diskussion über § 1 und verkünde, daß ein Antrag auf motivirte Tagesordnung eingegangen ist, den der Herr Schriftführer verlesen wird.

Schriftführer Abgeordneter Graf Abelmann von Abelmannsfeldm:

Der Reichstag wolle beschließen:

in Erwägung, daß die Gesetze, deren Aufhebung beantragt wird, nicht in dem Zusammenhange stehen, daß die Aufhebung des einen Gesetzes auch die Aufhebung des anderen Gesetzes bedingt, die Behandlung so verschiedener Rechtsmaterien in einer und derselben Gesetzesvorlage sich nicht empfiehlt, über den Antrag Liebknecht und Genossen (Nr. 15 der Drucksachen) zur Tagesordnung überzugehen.

Präsident: Der Antrag ist gestellt von dem Herrn Abgeordneten Diple.

Ich gebe das Wort dem Herrn Abgeordneten Diple.

Abgeordneter Diple: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Liebknecht hat wiederholt in seiner Rede betont, daß hier es sich um eine Prinzipienfrage

handelt. Ich bestreite dies. Der Antrag des Herrn Abgeordneten Liebknecht und Genossen geht dahin, bestimmte bestehende Gesetze deswegen aufzuheben, weil es Ausnahmegesetze sind. Wenn darin ein Prinzip liegen soll, so kann es doch nur das Prinzip sein, daß überhaupt keine Ausnahmegesetze jemals gegeben und in Folge dessen die speziellen Ausnahmegesetze, die bestehen, aufgehoben werden sollen; daß das aber wirklich die Meinung des Herrn Liebknecht, oder daß im Hause ein solcher Gedanke jemals ausgesprochen wurde, daß man in keinem Falle eine Ausnahme machen dürfe von dem gemeinen Recht, das — glaube ich — ist weder behauptet worden, noch wird es jemand behaupten, und ich fürchte sogar, daß, wenn wirklich einmal der Herr Abgeordnete Liebknecht und seine Genossen die Herrschaft in diesem Hause erhalten sollten, er es an solchen Ausnahmegesetzen, die dann allerdings andere Parteien treffen würden, nicht fehlen lassen würde. Es liegt also hier nicht ein Prinzip vor, und wenn Abgeordneter Liebknecht sagt: „Wer nicht für das Gesetz stimmt, ist überhaupt ein Mann, der keine Gerechtigkeit hat,“ so ist das ein falscher Schluß. Er kann wohl sagen: „das Gesetz ist ungerecht, das Gesetz trifft Unschuldige, das Gesetz enthält Härten,“ dagegen habe ich nichts; ich gehe weiter, ich behaupte, daß in der letzten Zeit bei Ausführung des Sozialistengesetzes Härten begangen wurden, die man nicht hätte begehen dürfen, und wir werden noch Gelegenheit haben, bei einer Petition des Herrn Bebel über solche Härten zu sprechen; aber uns, die wir zum Theil für die Ausnahmegesetze gestimmt haben, die wir nicht zur Partei der Herren gehören, uns ausbringen zu wollen, wir sollten uns an einer Demonstration, die die Herren machen, beteiligen, — das ist eine Forderung, der wir nicht entsprechen können. Ich werde mich also auf die einzelnen Gesetze nicht einlassen, nicht auf die meritorischen Verdienste des einen oder anderen Gesetzes; aber ich beantrage, daß vorweg über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen wird, weil in dem Antrage die verschiedensten Rechtsmaterien zusammengeworfen werden, was bloß dazu dienen soll, um, wie der Herr Abgeordnete Windthorst es richtig ausgedrückt hat, „Stimmen zu fischen.“ Dazu — glaube ich — darf keine Partei sich hergeben, und darum bitte ich, meinen Antrag auf motivirte Tagesordnung, von dem ich mich vergewissert habe, daß er bei verschiedenen Parteien des Hauses Zustimmung findet, anzunehmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stephani.

Abgeordneter Dr. Stephani: Meine Herren, wenn wir die erbetene Annahme des jetzt zur Verathung vorliegenden § 1 zugeschieben würden, so würden wir nach meinem Dafürhalten damit anerkennen, entweder daß wir seiner Zeit bei Erlaß dieser Gesetze einen Fehler gemacht haben, und zwar einen Fehler von solcher Bedeutung, daß derselbe eine sofortige Korrektur durch sofortige völlige Aufhebung der Gesetze notwendig macht, die ohne Gefährdung des öffentlichen Interesses nicht zu unterlassen sei, oder wir würden damit anerkennen, daß seit Erlaß der Gesetze sich die Thatsachen so weit verändert haben, daß wir diese Gesetze nicht mehr brauchen. Ich und meine politischen Freunde können weder das eine noch das andere anerkennen; wir verkennen nicht, daß diese Gesetze zur Voraussetzung haben anormale außerordentliche Zustände, und wir beklagen es tief, daß unsere Verhältnisse derartige Gesetze notwendig machen; wir können aber nicht die Thatsachen so auffassen, daß seit Erlaß der Gesetze die Verhältnisse sich sowohl geändert hätten, daß wir ohne öffentliche Gefährdung sie heute mit einem Federstrich wieder aufheben könnten. Da für uns nichts weiter maßgebend ist bei unserem gesetzgeberischen Verhalten und bei unseren Abstimmungen als die Frage, ob das gemeinsame deutsche Interesse etwas erfordere oder nicht, so können wir auf die uns vorliegende Frage nur antworten: eine sofortige heutige Aufhebung dieser Gesetze würde nach der heutigen Lage unserer Zustände eine wesentliche und ernste Gefährdung des allgemeinen Interesses herbeiführen. Aus diesem Grunde stimmen wir gegen den Antrag.

Wir sind auch nicht im Stande, bei dieser Sachlage der eben beantragten

motivirten Tagesordnung zuzustimmen, weil wir in dieser motivirten Tagesordnung unsere Gründe für Ablehnung nicht wiedergegeben finden. Meine Herren, nicht deshalb, weil hier in einem Antrage verschiedene nicht zusammengehörige Gesetze vereinigt sind, lehnen wir den Antrag ab, sondern wir lehnen ihn deshalb ab, weil wir unseren Zuständen direkt und offen in's Auge sehen und bei einer Prüfung antworten, daß das deutsche Interesse ernstlich gefährdet würde, wenn wir diese Gesetze heute ohne weiteres aufheben wollten. Deshalb muß ich für meine Person erklären: wenn auch auf den vorhin von einem Redner gemachten Vorschlag, den der Herr Abgeordnete Liebknecht übrigens auch schon abgelehnt hat, eingegangen worden wäre, wenn der Antragsteller jedes Gesetz allein für sich aufzuheben beantragt hätte, würde ich auch bei diesen Theilungen gegen jeden dieser einzelnen Anträge gestimmt haben, weil nach meinem Dafürhalten keines dieser Gesetze für heute ohne Gefährdung des deutschen Interesses aufgehoben werden kann.

Bei dieser Gesamttage wiederhole ich also, daß meine politischen Freunde, weil sie eine öffentliche Gefährdung in der heutigen Aufhebung dieser Gesetze erblicken, heute gegen den Antrag stimmen werden.

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Freiherr von Minnigerobe.

Abgeordneter Freiherr von **Minnigerobe:** Meine Freunde wären von vorn herein vielleicht für einfache Ablehnung des Antrags Liebknecht gewesen, um dem einen scharfen Ausdruck zu geben, daß sie alles, was zur Zeit gesetzlich gegen den streitbaren Sozialismus gerichtet ist, auch aufrecht erhalten wissen wollen. Es ist ja freilich nicht zu verkennen, daß in der Vermischung der verschiedensten Gegenstände im Antrage, auch Momente vorliegen, die anders beurtheilt werden müssen. Ich nehme z. B. keinen Anstand, für meine Person zu erklären, daß ich nach wie vor in Bezug auf das bekannte Gesetz, betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern vom 4. Mai 1874 noch ebenso stehe wie im vorigen Jahre, daß ich es also noch ebenso wie damals für richtig halte, dieses Gesetz zur Zeit beseitigt und aufgehoben zu sehen.

(Sehr wichtig! rechts.)

Aber in der Vermischung, wie zur Zeit der Antrag uns unterbreitet ist, können wir uns nur geschlossen gegen denselben erklären, weil er ganz einfach in der Hauptsache einen rein sozialdemokratischen Charakter trägt.

Ich muß noch auf einen Zwischenfall kommen, den ich vielleicht nicht berührt hätte, wenn die betreffenden Aenderungen nur aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Liebknecht gefallen wären. Der Herr Abgeordnete Liebknecht äußerte, gerade auf der rechten Seite der Konservativen wäre auf das lebhafteste um die Sozialisten geworben worden zu wiederholten Malen, und nur die Zurückweisung dieser Versuche seitens der Sozialisten hätte diese scharfe Stellung der Rechten herbeigeführt. Ich hätte es nicht für angezeigt gehalten, überhaupt auf diese Behauptung zu erwidern. Nachdem aber auch der Herr Abgeordnete Richter sich an diesen Märchen erkreut hat und seine Rede damit begann, daß er meinte, wenn diese Verhandlungen heute auch weiter nichts zu Tage gefördert hätten, als diese interessante Erklärung und Auseinandersetzung des Herrn Abgeordneten Liebknecht über das Verhältnis zu den Konservativen, so sei sie wichtig genug, da halte ich mich doch veranlaßt, da ich annehmen muß, daß der Herr Abgeordnete Richter in gutem Willen und Glauben, wie immer, diese Behauptung und Meinung hier ausgesprochen, einfach darauf hinzuweisen, daß wohl keine Partei im Laufe von vornherein schon damals, als der Liberalismus noch sehr zahlreich war und nur noch rein belehrend auftreten wollte gegenüber der Sozialdemokratie, daß keine Partei von vornherein so scharf gegen den revolutionären Sozialismus aufgetreten und die schärfsten Maßregeln auch offen in Worten und Thaten be-

kündet hat, als wie gerade die Rechte dieses Hauses, daß wir freilich daneben ebenso lebhaft und mit die eifrigsten Förderer aller wirklichen Reformen auf sozialem Gebiete gewesen sind, um zu beweisen, daß wir demgegenüber alle gerechten Wünsche der arbeitenden Bevölkerung, wenn sie in gemäßigter und geeigneter Form an die Gesetzgebung herantreten, jeder Zeit zu fördern bereit sind. Wenn man diesen klar vorliegenden Thatsachen gegenüber solche Märchen verbreiten und, wie vor allem der Herr Abgeordnete Richter, an solche Märchen glauben kann, das muß ich bedauern.

Ich darf also sagen, gerade bei der scharfen Stellung gegen den revolutionären Sozialismus, die wir immer gehabt haben, würde an und für sich vielleicht die Ablehnung des vorliegenden Antrages uns am nächsten gelegen haben. Wir nehmen aber keinen Anstand, bei der allgemein gehaltenen Motivierung, wie sie die motivirte Tagesordnung des Herrn Vorredners enthält, derselben uns jetzt mitanzuschließen in der Hoffnung, daß auf diesem Boden eine möglichst große Mehrheit gegen die sozialdemokratischen Tendenzen des Antrages Liebknecht im ganzen gefunden werden möge.

(Bravo! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst.

Abgeordneter Dr. **Windthorst:** Meine Herren, an sich hätte ich zur Sache nichts mehr beizubringen brauchen. Ich habe in der Debatte die ich vor Weihnachten über die sozialistische Frage gehalten habe, und in den Worten, die ich mir heute gestaltete, nach meinem Dafürhalten sehr klar und sehr bestimmt die Stellung bezeichnet, welche meine Freunde und ich einnehmen. Der Herr Abgeordnete Liebknecht aber hat Bemerkungen gemacht, auf die ich einiges erwidern muß.

Zunächst hat er aus meinen Worten schließen zu können geglaubt, daß ich die Sozialdemokraten für Bürger oder Menschen zweiter Klasse halte oder erklärt habe. Das ist absolut nicht der Fall. Ein sozialdemokratischer Bürger ist mir so nahegehend wie jeder Andere, er ist mein Nächster und augenblicklich meiner besonderen Sorgfalt und Sorge empfohlen, weil er sehr krank ist.

(Heiterkeit.)

Was ich gesagt habe, daß zwischen den ausschreitenden Sozialdemokraten und den Geistlichen, gegen welche man Strafgesetze deshalb erläßt, weil sie kirchliche Handlungen vornehmen, ein wesentlicher Unterschied sei, und der Unterschied ist klar vorgezeichnet durch die Objekte, rücksichtlich deren beide unter Strafe gestellt sind. Der ausschreitende Sozialdemokrat leugnet die Grundlagen der bürgerlichen, der kirchlichen und der sozialen Verhältnisse, der Geistliche dagegen steht voll und ganz auf diesen Grundlagen und opfert seine Freiheit, um seinen bedrängten Mitbürgern zu Hilfe zu kommen. Ich meine, daß das ein Unterschied der allerprägnantesten Art ist und ich werde mir erlauben, diesen Unterschied festzuhalten, und mir dafür nicht unterschieben lassen, daß ich irgend einen meiner Mitmenschen, der zu meinem Bedauern sozialdemokratische Grundsätze hat, geringer achte als mich selbst.

Ich mußte diesen Bemerkungen einen Platz einräumen, weil sonst aus den Worten des Herrn Liebknecht mir Dinge in die Schuhe geschoben werden könnten, die mir absolut fern sind.

Dann hat der Herr Abgeordnete Liebknecht sehr zu meinem Bedauern die freundlichen Ermahnungen, welche ich an die Sozialdemokraten zu richten mir gestattet habe, sehr entschieden zurückgewiesen; er hat die Sympathien für die Alkoholisten, die Sympathien für die Kommune klar und bestimmt ausgesprochen und alles das bestätigt, was früher von seinen Parteigenossen in dieser Hinsicht gesagt ist. Ich beklage das, weil ein derartiger Ausdruck jedenfalls nicht dazu beitragen kann, uns in die Lage zu bringen, in welche wir nach meinem Dafürhalten möglichst bald gelangen zu können wünschen müssen, nämlich in die Lage, diese Ausnahmegesetze los zu werden.

Wenn dann die Versuche gemacht sind, die revolutionären Ziele anders

zu definieren, als dies der gewöhnliche Sprachgebrauch mit sich bringt, so glaube ich, daß diese Begriffe gänzlich mißlungen sind. „Revolution“ heißt: die gewaltsame Durchbrechung der Rechtsordnung, und eine gewaltsame Durchbrechung der Rechtsordnung ist unter keinen Verhältnissen gestattet, ein Recht zur Revolution gibt es nie. Nichtsdestoweniger kommen Revolutionen vor und wirken dann wie elementare Ereignisse, und wir sehen, daß sehr oft im Laufe der Geschichte derartige revolutionär elementare Ereignisse die Gründung für neue Rechtsverhältnisse gewesen sind. Das ist eine Thatsache, die aber niemals an sich Recht ist. Glauben die Herren, daß sie beitragen könnten und dürften zur Herbeiführung eines derartigen elementaren Ereignisses, so will ich ihnen erwidern, daß wir anderen dann um so sorgfältiger bedacht sein müssen, die Gegenmittel zu suchen, derartigen elementaren Ereignissen entgegenzutreten oder deren Eintritt zu verhüten. Die Erklärung aber, darauf hinwirken zu wollen, ist und bleibt nach meinem Dafürhalten ein großer Fehler, — um parlamentarisch das mildeste Wort zu gebrauchen, das hier überhaupt gefunden werden kann.

(Zuruf: Ist nie geschehen!)

— Sie haben ausdrücklich erklärt, Sie beharren bei Ihrem revolutionären Ziel, und haben gemeint, das rechtfertigen zu können, wenn Sie von „revolutionär“ in Ihrem Sinne, den ich gar nicht begreife, und von „revolutionär“ in polizeilichem Sinne gesprochen haben. Das sind Distinktionen, die ich nicht verstehe, die ich am wenigsten verstehe aus dem Munde eines Mannes, der in demselben Augenblick die Kommune und die Nichtskisten mit seiner Sympathie besetzt hat.

Uebrigens habe ich nun noch einige Worte mit dem Herrn Kollegen Richter zu sprechen. Der Herr Kollege Richter hat es notwendig gefunden, bei dieser Gelegenheit offene und versteckte Bemerkungen gegen die Zentrumsfraktion zu machen. Ich kann nur glauben, daß er diese durchaus überflüssigen, hier zur Sache gar nicht gehörigen Dinge hereingezogen hat, um die Verlegenheit zu kaschieren, in welcher der Führer der Fortschrittspartei sich befand, als er diesen Antrag ablehnte.

(Oh! links.)

Es hat gar keinen Zweifel, daß die ganze Ausführung des Herrn Kollegen Richter ein sprechender Beweis dieser großen Verlegenheit war. Ich verstehe das auch, wenigstens sein Parteigenosse Payer hat ganz anders gesprochen wie er. . . .

(Zuruf links: Gehört nicht zu unserer Partei!)

— Er ist aber affillirt. —

(Heterkeit.)

Die ganze Deduktion des Herrn Richter hat nach meiner Ansicht nichts an sich gehabt. Dieselbe hat nur bewiesen: man könne nicht und suche Gründe zur Rechtfertigung des Nichtkommens. Das war der Eindruck, welchen Herr Kollege Richter machte. Herr Kollege Richter konnte nicht, weil er seiner Freunde nicht sicher war. — Wenn man in den Wald ruft, Herr Kollege Richter, so folgt das Echo ganz notwendig.

Dann hat der verehrte Herr gemeint, es wäre hier von einem do ut des die Rede gewesen. Herr Liebknecht hat die Güte gehabt, in Bezug auf die Wahlverhältnisse bereits zu erklären, daß keinerlei do ut des zwischen ihm und dem Zentrum stattgefunden hat. Ich glaube auch, daß der Herr Kollege Richter uns derartiges nicht nachweisen kann, obwohl ich ganz offen sage, wenn die Sozialdemokraten für uns stimmen wollen, werde ich es ihnen niemals wehren.

(Heterkeit.)

Gethan haben sie es noch nicht.

(Zuruf links: Doch!)

— Es freut mich, das zu hören, ich weiß es nicht, ich habe noch nie eine sozialdemokratische Stimme gehört.

Dann hat der verehrte Herr gemeint, meine Reden deuten auf eine veränderte Stellung der Zentrumsfraktion. Ich habe gerade das Gegenteil gesagt und habe nur ausgeführt, was notwendig sei, damit die Stellung der Zentrumsfraktion eine allgemeine anerkannte werde. Ich wünschte — und darin stimmen meine Freunde alle mir bei — daß wir recht bald in eine Lage kommen, die normal ist, daß sämtliche Ausnahmegesetze beseitigt werden, und auch dieses. Ich habe nur hervorgehoben, was notwendig ist, damit diese allgemeine Aenderung eintreten kann. Wie wir über die Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes votiren werden, wird sich dann finden, wenn die Frage vorliegt, die heute in der richtigen Weise nicht gestellt worden ist, und wie wir uns dann benehmen werden, habe ich ziemlich deutlich dadurch angedeutet, daß ich gesagt habe: genau wie das vorige Mal, wo wir zunächst gesucht haben, Abänderungen eintreten zu lassen, die eine Ueberführung aus dem jetzigen, Abänderungs von mir und meinen Freunden nicht gewollten Zustande in einen normalen Zustand ermöglichen. Wenn das wiederum nicht gelingen sollte, dann wird sich die weitere Abstimmung finden. Darin haben wir vollkommen freie Hand und erkläre ich übrigens, daß wir an sich und prinzipiell jetzt und immer gegen Ausnahmegesetze sind.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Richter (Hagen).

Abgeordneter Richter (Hagen): Meine Herren, zunächst habe ich ein Mißverständnis zu berichtigen. Ich habe nicht dem Herrn Abgeordneten Windthorst oder den Sozialisten vorgeworfen, daß sie bei dieser Gelegenheit Verhandlungen des gegenseitigen Austausch in der Aufhebung von Ausnahmegesetzen gepflogen hätten, sondern ich habe gesagt, es mag dies eine Spekulation gewesen sein nach dem Grundsatz *do ut des*, die Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst hat aber diese Spekulation zunichte gemacht. Diesen Satz hat Herr Kollege Windthorst wahrscheinlich überhört, sonst würde er diese ganze Ausführung gegen mich daran nicht geknüpft haben.

Mir scheint überhaupt, daß Herr Kollege Windthorst zu seinen Betrachtungen über meine Freunde und das Verhältnis von uns zu einander nur gekommen ist, indem ihm eine Personenverwechslung in Bezug auf den Herrn Kollegen Bayer passiert ist. Es hat zwischen uns und der Volkspartei gar keine Verhandlung über die Sache stattgefunden; ich habe selbst in meiner Fraktion den Antrag gestellt, diese Stellung einzunehmen, zu deren Vertretung ich heute bevollmächtigt bin.

Wenn der Herr Abgeordnete Windthorst meint, daß es uns un bequem sei, für die Aufhebung eines solchen Gesetzes zu stimmen, wie sie in dem Antrag erwähnt ist, dann möchte ich ihn auffordern, die Probe darauf zu machen. Das Gesetz, was ihm am nächsten liegt, ist das Gesetz vom Jahre 1874; Herr Kollege Windthorst hat vor Weihnachten angekündigt, daß er die Aufhebung dieses Gesetzes beantragen würde. Wo steckt denn der Antrag, Herr Kollege Windthorst?

(Abgeordneter Dr. Windthorst: Der wird früh genug bei Ihnen sein, denken Sie nur jetzt schon darüber nach!)

— Ich warte immer noch darauf, bedenken Sie doch, daß die Zeit des Reichstages für die Erörterung von Initiativanträgen eine sehr beschränkte ist,

(Abgeordneter Dr. Windthorst: Alle Mittwoch!)

daß seit der Zeit, wo dieser Antrag angekündigt wurde, bereits eine Reihe von anderen Initiativanträgen gestellt ist, welche eine Priorität beanspruchen. Wenn Sie eine gewisse Aussicht haben wollen, den Antrag zur Erörterung zu bringen, müssen Sie sich also sehr beeilen. Vielleicht sind andere Gründe, die ich nicht kenne, das Verhältnis zu meinen Freunden im Hause oder außerhalb des Hauses, die Ursache, warum mit diesem Antrage immer zurückgehalten wird.

Meine Herren, in Bezug auf den Herrn von Münnigerode muß ich doch sagen, es sind doch nicht bloß Märchen, was über Verhandlungen zwischen Sozialisten und Konservativen berichtet worden ist. Ein Theil, der hier in

Frage kommt, die sozialistische Partei, hat durch den Abgeordneten Liebknecht eine Urkunde genau verlesen, welche von Vereinbarungen zwischen Sozialisten und Konservativen handelt. Und dann stehen die Verhandlungen des Herrn Stöcker mit Sozialdemokraten nicht vereinzelt da. Meine Herren, das ist ja nur dasselbe, was vom ersten Anbeginn der Sozialistenbewegung stattgefunden hat. Wie Herr Stöcker jetzt in der ersten Zeit verhandelt hat, so hat Fürst Bismarck von Anfang an mit Lassalle wie mit einem interessanten Gutsnachbar verhandelt, und später hat der Führer der Konservativen, der Geheimrath Wagner, auch interessante Verhandlungen mit Herrn von Schweitzer geführt. Daß Sie jetzt den feinen Unterschied machen wollen zwischen revolutionären Sozialisten, wie sich Herr von Münnigerode ausdrückt, und anderen Sozialisten, das ist doch etwas künstlich. Ich habe gefunden, daß die Herren immer mit denselbigen Sozialisten verhandelt haben — und das war ja auch ganz natürlich —, welche als die Führer der ganzen Bewegung zu der betreffenden Zeit gegolten haben.

Präsident. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kayser (Freiberg).

Abgeordneter **Kayser** (Freiberg): Meine Herren, ich muß mich zunächst gegen die Meinung des Abgeordneten Lipke wenden, als ob die hier verbundenen Gegenstände durchaus heterogener Natur wären. Wir haben diesen Antrag so eingebracht, weil die Gegenstände alle aus einem Prinzip hervorgehen, nämlich aus dem Gewaltprinzip; durch welches man glaubt, unbedeutenige Michtungen im Staate dadurch beseitigen zu können, daß man einfach mit beschränkenden Gesetzen gegen dieselben auftritt. Es ist jenes Prinzip, das der Herr Abgeordnete Windthorst neulich hier so schön mit dem Satz gekennzeichnet hat, indem er sagte: „daß unsere Regierung glaube, weil sie das Militär zur Verfügung habe, — ich erinnere an diesen Satz — so könne sie alle diese Gewaltgesetze — so ist sein wörtlicher Ausdruck gewesen — aufrecht erhalten.“

Die Meinung, als ob wir Stimmen sichten wollten, hat keine Berechtigung. Ich wüßte auch nicht, auf welche Stimmen wir es dabei abgesehen haben sollten. Ein Exempel auf die Probe, ob die Zentrumsparthei noch ganz die Partei für „Freiheit, Wahrheit und Recht“ ist, wie sie sich früher darstellte, das wollten wir machen.

Nun hat der Herr Abgeordnete Windthorst heute wie bei der neulichen Sitzung sich sozusagen als den Vertreter des ganzen Hauses hingestellt, sozusagen als den Führer der gesammten privilegierten und besitzenden Klassen. Er hat uns einen „Kontrakt“ vorgelegt, der, wenn wir darauf eingehen, uns gestattet soll, in gewissen Grenzen aufzutreten, womit wir aber die Verpflichtung übernehmen sollen, den bürgerlichen und privilegierten Klassen nicht gefährlich zu werden.

Herr Windthorst hat zunächst gesagt, daß die Dinge deshalb nicht verbunden werden könnten, weil die verfolgten Sozialisten und Geistliche in keinen Vergleich zu stellen seien. Das ist doch ein Irrthum, denn Beide werden verurtheilt und verfolgt wegen ihres Ungehorsams gegen das Gesetz, weil sie sich in ihrem Gewissen zu dem Ungehorsam verpflichtet fühlen, weil ihre Ueberzeugung sie zu diesem Ungehorsam zwingt. Es ist also dasselbe sittliche Motiv. Daß die Verfolgung bei uns arme Arbeiter, bei seltene Leute betrifft, kann kein Grund sein, daß diese Personen ein geringeres Mitgefühl und geringere Berücksichtigung verdienen, als wenn Geistliche verfolgt werden. Die Zeit ist noch nicht so fern, wo wir allesammt, be ide Parteien, Reichsfeinde waren. Es ist nur wenige Jahre her, wo die Behörden einen großen Unterschied, wenn es sich nicht gerade um einen hohen katholischen Würdenträger, wie Bischof, handelte, zwischen Agitator und Geistlichen nicht gemacht haben.

Nun ist vom Abgeordneten Freiherrn von Münnigerode, das muß ich einleitend erwähnen, bevor ich auf die Rede des Herrn Abgeordneten Windthorst weiter eingehe, gesagt worden, er hätte am liebsten auch gegen den Au-

trag auf motivirte Tagesordnung gestimmt, weil er alle scharfen Maßregeln gegen die Sozialisten für begründet halte u. s. w. Er hat bei dieser Gelegenheit wieder bestritten, daß die Konservativen sonst um die Anhängererschaft der Sozialisten buhlen. Noch in der neulichen Versammlung in Berlin, von der der Herr Abgeordnete Richter gesprochen hat, hat der Herr Abgeordnete Stöcker, weil die überwiegende Anzahl der Anwesenden sozialistisch gefinnne Arbeiter waren, immer wieder mit wahrer Emphase betont, wie er in verschiedenen Dingen mit uns verbündet sei, wie er in verschiedenen Dingen die liberale Wirtschaftsentwicklung gerade so angreife, wie die Sozialdemokraten, und daß da ein Zusammengehen ganz gut möglich sei. Das war noch vor ein paar Tagen, und man wird doch heute nicht Herrn Stöcker desavouiren wollen, nachdem er sonst durch diese Art Agitation die Verpflchtung übernommen hat, gerade in Berlin der konservativen Partei Arbeiterstimmen zuzuführen.

Nun wird uns immer empfohlen, „andere Wege“ einzuschlagen, eine andere Stellung einzunehmen und so fort, die revolutionären Neben und Bergleichen sein zu lassen. Ich will noch einmal hervorheben, daß dieser Antrag von uns vorzüglich deshalb gestellt worden ist, um die Zentrumsabgeordneten von ihren Wählern gehörig beeinflussen zu lassen. Wir sind überzeugt, daß die kat ho lischen Arbeiter der Zentrumsparthei niemals einer Verlängerung des Ausnahmegesetzes zustimmen würden, und ich persönlich bedauere nur, daß der eigentliche Arbeiterabgeordnete des Zentrums, Herr Stökel, sich so außerordentlich wenig gerade bei diesen Gelegenheiten hören läßt, wir würden dann die Stimmung in diesen Kreisen endlich einmal rein hier zur Geltung gebracht sehen.

Meine Herren, weil das Centrum jetzt auf nationalliberale Abwege geräth, weil es außerordentlich zu schwanken anfängt, auch in prinzipieller Beziehung, aus dem Grunde war es uns darum zu thun, hier prinzipiell die Haltung des Zentrums festzustellen.

Nun sucht sich Herr Windthorst, darin hat Herr Richter nicht Unrecht, dadurch aus der Situation herauszuwickeln, indem er uns als so „stärksterliche Revolutionäre“ und Bergleichen schiltbert. Er verweist da auf Neben, die früher, besonders vor wenigen Wochen, hier gehalten sind, verweist auf gewisse Unterschiede in den Aeußerungen einzelner Redner, Allein, wo sind solche Unterschiede nicht? Was sind Unterschiede des Temperaments, es mögen Einzelne von uns in der Form schroffer, andere gemäßigter reden, das ist in Zeiten des Kampfes und jetzt noch innerhalb des Zentrums auch der Fall gewesen. Wir haben da diplomatische Neben des Herrn Windthorst gehört, dann kräftige Neben von Herrn von Schorlemer-Nist und haben dann aus der Menge der Abgeordneten heraus mitunter sogar sehr kräftige Dinge gehört, Dinge, die in der Form dem, was neulich und sonst von meinen Parteigenossen gesagt worden ist, an Festigkeit und Leidenschaftlichkeit des Ausdrucks absolut nichts nachgeben.

Nun meine ich doch, man sollte mit dem Worte Revolution nicht sich und Anderen gar so „graulich“ machen wollen. Es ist nicht gesagt worden, daß wir die Revolution als gewaltsame Empörung betrachten, eo ipso herbeiführen wollen, und daß unser Mittel die gewaltsame Empörung sein muß, es ist nur von resoluten Zielen gesprochen worden. Damit ist nichts anderes gemeint, als daß wir uns eine ganz andere neue Weltordnung denken, d. h., daß wir uns die Kultur dahin entwickelt denken, daß die ganzen sittlichen und politischen Grundlagen des Menschenlebens, die wirtschaftliche Betthätigung der politischen Stellung, eine völlige Aenderung und Umgestaltung erfahre. Man hört jetzt z. B. so oft das Wort elektrotechnische Revolution. Das ist auch eine Revolution, welche die technischen Verhältnisse umstülzt, und kein Mensch wird dabei denken, daß die Elektrizität mit Gewalt die jetzigen technischen Einrichtungen zerschlägt und zerschmettert.

Nun wird uns gegenüber behauptet, ja, solche gewaltsamen Empörungen-

maßregeln werden doch verlangt, das ginge aus der Verbindung mit den Nihilisten und dergleichen Leuten hervor. Eine solche Verbindung, das muß immer wiederholt werden, und das hat der Abgeordnete Liebknecht erst heute wieder gesagt, das haben Alle von uns erklärt, existirt nicht. Wir haben aber doch ein Recht, über die Sache ein Urtheil zu haben, und wir haben auch ein Recht, gewisse Sympathien für die eine oder andere historische Erscheinung auszudrücken. Die Nihilisten sind nichts anderes als ein nothwendiges historisches Produkt der Verhältnisse Russlands. Solche Sympathieerklärungen finden wir übrigens auch in der deutschen Kerikalen Partei für die empörungsfüchtigen französischen Kerikalen. Es ist schon gesagt worden, das Mord und Brandstiftung Dinge sind, die zur russischen Politik immer gehört haben, und von sehr konservativen und frommen Herren gelobt wurden. Wenn der Herr Abgeordnete Windthorst hervorgehoben hat, das man Gewalt mit Gewalt zurückschlägt, so sollte er bedenken, das gerade in der ersten Einführung des Sozialistengesetzes uns gegenüber die Gewaltanwendung lag und demgegenüber sich die Verhältnisse nun in der schroffen Weise entwickeln müssen, wie das geschehen ist. Es ist unmöglich, das in einem solchen Zustande der Rechtlosigkeit für uns und die gesammte Arbeiterschaft eine ruhige Diskussion der sozialen Frage geschehen kann, weil man durch Beschränkung der Diskussionsfreiheit die Neigung zur Gewaltthatigkeit erweckt hat. Malt man aber ein gar so fürchterliches Schreckgebilde von der Revolution, so sollte man nicht vergessen, das dann alle Parteien „Revolutionsschuld“ auf sich geladen haben, denn alle Parteien haben schon Revolution gemacht. Der Herr Abgeordnete Windthorst hat jetzt eben hier auf der Tribüne erklärt, das so was wie Revolutionen schon dagewesen, ja er hat sogar als unansehnliches historisches Ergebnis bestätigen müssen, das Revolutionen sehr oft Grundlage neuer Rechtszustände wurden. Wir haben einen Dichter wie Schiller, dessen Revolutionsäußerungen im Zell von Wien, die sonst bei dem Wort Revolution entweder in Furcht oder Zorn geathen, auf das Freudigste bekräftigt werden, und die im Theater in Enthusiasmus gerathen, wenn Sätze ausgesprochen werden, wie: „Ja eine Grenze hat Tyrannennacht, wenn der Gedrückte nirgend's Recht kann finden, greift er hinauf getrosten Muths in das Sternenzelt und holt sich seine unsterblichen Menschenrechte.“

Nun ist auch für uns die Revolution, als gewaltthame Entpörung angesehen, nicht Prinzip, sie ist für uns nichts anderes als ein Naturereignis, sie kommt dann, wenn die politischen Verhältnisse die Spannung erfahren haben, das gar keine andere Lösung mehr übrig geblieben ist, als eine durch die Gewalt. Sie ist das Produkt der gewaltthamen Einschränkung freier Bewegung und Fortentwicklung.

Die Revolutionsfurcht darf für die Kerikale Partei kein Hindernis sein, die Schäden der Ausnahmegesetzgebung überhaupt anzuerkennen, und sie muß sich nach ihrer Bergangenheit von vornherein gegen die gesammten Ausnahmegesetze erklären. Im deutschen Reich herrscht leider die Politik, das die Regierung durch Gewaltgesetze alles durchsetzen will. Diese Politik hat das Zentrum getroffen, sie trifft jetzt uns, und wer weiß, wie weit es Reich um gehen kann.

Alle Bestrebungen, die jetzt geschehen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, können auf großen Erfolg deshalb nicht rechnen, weil sie einem großen Mißtrauen der Arbeiter begegnen in Folge des Ausnahmegesetzes. Durch das Ausnahmegesetz werden die Verhältnisse völlig verglüht, weil unter dem Zustande des Ausnahmegesetzes die Arbeiter zu der Ueberzeugung kommen müssen, das man ihnen nichts anderes geben wolle, wie satte Sklaverei, und diese Sättigung soll natürlich dann auch keine andere sein, als die bekannte „preussische Kommisshrosättigung.“ Es ist bedauerlich, wenn man das Elend der unteren Volksklassen kennt, das es sich nicht ermöglichen läßt, hier in eine ruhigere Diskussion, auch nur soweit

es sich um praktische Verbesserungen handelt, einzutreten, weil die Macht im Unterdrückungsgelüste der Regierung daran hindern. Wir haben sogar noch in der neueren Zeit bei der Berathung des Unfallgesetzes positiv mitzuwirken gesucht und suchen eine solche Mitwirkung weiter, damit man den Schmerzlaut des Stencks höre; aber die Thatsache steht fest, daß je mehr Sie an einem Gewaltgesetz festhalten, Sie desto mehr die Arbeiter von der Hoffnung auf friedliche Verbesserung wegdrängen und sie hinführen auf den Weg der gewaltthätigen Empörung. Ich selbst würde es für außerordentlich bedauerlich halten, wenn ein solcher Weg beschritten werden müßte.

Meine Herren vom Centrum, Ihnen gegenüber muß noch hervorgehoben werden, daß Sie doch nicht so ganz die vergangenen Zeiten vergessen sollen, es gab eine Zeit, wo auch das Centrum für sehr revolutionär dargestellt wurde, — ich erinnere nur an die bekannte Affäre Jörg und Altentäter Kullmann, die ja hier im Reichstage in sensationeller Weise gespielt hat. Gerade bei der Vergangenheit, wie sie das Centrum hat, hat es Grund, sobald ein Antrag auf Aufhebung von Ausnahmegesetzen gestellt wird, ihm zuzustimmen, und sich nicht durch irgend welche Schlupfwinkel zurückzuziehen. Es hat früher seine Hauptthaten in der Bekämpfung solcher Gewaltgesetze gesehen und verdirbt sich seine Zukunft, wenn es diese Bekämpfung nicht aufrecht erhält.

Meine Herren, ich kann auch nicht den Standpunkt des Abgeordneten Richter begreifen. Der Abgeordnete Windthorst dürfte nicht ganz Unrecht haben, daß er sich aus der Verlegenheit der Zustimmung vielleicht zu den kirchlichen Gesetzen herausbringen will, indem er die Sache als technisch und sonst nicht in Zusammenhang stehend darstellt, aber da mag sich Centrum und Fortschritt selbst auseinandersetzen.

Ich will nun noch zum Schluß bemerken, daß gerade die liberale Partei und zwar die gesammte, die Verpflichtung hat, gegen eine solche Ausnahmegesetzgebung aufzutreten. Meine Herren, was ist sonst die Bedeutung des konstitutionellen Staates, wenn in ihm nicht jede Richtung sich geltend machen kann? Das ist der Unterschied zwischen konstitutionellem und absolutem Staat, daß innerhalb des konstitutionellen Staats jede Richtung in konstitutioneller Weise sich auswirken kann, und daß jede Richtung das Recht hat, ihre Prinzipien zu verbreiten, historisch fortentwickeln zu lassen, und die Fortentwicklung so zu bewirken, daß einmal auch ihre Grundsätze die herrschenden werden. Das konstitutionelle System kennt keine Erstarrung, sondern nur Fortentwicklung. Wir hat vor kurzer Zeit ein Führer der liberalen Partei persönlich erklärt, daß der größte Fehler, den die liberale Partei seiner Zeit gemacht hat, die Annahme des Ausnahmegesetzes war und die Annahme der Verfolgungsgesetze gegen die katholische Kirche, weil mit dieser Abnahme die Grenzen für das, was liberal und was nicht liberal ist, völlig verwischt worden sind.

Das sei auch die Antwort auf die Ausführungen des Abgeordneten Stephan. Bei der Parteirichtung, die er vertritt, ist ja die Unterscheidung von dem, was noch liberal ist und was nicht, völlig verwischt worden; bei dieser Parteirichtung kommt es darauf an, daß Leute, die vor der Klappe stehen, nicht davon weggebrängt werden, daß die herrschende Bourgeoisie, deren Zukunft ja die nationalliberale Partei ist, nicht beunruhigt wird, sie soll nicht einmal gestört werden in ihrem Gelbaufhäufungsprozeß durch irgend welche Arbeiterbewegungen und dergleichen. Das ist die Tendenz, die nur Gelbinteressen kennt, die Alles ansieht vom Standpunkt der Gefährlichkeit für die herrschenden und ausbeutenden Kreise, eine Tendenz, die noch weit reaktionärer und polizeimäßiger ist, als die äußersten Rechten. Meine Herren, die liberale Partei aber, der es darum zu thun ist, die Dinge konstitutionell sich entwickeln zu lassen, kann nur dann von verfassungsmäßig entwickelten Zuständen wieder reden, wenn sie jeder Anschauung und jeder Richtung auch verfassungsmäßige Bethätigung gestattet. Sobald sie das nicht thut, erschüttert sie den

eigenen Verfassungsboden, und ich glaube, daß das gerade die Liberalen durch ihr freilicheres Verhalten ausreichend gethan haben und als Erfolg die Stärkung der Regierungsgewalt und die immer mehr beachtete Schwächung des Parlaments sehen.

Meine Herren, ich will also noch einmal sagen, diejenigen, welche wirklich liberal sind, und denen es darum zu thun ist, den konstitutionellen Staat vorwärts zu wölken, drücken damit schon im Prinzip aus, daß innerhalb der konstitutionellen Entwicklung sich alles dies betheiligen könne, und sie müssen gegen Ausnahmegeetze stimmen, oder ihr konstitutioneller Standpunkt hat keinen Sinn und sie sind eigentlich noch Anhänger des absoluten Staates, nur daß sie ihm einen parlamentarischen Mantel umhängen.

Die Herren aus dem Centrum, die doch selbst genug eigene Erfahrungen gemacht haben, haben vor ihren katholischen Wählern die Verpflichtung, mit uns zu stimmen, weil sie aus dem Druck, den sie empfinden haben und theilweise noch empfinden, den Druck mit uns fühlen sollen, und das war die Veranlassung, die Anträge zusammenzuschreiben, damit die gemeinsam Bedrückten sich gemeinsam gegen diesen Druck auflehnen können. Thut es das Centrum nicht, dann hofft es natürlich, daß es seine Last los werden wird dafür, daß es der Arbeiterpartei und den deutschen Arbeitern die Last mit der Regierung gemeinsam aufladen hilft.

Meine Herren, mag aber die Abstimmung ausfallen wie sie will, die Stimmung ferne ich in den bewussten Arbeiterkreisen des deutschen Reiches: der denkende deutsche Arbeiter wird je nach der Abstimmung von heute seine Freunde und Feinde zu untercheiden wissen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrath, Wirklich sächsischer Geheimer Rath Herr.

Bevollmächtigter zum Bundesrath für das Königreich Sachsen, Geheimer Rath Herr: Meine Herren, ich melde mich erst jetzt nochmals zum Worte, weil ich in der ersten Lesung durch den Schluß der Diskussion daran verhindert war, und weil ich in der zweiten Lesung nicht den Strom der großen Berathung durch eine untergeordnete Frage unterbrechen wollte. Wenn ich vorhin dem Herrn Abgeordneten Liebknecht den Vorwurf machte, daß er durch seine Behauptung einen Fehler begangen habe, so muß ich jetzt, nachdem er seine Behauptung durch Vorlesung des betreffenden Briefes zu beweisen versucht hat, ihm den Vorwurf machen, daß er aus der Sylla in die Charybdis gefallen ist. Ich war vorsichtig, indem ich das, was der Herr Abgeordnete Liebknecht gesagt hatte, nochmals formulirt ihm vorzutragen und vor ihm als gesagt bestätigen ließ, mich also der Behauptung auch in ihrer Formulirung versicherte. Hiernach ging die Behauptung des Herrn Abgeordneten Liebknecht dahin, daß die sächsische Polizei mit dem Scheinenthor gewinkt und zu erkennen gegeben habe, wie es wünschenswerth sei, daß ein Attentat verübt werde. Die Liebensart „mit dem Scheinenthor winken“ bedeutet nach einem ganz feststehenden Sprachgebrauch das grobverständliche Zuerkennen eines Willens oder Wunsches, und so aufgefaßt enthielt die Behauptung des Herrn Abgeordneten Liebknecht gegen die Dresdenener Polizei den Vorwurf einer hochverräterischen Politik. Dann hat der Herr Abgeordnete Liebknecht den betreffenden Brief, auf welchen er seine Behauptung stützte, vorgelesen, und aus diesem Briefe ergab sich, daß eine solche Willensmeinung nicht ausgesprochen war. Ja, meine Herren, es ergab sich noch mehr daraus, und wird vielleicht Ihr Mitleid erregt haben, es ergab sich daraus, daß unsere Polizei so ärmlich mit Mitteln ausgestattet ist, daß sie, um einige Groschen Porto mit einem Geheimpolizisten markten mußte, und daß sie also zu arm ausgestattet ist, um der viel opulenteren Sozialdemokratie in ihren Agitationen die Waage halten zu können. Der Herr Abgeordnete Liebknecht hat dieses Resultat seiner Vorlesung selbst gefühlt, denn am Schluß derselben gab er der Sache eine Wendung, er hielt die Behauptung, daß eine geflüsterte Anstiftung stattgefunden habe, nicht ferner aufrecht, sondern er suchte nur die Polizei für eine gewisse Culpa verantwort-

nich zu machen. Ich registriere hiermit die Thatsache als nicht den ersten, sondern als einen neuen Beleg dafür, auf welche Fundamente hier der Herr Abgeordnete Behauptungen mitunter aufstellt, einen Belag von der Höhe, von der ich Ihnen, meine Herren, eine weite Geschichte erzählen könnte, — ich will Sie heute damit nicht behelligen.

Auf die Sache selbst aber, d. h. auf das Verhältniß der Polizei zu dem Geheimpolitikisten Schmidt, welcher bezeichnet worden ist, einzugehen, fühle ich mich heute nicht berufen. Der Gegenstand ist kürzlich in diesem Saale besprochen worden, der Herr Minister des Innern von Sachsen hat sich über den Gegenstand erklärt, und ich muß annehmen, daß er insoweit und soviel sich erklärt hat, als er hier erklären zu können und zu wollen meinte.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Günther (Sachsen).

Abgeordneter Günther (Sachsen): Meine Herren, der Antrag des Herrn Abgeordneten Lipke auf motivirte Tagesordnung ist meinen politischen Freunden und mir erst hier im Saale bekannt geworden, es ist deshalb nicht möglich gewesen, denselben in einer Vorberathung zu besprechen. Soweit aber meine politischen Freunde im Saale gegenwärtig sind, sind wir darüber einig, daß wir gegen die motivirte Tagesordnung, also gegen den Antrag des Herrn Abgeordneten Lipke, stimmen werden. Wir folgen dabei ähnlichen Anschauungen, wie sie, wenn ich recht verstanden habe, vorhin von dem Herrn Abgeordneten Dr. Stephani entwickelt worden sind. Wir stimmen gegen den Antrag Liebknecht nicht bloß in der Erwägung, daß in denselben verschiedene Materien zusammengeworfen sind, sondern, meine Herren, wir stimmen gegen den Antrag, weil wir ihn überhaupt nicht für berechtigt halten, und weil wir glauben, daß die Gründe, die seiner Zeit zur Erlassung des Sozialistengesetzes geführt haben, auch heute noch fortdauern.

Präsident: Es hat sich Niemand weiter zum Worte gemeldet; deshalb schließe ich die Diskussion über § 1.

Ich gebe zu einer persönlichen Bemerkung das Wort dem Herrn Abgeordneten Liebknecht.

Abgeordneter Liebknecht: Der sächsische Herr Regierungskommissär Geth hat gemeldet, der Brief, welchen der sächsische Polizeibeamte Weller geschrieben hat, habe ein gewisses Mitleid hier im Hause erregt; ich glaube allerdings, daß das der Fall ist, denn, wenn die Polizei solche Aktenstücke in die Hände ihrer Gegner kommen läßt, so verdient sie allerdings Mitleid. Da ich die Wichtigkeit dessen bewiesen habe, was ich über das Verhältniß und die Beziehungen der Dresdener Polizei gesagt habe, — ob ich diesen Beweis erbracht habe oder nicht, das zu entscheiden überlasse ich dem Hause. Ich habe hier einen Brief eines sächsischen Polizeibeamten vorgelesen, in dem darauf hingewiesen wird, daß hohe Gäste kommen. Ich habe weiter die Thatsache mitgetheilt, daß derjenige, der notorisch und eingestandenemassen das Geld bekommen hat, Geld für den Attentatsfonds eingezahlt hat und ein Attentat wünschte. Wenn das nicht mit dem Scheunenthor gewinkt ist, wenn ein notorischer, von der sächsischen Polizei oder von einem sächsischen Beamten bezahlter Polizeient nach einem Attentat forscht, in den Attentatsfonds Geld einzahlt, wenn zu gleicher Zeit amtlich mitgetheilt wird, daß hohe Gäste in Dresden erwartet werden, wenn das kein Winken mit dem Zaumfahl ist, weiß ich überhaupt nicht, was Winken mit dem Zaumfahl ist, und wir werden über diese Angelegenheit im sächsischen Landtage noch des näheren sprechen. Ueber die traurige Thatsache, daß man Spionendienste —

(Stimme des Präsidenten.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete wolle das Gebiet der persönlichen Bemerkungen nicht verlassen.

Abgeordneter Liebknecht: Ueber die Thatsache, daß Geld aus dem Dispositionsfonds gezahlt worden ist —

Präsident: Das ist keine persönliche Bemerkung!

Abgeordneter Liebknecht: Ich habe dem Abgeordneten von Müntzigerode

das Zeugniß auszustellen, daß er allerdings sich nicht in Unterhandlungen mit uns eingelassen hat. Trotzdem bleibt alles bestehen, was ich gesagt habe, und stehen auch, soweit überhaupt Beweise möglich sind, sie in noch ausgedehnterem Maße zur Verfügung, als bereits geschehen ist. Es ist ferner, wenn ich nicht irre, von dem Herrn Abgeordneten von Minnigerode das Wort gefallen, wir hätten uns in Unterhandlungen eingelassen, — das ist ungenau, die Verhandlungen waren ganz einseitig, man hat sich an uns gewandt, wir haben einfach alles von dieser Seite kommende zurückgewiesen.

Ich muß mich noch gegen eine Wendung des Herrn Abgeordneten Windthorst richten: er hat vorhin gesagt, unsere Partei sei krank —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete hat seine Partei in einer persönlichen Bemerkung nicht zu verteidigen, sondern nur seine Person.

Abgeordneter Liebknecht: Gut, ich gehöre zu dieser Partei, und ich glaube, daß wir wenigstens so gesund sind, wie die katholische Kirche, und daß zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie herrschen wird, die katholische Kirche ein Märchen der Vergangenheit sein wird.

(Rufe im Centrum: Dhol)

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Vorher will ich noch darauf aufmerksam machen, daß in dem jetzt gedruckt vorliegenden Antrage Lipke und zwar in der zweiten Zeile sich ein Druckfehler befindet; im Drucke muß in der zweiten Zeile das Wort „so“ gestrichen werden.

Ich schlage vor, abzustimmen, zunächst über den Antrag Lipke. Wird dieser Antrag angenommen, so ist damit § 1 des von dem Herrn Liebknecht vorgeschlagenen Gesekentwurfes beseitigt; ebenso §§ 2 und 3. Wird der Antrag Lipke abgelehnt, so würden wir abzustimmen haben über § 1 des von dem Abgeordneten Liebknecht beantragten Gesekentwurfes.

Das Haus ist mit dem Abstimmungsmodus einverstanden.

Wird die Vorlesung des Antrages verlangt? — Das ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage Lipke gemäß beschließen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben.

(Geschicht.)

Das ist die Mehrheit; der Antrag Lipke ist angenommen, und damit ist der Antrag Liebknecht beseitigt.

Der Gegenstand der Tagesordnung ist erledigt.